



Wolfgang Schmidt

**Aus historischer Verantwortung, moralischer
Verpflichtung und politischer Überzeugung.**
Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel
und den Frieden im Nahen Osten bemühte

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a.D. (Vorsitzender)*

PROF. DR. DIETER DOWE

PROF. DR. AXEL SCHILDT

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)

DR. BERND ROTHER

DR. WOLFGANG SCHMIDT

Schriftleitung: DR. WOLFGANG SCHMIDT

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Haushalts des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert.

© 2014 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68

D-10117 Berlin

Tel.: 030 / 787707-0

Fax: 030 / 787707-50

info@willy-brandt.de

www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21

D-23552 Lübeck

Tel.: 0451 / 122425-0

Fax: 0451 / 122425-9

info@willy-brandt-luebeck.de

www.willy-brandt-luebeck.de

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Hans Giesemann Druck und Medienhaus, Nuthetal

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.

Frau Professor Brigitte Seebacher zustehende Urheberrechte an Reden und Briefen Willy Brandts bleiben hiervon unberührt.

Printed in Germany 2014

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-25-6

Wolfgang Schmidt

Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und politischer Überzeugung.

Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Heft 26

Wolfgang Schmidt, geboren 1968, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaft, der Neueren Geschichte und der Volkswirtschaft in Bonn, Lawrence (USA) und Marburg; Veröffentlichungen zu Willy Brandt, zur Deutschland- und Ostpolitik sowie zur deutschen und internationalen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts; seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; Bearbeiter der Bände 8 und 10 der Willy-Brandt-Edition „Berliner Ausgabe“ sowie Kurator bzw. Textautor der ständigen Willy-Brandt-Ausstellungen in Berlin und in Lübeck.

INHALT

Willy Brandt –
Stationen seines Lebens **6**

Wolfgang Schmidt
**Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung
und politischer Überzeugung.** **9**
Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden
im Nahen Osten bemühte

Dokumentation

- Aus der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich der
Eröffnungsveranstaltung der „Woche der Brüderlichkeit 1971“
am 21. März 1971 in Köln **82**
- Schreiben von Bundeskanzler Willy Brandt an die israelische
Ministerpräsidentin Golda Meir, 26. Januar 1972 **86**
- Schreiben der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir
an Bundeskanzler Willy Brandt, 20. Februar 1972 **87**
- Hs. Notizen von Bundeskanzler Willy Brandt über seine Ge-
spräche mit der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir
in Jerusalem, 7.–9. Juni 1973 (Faksimile) **88**
- Schreiben von Bundeskanzler Willy Brandt an die israelische
Ministerpräsidentin Golda Meir, 28. Juni 1973 **89**
- Schreiben der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir
an Bundeskanzler Willy Brandt, 29. Juli 1973 **91**

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

DR. WOLFGANG SCHMIDT

AUS HISTORISCHER VERANTWORTUNG, MORALISCHER VERPFLICHTUNG UND POLITISCHER ÜBERZEUGUNG.

WIE SICH BUNDESKANZLER WILLY BRANDT UM ISRAEL UND DEN FRIEDEN IM NAHEN OSTEN BEMÜHTE

Pünktlich zum 40. Jahrestag des ersten Israel-Besuchs eines amtierenden deutschen Kanzlers erschien am 9. Juni 2013 in der „Welt am Sonntag“ („WamS“) ein Artikel von Michael Wolffsohn und Hagai Tsoref mit der Überschrift „Wie Willy Brandt die Friedenskarte verspielte“.¹ Darin wird behauptet, der damalige Bundeskanzler hätte den Jom-Kippur-Krieg, der durch den Angriff Ägyptens und Syriens auf Israel am 6. Oktober 1973 ausgelöst wurde, verhindern können. Dann wären auch die Folgewirkungen des Waffengangs, die Ölkrise und anschließend die verstärkte Nutzung der Atomenergie, nicht aufgetreten oder zumindest weniger stark ausgefallen.

Nach Meinung der beiden Autoren treffe Willy Brandt „objektiv“ eine „Unterlassungsschuld“, weil er einer „Friedensinitiative“ der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir die Hilfe versagt habe. Dafür werden drei Gründe angegeben: Erstens habe Brandt „grundsätzlich kein großes Interesse an engen Kontakten zu Israel“ gehabt, zweitens sei er „prinzipiell nicht bereit“ gewesen, „in Nahost zu vermitteln“, und drittens habe der Kanzler „die von Golda Meir als Chefsache gedachte Initiative“ an das nicht israelfreundliche, pro-arabische Auswärtige Amt (AA) übertragen. „Brandts friedenspolitisches Fiasko“ sei „weder Zufall noch Unfall“ gewesen, sondern „es passte zu seiner Nahoststrategie“. Denn für die von ihm geführte Bundesregierung habe „Israel als Störfaktor ihrer Nahostpolitik“ gegolten, so der Artikel in der „Welt am Sonntag“.

Bei ihren äußerst heftigen Anschuldigungen gegen Willy Brandt berufen sich die Autoren vor allem auf im vergangenen Jahr deklassifizierte Akten aus dem Staatsarchiv Israels, die seither für jedermann im Internet zugänglich sind, sowie auf bereits editierte deutsche Dokumente aus den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)“. Zeitgleich veröffentlichte Hagai Tsoref

¹ Siehe den Artikel in der „WamS“ vom 9. Juni 2013 unter http://www.welt.de/print/wams/politik/article116950837/Wie-Willy-Brandt-die-Friedenskarte-verspielte.html#disqus_thread

einen wissenschaftlichen Artikel zum Thema.² Auffällig ist, dass er sich darin in Bezug auf die Rolle des Bundeskanzlers weitaus vorsichtiger äußert, als es der Artikel in der deutschen Sonntagszeitung tut. Was ist also wirklich dran an den Vorwürfen gegen Brandt?

Dieser Beitrag versucht, die relevanten Fakten und Hintergründe im Zusammenhang mit der Israel-Reise des Kanzlers und der angeblichen Friedensinitiative Golda Meirs zu beleuchten und zu gewichten.³ Dazu wurde auch die Überlieferung aus dem Willy-Brandt-Archiv herangezogen. Für eine möglichst objektive Beurteilung und Einordnung von Brandts Verhalten im Jahr 1973 ist es zuvor notwendig, den Verlauf der deutsch-israelischen Beziehungen während seiner Regierungszeit ab 1969 darzustellen und zu analysieren. Dabei wird insbesondere das persönliche Verhältnis zwischen Willy Brandt und Golda Meir untersucht, vornehmlich anhand ihres Briefwechsels und der Überlieferung ihrer Gespräche miteinander. Für die Entwicklung der staatlichen Beziehungen spielte der Austausch zwischen diesen beiden Politikern eine sehr wichtige Rolle. Das lässt sich nicht nur an den Vorgängen während und unmittelbar nach dem Israel-Besuch des Bundeskanzlers ablesen, sondern auch an seiner Reaktion auf den Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, der am Ende dieses Beitrags behandelt wird.

„Ausgewogene Nahostpolitik“

Welchen Prinzipien und Zielen folgte die sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt in der Nahostpolitik? Die zentralen Begriffe waren „friedlicher Ausgleich“

² Siehe den im Internet publizierten Artikel in hebräischer Sprache – inklusive der Links zu den Dokumenten aus dem israelischen Staatsarchiv – unter <http://www.archives.gov.il/ArchiveGov/pirsumyginzach/HistoricalPublications/BrandtGermany/> Eine englische Übersetzung dieses Artikels von Hagai Tsoref findet sich mit dem Titel „From Now On, the Arabs' Fate is in their Own Hands – Egypt Rejects Golda Meir's Proposal For Secret Talks with German Mediation, June–July 1973“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/exeres/AB6D1490-0846-4573-A380-3BE0D7EE2279,frameless.htm?NRMODE=Published>. Darin verweist Tsoref auch auf die Veröffentlichung in der „WamS“, die er als „Prof. Wolffsohn's article“ bezeichnet. Diese Zuschreibung wird hier im Folgenden übernommen.

³ Neben den im Internet veröffentlichten israelischen Quellen wurde auf die Überlieferung im Willy-Brandt-Archiv (WBA) im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sowie auf die in den „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ veröffentlichten Dokumente zurückgegriffen. Alle nachfolgend zitierten israelischen Regierungsdokumente wurden von David Ajchenrand aus dem Hebräischen ins Deutsche übersetzt. Die Online-Verfügbarkeit aller im Folgenden angegebenen Internet-Links wurde zuletzt am 13. Januar 2014 überprüft.

und „Ausgewogenheit“. In seiner ersten Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hatte der frisch gewählte Bundeskanzler betont: „Wir wünschen gute Beziehungen zu allen Staaten dieser Region und bestätigen zugleich die Entschlossenheit, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.“⁴ Dies richtete sich zweifelsfrei an die Adresse der arabischen Staaten. Bekanntlich hatten neun von ihnen – allen voran Ägypten – den Kontakt mit Bonn abgebrochen, nachdem es 1965 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gekommen war. Wie schon die Große Koalition zuvor wollte die sozial-liberale Koalition das schwer beschädigte Verhältnis zu den Arabern reparieren. Die Versicherung Brandts, dass der bereits seit Februar 1965 geltende Stopp für Waffenlieferungen an Israel weiterhin gelten sollte, unterstrich das Streben der neuen Regierung nach Ausgewogenheit.

Die Wiederannäherung zwischen der Bundesrepublik und der arabischen Welt sowie insbesondere die neue Ostpolitik gegenüber der Sowjetunion, die pro-arabisch agierte und ihren Einfluss im Nahen Osten weiter zu mehren suchte, weckten allerdings Befürchtungen in Israel, der neue Bonner Kurs würde auf Kosten des jüdischen Staates gehen. Zusätzliche Nahrung erhielten sie dadurch, dass nicht mehr von „Sonderbeziehungen“ mit Israel die Rede sein sollte. Außenminister Walter Scheel (FDP) sprach mehrfach öffentlich von der „Normalisierung“ des deutsch-israelischen Verhältnisses⁵, was auch bei Sozialdemokraten Irritationen auslöste. In einem Brief an den SPD-Bundestagsabgeordneten Claus Arndt bezeichnete Willy Brandt die Sorgen als grundlos und stellte klar: „Ich teile Ihre Auffassung, dass man die deutsch-israelischen Beziehungen auch heute noch nicht mit den gleichen Maßstäben messen kann wie die Beziehungen zu anderen Ländern.“⁶

Bei einem Kabinettsgespräch⁷, an dem am 11. Februar 1970 neben Brandt und Scheel die Minister Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Erhard Eppler und Horst Ehmke, führende Abgeordnete der Koalitionsfraktionen, Beamte des Auswärtigen Amtes und des Kanzleramtes sowie der Vorstandsvorsitzende der Bank

⁴ Willy Brandt: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005 (Berliner Ausgabe, Bd. 6), Nr. 27, S. 242.

⁵ Vgl. Sabine Hepperle: Die SPD und Israel, Von der Großen Koalition 1966 bis zur Wende 1982, Frankfurt a. M. 2000, S. 105.

⁶ Schreiben Brandt an Arndt, [20.] Februar 1970, in: AdsD, A 8, 34.

⁷ AAPD 1970, bearb. von Ilse Dorothee Pautsch, Daniela Taschler, Franz Eibl, Frank Heinlein, Mechthild Lindemann und Matthias Peter, München 2001, S. 207–214.

für Gemeinwirtschaft und Vorsitzende des deutsch-israelischen Wirtschaftsvereins, Walter Hesselbach, und der Leiter der Abteilung Ausland des DGB-Bundesvorstands, Otto Kersten, teilnahmen, führte der Bundeskanzler aus: „Unsere Nahostpolitik solle ausgewogen sein, das bedeute aber keineswegs Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal Israels. Die proklamierte ‚Normalisierung‘ unserer Beziehungen zu Israel bedeute ebenso wenig eine Abwertung dieser Beziehungen, vielmehr ein anzustrebendes Ziel.“ Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban in Bonn am Ende des Monats und bald darauf folgende Gespräche mit arabischen Spitzenpolitikern erklärte Brandt laut Protokoll weiter: „Es sei wichtig, dass wir bei diesen Kontakten mit derselben Stimme sprächen und nicht der eine hier, der andere dort gegensätzliche Zusagen mache.“ Ausgewogenheit sollte demnach auch Aufrichtigkeit bedeuten. „Im ganzen“, so fasste der Kanzler die Position seiner Regierung zusammen, „müssten wir auch gegenüber Israel eine Politik ohne Komplexe betreiben.“ Dieser Auffassung stimmte übrigens auch der besonders israelfreundliche Hesselbach zu, der sich stark dafür einsetzte, die Unterstützung für das Überleben des jüdischen Staates fortzuführen und möglichst auszubauen.

Dass die führenden Köpfe der sozial-liberalen Regierung, wie Wolffsohn behauptet, einen „unfreundliche(n), geradezu gehässige(n), stammtischnahe(n) Grundton“ angestimmt hätten⁸, lässt sich aus der Aufzeichnung über das Gespräch nicht erkennen, wohl aber, dass sie ernsthaft und ausführlich über die deutsch-israelischen Beziehungen miteinander diskutierten. Mit der Formulierung, „Er liebe keine Erpressungen, selbst wenn sie von Freundesseite kämen“, die in ähnlich lautenden Worten auch vom Außenminister verwendet wurde und als anstößig empfunden werden könnte, bezogen sich Brandt und Scheel auf die konkreten Wünsche und Forderungen der israelischen Regierung, denen Bonn nicht in allen Punkten entsprechen wollte. Neue staatliche Kredite lehnte die Bundesregierung ebenso ab wie verstärkte Devisenhilfen, da man befürchtete, Israel werde damit Rüstungskäufe in den USA finanzieren. Sie stimmte jedoch zu, die laufende Wirtschaftshilfe für Israel von 140 Mio. DM pro Jahr fortzusetzen und eine Umschuldung von Entwicklungskrediten vorzunehmen.⁹

⁸ Anm. 1.

⁹ Die Staatsbürgerschaften für private Kredite in Infrastrukturprojekten wurden sogar ausgeweitet. Vgl. Carole Fink: *Ostpolitik and West German–Israeli Relations*, in: Carole Fink/Bernd Schaefer (eds.): *Ostpolitik, 1969–1974. European and Global Responses*, Cambridge 2009, S. 182–205 (S. 190).

Darüber hinaus war sich die Regierung Brandt/Scheel den besonderen moralischen Verpflichtungen der Deutschen gegenüber dem jüdischen Staat bewusst und handelte danach. Nach jahrelangem starken israelischen Drängen erklärte sich die Bundesrepublik am 6. Februar 1970 in einer geheimen Vereinbarung (Dinstein-Abkommen) bereit, für zunächst drei Jahre 100 Mio. DM für Rentenzahlungen an in Israel lebende gesundheitsgeschädigte Verfolgte des NS-Regimes zur Verfügung zu stellen. Am Zustandekommen dieser Regelung war auch der Präsident der Jewish Claims Conference und des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, beteiligt.¹⁰

Die neue Bonner Nahostpolitik ging also nicht zu Lasten Israels. Während des Eban-Besuchs Ende Februar 1970 betonte auch Außenminister Scheel, dass sich die Annäherung an die arabischen Staaten „nie gegen Israel“ richten könne und „nie die guten Beziehungen zu Israel belasten“ dürfe. Der israelische Außenminister erklärte seinerseits öffentlich, er finde keine Veränderung der deutschen Politik gegenüber Israel.¹¹ Nach wie vor war die Bundesrepublik der wichtigste europäische Fürsprecher israelischer Interessen. In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft setzte sich die Bundesrepublik besonders für ein Präferenzabkommen ein, das am 29. Juni 1970 abgeschlossen wurde und Israel umfangreiche Zollvergünstigungen gewährte.

Die Bedeutung der Shoa für die Beziehungen zu Israel

Mit seinem Kniefall vor dem Denkmal für die Helden des Warschauer Ghetto-Aufstands von 1943 setzte Willy Brandt am 7. Dezember 1970 ein unvergessliches Zeichen, das auch für das deutsch-israelische Verhältnis von großer Bedeutung war. Mit dieser Geste bekannte er sich zur Schuld und zur historischen Verantwortung der Deutschen für die Shoa. In einer Rede anlässlich der Eröffnungsveranstaltung der „Woche der Brüderlichkeit“ am 21. März 1971 in Köln erläuterte Brandt den Kniefall so: „Ich habe getan, was Menschen tun, wenn die Worte versagen, und ich habe so – für meine Landsleute mit – der Millionen Ermordeter gedacht. (...) Wo, wenn nicht dort, wo das Warschauer Ghetto stand, wäre für den

¹⁰ Siehe AAPD 1970, S. 83–85 und S. 92–95.

¹¹ Vgl. Markus A. Weingardt: *Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949*, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 213 f.

Bundeskanzler der Platz die Last der Verantwortung zu spüren und aus dieser Verantwortung heraus Schuld abzutragen!“¹²

Die „Unauslöschlichkeit des millionenfachen Mordes an den Juden Europas“, das verdeutlichte Brandt an anderer Stelle seiner Rede, bestimmte das deutsche Verhältnis zu Israel mit und machte seine „Besonderheit“ aus. „Der Name Auschwitz wird für Generationen ein Trauma bleiben. Illusionen sind nicht erlaubt: die Verletzungen, die in dem dunklen Jahzwölft der Seele des Volkes der Opfer und der Seele des Volkes der Täter zugefügt wurden, werden so rasch nicht ausheilen. Denn es wurde das Bild des Menschen verletzt, des Menschen, den wir als Ebenbild Gottes begreifen. Diese Erfahrung – sie ist die eigentliche Katastrophe der Menschheit, mehr als alle Kriege und ihre Schrecken [–] lastet auf dem Judentum, nicht nur in Israel; und sie lastet auf uns Deutschen. Hier hilft kein Hinweis auf eine Jugend, der die Freiheit der Unbefangenheit gegeben sei. Niemand ist aus der Haftung der Geschichte entlassen.“¹³

Klaus Harpprecht, ein persönlicher Freund Willy Brandts und verheiratet mit Renate Lasker-Harpprecht, die Auschwitz und Bergen-Belsen überlebt hatte, war an dieser Rede beteiligt gewesen. In einem Gespräch mit Harpprecht im Mai 1973 nahm der israelische Botschafter Eliashiv Ben-Horin darauf Bezug und nannte als wichtigsten Satz Brandts, dass „sich die Frage der Schuld nicht mit der Ablösung der Generationen erledige, sondern nachwirke als geschichtliche Macht“.¹⁴ Als Außenminister Scheel im Juli 1971 Israel besuchte, sprach auch er in einer Rede vor der Knesset aus: „Kein Deutscher kann sich aus seiner Geschichte wegstellen.“¹⁵ Und im Bundestag stellte Scheel wenig später fest: „Die guten, sich weiter entwickelnden Beziehungen zu Israel haben ihren besonderen Charakter durch das, was im deutschen Namen den Juden angetan wurde.“¹⁶

Vor diesem historischen Hintergrund konnte die Bundesrepublik im Nahost-Konflikt keine völlig neutrale und schon gar keine anti-israelische Haltung

¹² Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [Bonn 1971], S. 446–455 (S. 448) (siehe auch die Dokumentation im Anhang). Diese Formulierungen hatte Günter Grass beigesteuert. Vgl. Willy Brandt und Günter Grass: Der Briefwechsel. Hrsg. von Martin Kölbl, Göttingen 2013, S. 451 f. und 1122.

¹³ Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews, S. 453.

¹⁴ Klaus Harpprecht: Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt, Reinbek 2000.

¹⁵ Zit. nach Archiv der Gegenwart (AdG) 41 (1971), S. 16395.

¹⁶ Plenarprotokoll Nr. 6/133 vom 19. Juli 1971, S. 7759. Siehe <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/06/06133.pdf>

einnehmen. „Israel ist – daran ändern auch die Schlagworte radikaler Gruppen nichts – der grandiose Versuch, einem Volk von weithin Heimatlosen eine gesicherte Heimat zu schaffen“, erklärte Brandt in seiner Kölner Rede. Er verschwieg nicht, was die Gründung des jüdischen Staates vor allem für die „palästinensischen Araber“ bedeutete. „Aber die Rolle des arroganten Weltmoralisten steht uns auch hier nicht zu. Wir haben vielmehr die Kette der Kausalität von Leid und Unrecht an ihrem Ursprung zu erkennen: hier im Herzen Europas“, unterstrich der Kanzler. Die Bundesregierung werde „mit der gebotenen Bescheidenheit“ das ihre tun, „den Willen zum friedlichen Ausgleich im Spannungsfeld des Nahen Ostens zu ermutigen“. Unumstößliche Prämisse war dabei jedoch, dass „wir (..) das Lebensrecht Israels nicht in Frage stellen lassen können“.¹⁷

Die Entwicklung persönlicher Kontakte zwischen Willy Brandt und Golda Meir 1971/72

Während Willy Brandt schon seit seiner Zeit als Außenminister ein gutes Verhältnis zu Abba Eban unterhielt, gestaltete sich seine Beziehung zu Golda Meir schwierig. Ihr erstes Zusammentreffen hatte bereits 1960 stattgefunden, als der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin Israel erstmals besuchte. Später begegneten sich Brandt und Meir sporadisch im Rahmen von Tagungen der Sozialistischen Internationale (SI). So auch Ende Mai 1971 bei einer Konferenz der Parteiführer (Council Conference) in Helsinki, bei der es zu einem lebhaften Meinungsaustausch zwischen der israelischen Premierministerin und dem deutschen Bundeskanzler kam. Meir war sehr verärgert darüber, dass die EG-Außenminister zwei Wochen zuvor eine Erklärung zum Nahen Osten verabschiedet hatten, und fragte Brandt unverblümt: „Was geht das die Sechs an?“¹⁸

In ihrem ersten gemeinsamen Positionspapier im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, das eigentlich vertraulich bleiben sollte, bald jedoch an die Öffentlichkeit gelangte, hatten die sechs EG-Mitgliedstaaten nämlich zum Nahost-Konflikt Stellung genommen und sich für eine Friedenslösung mit internationalen Garantien ausgesprochen. In seiner Antwort auf Meirs Frage verwies Brandt auf das Interesse der Europäer am Frieden in der benachbarten Region und bekräftigte das Recht der EG, sich dazu zu äußern.¹⁹ Was den Inhalt

¹⁷ Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews, S. 453 f.

¹⁸ Willy Brandt: Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 446.

¹⁹ Vgl. Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 590.

der Nahost-Erklärung anbetraf, hatte der Kanzler allerdings Bedenken. Denn dabei war die französische Fassung der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats von November 1967 zugrunde gelegt worden, die verlangte, dass sich die israelischen Truppen aus „den besetzten Gebieten“ zurückziehen müssten. Lediglich „kleine Grenzänderungen“ hielt das EPZ-Papier für denkbar.²⁰

Dahingegen bestand Israel stets auf dem englischen Text der Resolution, in dem vom Rückzug aus „besetzten Gebieten“ („territories occupied“) die Rede war, was nach israelischer Lesart die Interpretation erlaubte, nicht alle Gebiete zurückgeben zu müssen und über die Grenzen frei verhandeln zu können.²¹ Im März 1971 umriss Golda Meir gegenüber der Londoner „Times“ die israelischen Vorstellungen über eine künftige Grenzregelung. Sie erklärte, Israel müsse das an der Südküste des Sinai gelegene Sharm el-Sheikh behalten und einen Zugang dorthin bekommen. Darüber hinaus verlangte Meir, die Grenze um den Hafen von Eilat am Roten Meer neu auszuhandeln und den Gaza-Streifen von Ägypten abzutrennen. Außerdem bekräftigte die israelische Regierungschefin, die Golan-Höhen und Ost-Jerusalem nicht wieder zu räumen.²² Wenige Tage später betonte sie vor der Knesset, dass von den künftigen Grenzen Israels eine abschreckende Wirkung ausgehen müsse.²³ Diese Forderungen vertrat auch Außenminister Abba Eban gegenüber seinem Amtskollegen Walter Scheel, als dieser Anfang Juli 1971 Israel besuchte.²⁴

Die Israelis stufte das EPZ-Papier als pro-arabisch ein und lehnten es kategorisch ab. Regierung und Öffentlichkeit befürchteten, die Bundesrepublik habe sich dem Einfluss Frankreichs gebeugt, das sich nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 von Israel abgewandt hatte. Auch bei ausgesprochen pro-israelisch gesinnten Bundestagsabgeordneten und Parteivorstandsmitgliedern der SPD, allen voran bei Herbert Wehner, der im Frühjahr 1971 Israel besucht hatte, stieß die Nahost-Erklärung der EG auf wenig Gegenliebe. Der Kanzler versuchte den Fraktionsvorsitzenden in einem Brief am 22. Mai 1971 zu beschwichtigen, indem er das Papier der Außenminister als „einen konfidentiellen Zwischenbericht“ bezeichnete, der

²⁰ Siehe AAPD 1971, bearb. von Martin Koopmann, Matthias Peter und Daniela Taschler, München 2002, S. 666–671.

²¹ So argumentierte Golda Meir auch in ihrer Rede bei der Council Conference der SI in Helsinki im Mai 1971. Siehe *Socialist Affairs* 21 (1971), No. 5–6, S. 98 f.

²² Vgl. *Europa Archiv (EA)* 26 (1971), 7, S. D 68.

²³ Vgl. ebd., 8, S. D 79.

²⁴ Siehe AAPD 1971, S. 1104.

die Grundlage für weitere Erörterungen bilde. Zudem sei festgehalten worden, dass auf der Basis der Resolution 242 „begrenzte Grenzänderungen“ möglich sein müssten. Die „israelische Polemik“ erscheine „schwer verständlich“.²⁵

Die Aufregung nahm indes noch zu, als wenig später der volle Wortlaut des Dokuments bekannt wurde. Im Juni 1971 wurde eine Bundestagsdelegation, die sich auf Einladung der Knesset in Israel aufhielt, mit dem Unmut der Gastgeber ebenso konfrontiert wie der deutsche Außenminister vier Wochen danach. Scheels Beteuerungen gegenüber Meir und Eban, die Nahost-Erklärung sei ein Kompromiss, der die französische Position abschwäche, milderte die israelische Kritik nicht.²⁶ Doch noch während des Scheel-Besuchs distanzierte sich Bonn von dem EPZ-Papier – zum großen Ärger der Pariser Regierung. Regierungssprecher Conrad Ahlers erklärte am 9. Juli 1971, die Bundesregierung interpretiere die Sicherheitsratsresolution 242 weiterhin im Sinne des englischen Textes.²⁷ Drei Tage zuvor war Willy Brandt mit dem französischen Staatspräsidenten George Pompidou zusammengetroffen und hatte dabei gesagt, er verstehe, „dass Israel Modifikationen fordere, die seinen Sicherheitsinteressen entsprechen“. Einerseits hatte der deutsche Kanzler also Verständnis für den israelischen Wunsch nach „sicheren Grenzen“, die nicht mit den bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 geltenden Linien identisch sein und mehr als nur „kleine Grenzänderungen“ beinhalten sollten. Andererseits fragte er sich und Pompidou: „Wie aber könne man verhindern, dass im Herbst von ägyptischer Seite aus geschossen werde?“

Unverkennbar waren Brandt und Pompidou über die seinerzeit scheinbar unbewegliche Haltung der israelischen Regierung enttäuscht, die den Friedensinitiativen der USA (Rogers-Plan) und der UNO (Jarring-Mission) eine Absage erteilt hatte. Israel vertraue niemandem mehr, nur sich selbst und seinen Waffen, um die neuen Grenzen zu halten, meinte der französische Präsident. Willy Brandt schilderte ähnliche Eindrücke von seiner Begegnung mit Golda Meir in Helsinki: „Sie habe eine sehr kämpferische Haltung an den Tag gelegt und das Bild vermittelt, dass Israel allein stehe, keine Freunde habe und notfalls bis zum letzten Mann kämpfen wolle.“²⁸ Seine sich daran anschließende Bemerkung, Verteidigungsminister Moshe Dayan könne eher zu Kompromissen bereit sein, beruhte

²⁵ Siehe das Schreiben Brandts an Wehner vom 22. Mai 1971, in: *AdsD, WBA, A 8*, 21.

²⁶ Siehe AAPD 1971, S. 1099 f. und 1105 f.

²⁷ Siehe ebd., S. 1113, Anm. 3.

²⁸ Ebd., S. 1084.

offenbar auf Gesprächen mit Nahum Goldmann, mit dem Brandt des Öfteren zusammentraf.²⁹ Dayan hatte bereits 1970 öffentlich ein Interimsabkommen mit Ägypten zur Wiedereröffnung des Suez-Kanals vorgeschlagen. Demnach sollten beide Seiten ihre Truppen ca. 30 Kilometer vom Kanal zurückziehen, so dass sie außerhalb der Reichweite der gegnerischen Artillerie sein würden. Aber als der ägyptische Präsident Sadat im Februar 1971 anbot, im Falle eines israelischen Rückzugs bis zu den Sinai-Pässen Mitla und Gidi würde der Suez-Kanal wieder geöffnet, kämpfte Dayan nicht für seinen Plan. Im Mai 1971 befürwortete eine Mehrheit im israelischen Kabinett allenfalls eine entmilitarisierte Zone von maximal 10 km Breite auf beiden Seiten des Kanals.³⁰ Da Sadat daraufhin erklärte, er akzeptiere einen bilateralen Rückzug vom Suez-Kanal nur, wenn Israel zuvor anerkenne, dass dies der erste Schritt zur Rückgabe aller besetzten Gebiete sei, war das Thema bald erledigt.

Trotz der Unnachgiebigkeit Golda Meirs intensivierte sich der persönliche Kontakt zwischen ihr und Willy Brandt ab dem Herbst 1971 stetig. Daran war maßgeblich Günter Grass beteiligt – ein Umstand, der heute verwundern mag eingedenk seines späten Eingeständnisses von 2006, der Waffen-SS angehört zu haben, und wegen seiner Polemik gegen Israel im Jahre 2012. Grass, der erstmals im Frühjahr 1967 den jüdischen Staat besucht hatte, reiste anlässlich der vom Auswärtigen Amt initiierten „Deutschen Kulturwoche“ im November 1971 nach Israel.³¹ Im Gepäck hatte er ein Schreiben des Bundeskanzlers an die Premierministerin, das Grass bei einem 1½-stündigen Zusammentreffen mit Meir am 10. November persönlich übergab.³²

In dem Schreiben vom 2. November 1971 bedankte sich Brandt für Meirs Glückwünsche zum Friedensnobelpreis, der ihm große Verpflichtung und Ansporn sei. Er verfolge aufmerksam, ob und wie sich Ansätze zu einer dauerhaften Friedensregelung im Nahen Osten erkennen ließen. Von seinem Gespräch mit Breschnew

²⁹ Zu Brandts Gesprächen mit Goldmann und dessen Sicht auf Dayan, die Pompidou teilte, siehe ebd., S. 164.

³⁰ Vgl. Abba Eban: *Personal Witness. Israel Through My Eyes*, New York 1992, S. 503 ff.

³¹ Die Organisatoren der Veranstaltung besaßen allerdings erstaunlich wenig Einfühlungsvermögen. Die „Deutsche Kulturwoche“, die ausgerechnet vom 6.–12. November 1971 stattfand, provozierte massive antideutsche Proteste in Israel, vor allem am 9. November. Vgl. Fink 2009, S. 192.

³² Siehe den Vermerk von Wolf-Dietrich Schilling vom 3. November 1971, in: AdsD, WBA, A 8, 53. Zur Unterredung zwischen Meir und Grass sowie zu dessen Israel-Reise vgl. Briefwechsel Brandt–Grass, S. 513 und 523–526.

auf der Krim im September 1971 berichtete Brandt an Meir, dass die Sowjetunion nach seinem Eindruck daran interessiert sei, gemeinsam mit den USA eine weitere Zuspitzung der Lage zu vermeiden. Auch wenn der Einfluss der Bundesrepublik in diesen Zusammenhängen, wie sie wisse, begrenzt sei, bot der deutsche Kanzler der israelischen Regierungschefin seine guten Dienste an: „(W)enn immer Sie meinen, dass ich für meine Überlegungen und Gespräche etwas wissen sollte, was über die offiziellen Verlautbarungen hinausgeht, zögern Sie bitte nicht, es mich wissen zu lassen.“³³

„Über Deinen Brief hat sie sich mehr als bloß gefreut“, schrieb Grass nach Rückkehr seinem Freund.³⁴ Er übermittelte auch den Vorschlag Meirs, Brandt möge „10–15 europäische Sozialdemokraten“ zu einem nicht-öffentlichen Treffen mit ihr einladen, um miteinander über die Lage im Nahen Osten zu sprechen. „Besonders das Verhalten der schwedischen und englischen Genossen scheint sie auf der Konferenz in Helsinki deprimiert zu haben“, berichtete Grass. In einem Schreiben vom 29. November 1971 trug Meir ihre Idee offiziell an Brandt heran. „Ich halte es für notwendig, dass Menschen, die jene Ideologie teilen, mit der ich mein ganzes Leben gelebt habe, alle Fakten kennen und versuchen sollten zu verstehen und dann vielleicht auch zu helfen.“ Für Brandts Bereitschaft, informiert zu werden und zu helfen, bedankte sich Meir. Die Möglichkeit, die Großmächte in eine Lösung des Nahost-Konflikts einzubeziehen, schätzte sie allerdings sehr gering ein. Und solange Ägypten den israelischen Rückzug auf die Grenzen von 1967 zur Vorbedingung für Verhandlungen machte, sah sie überhaupt keine Chance für irgendwelche Abkommen. Sie betonte: Sollte Präsident Sadat, wie man höre, wieder Krieg führen wollen, fürchte Israel sich nicht. „Wir sind sicher, wie der Krieg ausgehen wird“, gab sich Meir siegesgewiss. Der Gedanke, wieder angegriffen zu werden, lasse ihr aber keine Ruhe.³⁵

In seiner Antwort vom 26. Januar 1972 begrüßte Brandt Meirs Idee für ein informelles Gespräch unter sozialdemokratischen Parteiführern und schlug vor, die

³³ Siehe das Schreiben Brandts an Meir vom 2. November 1971 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/0754ED6A-34Fo-45F9-B3B7-6FCF1FE14D52/o/Brandt23.pdf>. Siehe auch die Kopie des Schreibens sowie dessen Abdruck in: AdsD, WBA, A 8, 53 und Briefwechsel Brandt–Grass, S. 946 f.

³⁴ Briefwechsel Brandt–Grass, S. 524.

³⁵ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 29. November 1971, in: AdsD, WBA, A 8, 53. Abgedruckt in: Briefwechsel Brandt–Grass, S. 948 f. Siehe auch die Kopie unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/0754ED6A-34Fo-45F9-B3B7-6FCF1FE14D52/o/Brandt23.pdf>

Zusammenkunft im Juni in Wien durchzuführen. Trotz aller Schwierigkeiten sei er, was die Entwicklung im Nahen Osten anbetreffe, nicht hoffnungslos. Wegen vieler Termine im Dezember 1971 – zum Jahreswechsel hatte der Kanzler Präsident Nixon in den USA getroffen – und wegen eines anschließenden Urlaubs in Florida bat Brandt um Entschuldigung, nicht früher geschrieben zu haben.³⁶ Meir antwortete per Brief am 20. Februar 1972, sie freue sich, dass ihr Vorschlag angenommen worden sei. Das Gespräch könne am Rande des Kongresses der Sozialistischen Internationale in Wien im Juni stattfinden. Meir dankte Brandt zugleich für sein Interesse an den Problemen Israels.³⁷

Bereits zwei Wochen zuvor hatte sie deutlich gemacht, wie sehr sie am weiteren Austausch mit dem Kanzler interessiert war. „Ich schätze diesen Austausch sehr, sowohl seiner selbst wegen als auch wegen der freundschaftlichen Beziehung, die durch ihn bezeugt wird“, hieß es in dem Schreiben an Brandt, das der israelische Botschafter Ben-Horin am 8. Februar 1972 in Bonn überbrachte. Darin sprach die Premierministerin die „besonders herzliche Einladung“ („most cordial invitation“) aus, „zu einem Termin Ihrer Wahl“ („at a time of your choice“) nach Israel zu kommen.³⁸

Die Umstände, unter denen diese Einladung ausgesprochen wurde, waren allerdings ungewöhnlich und entsprachen nicht den üblichen diplomatischen Gepflogenheiten. Bereits am 30. Januar 1972 wurde in der israelischen Presse gemeldet, Meir werde Brandt in Kürze einladen, was die Regierung in Jerusalem aber nicht bestätigte. Nachdem der deutsche Botschafter Jesco von Puttkamer aufgrund der Zeitungsmeldungen tags darauf irrtümlich verkündet hatte, eine Einladung liege vor, sah sich die Bundesregierung zu der Erklärung gezwungen,

³⁶ Siehe das Schreiben Brandts an Meir vom 26. Januar 1972 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/483FAAB3-777B-4EDE-B803-6265BC1D9873/o/Brandt24.pdf>. Siehe auch die Kopie des Schreibens in: AdsD, WBA, A 8, 53. Eine deutsche Übersetzung befindet sich im Anhang dieses Heftes.

³⁷ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 20. Februar 1972, in: AdsD, A 8, 53. Siehe auch die Kopie des Schreibens unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/483FAAB3-777B-4EDE-B803-6265BC1D9873/o/Brandt24.pdf>. Eine deutsche Übersetzung befindet sich im Anhang dieses Heftes.

³⁸ Die Worte „at a time of your choice“ wurden von Brandt handschriftlich unterstrichen. Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 6. Februar 1972, in: AdsD, A 8, 53. Eine Kopie des Schreibens ist veröffentlicht unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/4208E36A-E88B-4585-8A08-FDD48060EF15/o/Brandt25.pdf>.

dass noch keine Einladung erfolgt sei und man über entsprechende israelische Pläne auch nichts wisse.³⁹

Als die Einladung, die mit Bonn nicht abgesprochen, aber von israelischer Seite schon in die Öffentlichkeit lanciert worden war, dann eintraf, zögerte Brandt trotzdem nicht, sie anzunehmen. Die Nachrichtenagentur AFP berichtete noch am 8. Februar 1972, der Bundeskanzler habe sich gegenüber ausländischen Pressevertretern entsprechend geäußert, der Termin des Besuchs müsse jedoch noch vereinbart werden. Weiter hieß es in der Meldung: „Eingehend auf die mögliche Beeinträchtigung, die diese Einladung auf den Normalisierungsprozeß zwischen den arabischen Staaten und der Bundesrepublik verursachen könnte, unterstrich Brandt, dass die Bundesrepublik ebenso interessiert sei, mit Israel sowie auch mit den arabischen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten.“⁴⁰

Abgesehen vom Sonderfall Jordanien, zu dem der diplomatische Kontakt schon 1967 wiederhergestellt worden war, hatte Bonn bis hierher erst mit zwei arabischen Staaten die 1965 abgebrochenen Beziehungen wieder aufgenommen, und zwar mit Algerien und Sudan im Dezember 1971. Erst am 14. März 1972 stellte die Arabische Liga ihren Mitgliedern frei, Botschafter mit der Bundesrepublik auszutauschen, was sieben arabische Staaten im Laufe der folgenden Monate denn auch taten. So bestanden beispielsweise ab dem 8. Juni 1972 wieder offizielle diplomatische Beziehungen zwischen Ägypten und der Bundesrepublik. Es war die Sorge um den zu jenem Zeitpunkt noch laufenden Annäherungsprozess an die arabische Welt, die Brandt am 10. Februar 1972 gegenüber dem französischen Staatspräsidenten Pompidou zu der Bemerkung veranlasste, durch die Einladung Frau Meirs befinde er sich „in einer schwierigen Lage“.⁴¹ Angesichts der sich verbessernden deutsch-arabischen Beziehungen wollte die Regierung in Jerusalem mit ihrem Vorstoß offenbar bewusst ein Zeichen an die Adresse Bonns senden, Israel nicht zu vergessen. Die sich abzeichnende UNO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik und Brandts Prestige als einer der führenden Weltpolitiker können als weitere Motive für die Einladung an den Bundeskanzler gelten.⁴²

³⁹ Siehe AAPD 1972, bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, München 2003, S. 121, Anm. 28.

⁴⁰ Zit. nach ebd., Anm. 29.

⁴¹ Ebd., S. 120 f.

⁴² Vgl. Fink 2009, S. 193. Finks Darstellung, wann und wie es zur Einladung kam, ist allerdings sehr fehlerhaft.

Obwohl er sich unter Druck gesetzt fühlte, war es für Willy Brandt „angesichts der deutschen Vergangenheit“ ausgeschlossen, die Einladung abzulehnen, wie er den britischen Premierminister Edward Heath am 20. April 1972 wissen ließ. Der Kanzler war fest entschlossen, in der zweiten Jahreshälfte Israel zu besuchen.⁴³ Doch einen Termin zu finden, erwies sich wegen der innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik als schwierig. Einen konkreten Vorschlag konnte Brandt mit Verweis auf die anstehende Ratifizierung der Ostverträge noch nicht machen, als er mit Schreiben vom 9. März 1972 gegenüber der israelischen Premierministerin die Annahme der Einladung offiziell bestätigte.⁴⁴ Wegen der Neuwahlen, die in Folge des am 27. April 1972 gescheiterten konstruktiven Misstrauensantrags und des Patts im Bundestag für den 19. November 1972 angesetzt wurden, kam es zu einer Verschiebung des Besuchs. Am Rande des Kongresses der Sozialistischen Internationale, der vom 26. bis 29. Juni 1972 in Wien stattfand⁴⁵, versicherte Willy Brandt Golda Meir, er werde so schnell wie möglich nach den Bundestagswahlen nach Israel kommen.⁴⁶ Diese Zusicherung beförderte den Dialog zwischen beiden Politikern weiter. Die israelische Regierungschefin war „wesentlich milder gestimmt“ als noch ein Jahr zuvor in Helsinki.⁴⁷

Wie viel Vertrauen sie Brandt inzwischen entgegenbrachte, belegt der Text eines an den Kanzler gerichteten Briefs vom 4. September 1972.⁴⁸ Darin bedankte sich Meir sehr für den umfassenden Meinungsaustausch in Wien und legte ihre Gedanken zur Lage im Nahen Osten nach dem Abzug der sowjetischen Militärberater aus Ägypten dar. Die israelische Regierung glaube, diese Entwicklung werde die ägyptische Führung wahrscheinlich zu einer „realistischeren Einschätzung“ ihrer Alternativen bringen. Präsident Sadat stehe kurz davor, die wichtige

⁴³ Siehe AAPD 1972, S. 436.

⁴⁴ Siehe ebd., S. 121, Anm. 29.

⁴⁵ Vgl. *Socialist Affairs* 22 (1972), No. 6–8, S. 113–116. Siehe auch AdG 42 (1972), S. 17181.

⁴⁶ Vgl. Tsoref, 'From Now On ...' (Anm. 2). Demnach sprachen beide dort zweimal miteinander, wobei ein Treffen zuvor nicht geplant gewesen sei. Im WBA ließen sich keine Aufzeichnungen über diese Unterredungen finden. Im Terminkalender Brandts ist für den Abend des 26. Juni 1972 im Anschluss an einen Empfang bei Bruno Kreisky ein „Gespräch mit Golda Meir“ verzeichnet. Siehe AdsD, WBA, A 19, 270.

⁴⁷ Brandt 1989, S. 447.

⁴⁸ Vgl. Tsoref, 'From Now On ...' (Anm. 2) und siehe das Dokument unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/71728C96-EC57-416D-8AAF-5EF22CB3B409/o/Brandt26.pdf>

Entscheidung zu treffen, dass er seine Probleme nur selbst und gemeinsam mit den Israelis lösen könne. Frieden sei nur erreichbar, wenn Ägypten nicht länger direkte Verhandlungen mit Israel ablehne, so Meir weiter. Ihre Regierung sei dazu bereit, wie sie am 26. Juli 1972 in der Knesset gesagt habe. Zugleich habe sie dabei betont, dass Israel keine Vorbedingungen für Gespräche stelle und weder die Waffenstillstandslinien verewigen wolle noch die endgültigen Friedensgrenzen für sich schon festgelegt habe. Es sei möglich, schrieb die israelische Premierministerin, dass Sadat die Bedeutung dieses Appells nicht voll verstanden habe. Damit er dem Schritt zu direkten Verhandlungen aber nicht wieder ausweiche, dürfe es keine externen politischen Initiativen geben, insbesondere nicht von Seiten der Europäer, so lange die Initiativen nicht von beiden Konfliktparteien akzeptiert worden seien, betonte Meir. Sie vertraue darauf, dass Vorschläge, die Israel als gegen seine Interessen gerichtet betrachte, von Brandt nicht unterstützt würden.

Implizit forderte dieses Schreiben, das die israelische Verhandlungsstrategie gegenüber Ägypten dokumentiert, den Bundeskanzler zu zwei Dingen auf: 1. die europäischen Partner zu bremsen und 2. die Ägypter zu direkten Kontakten mit Israel zu motivieren. Allerdings ist bei der Interpretation dieses Schreibens allergrößte Vorsicht geboten, weil es sehr fraglich ist, ob es überhaupt abgeschickt wurde: Im Willy-Brandt-Archiv, wo ansonsten alle anderen schriftlichen Zeugnisse des Austauschs zwischen Brandt und Meir zu finden sind und deshalb dieses Schreiben auffindbar sein müsste, gibt es keine Spur von diesem inhaltlich gewichtigen Brief der israelischen Regierungschefin. Hinzu kommt, dass das im israelischen Staatsarchiv gefundene, nicht unterzeichnete Schreiben den Originalbriefkopf der Premierministerin trägt, es sich somit nicht um eine Fotokopie oder einen Durchschlag handelt, wie es üblich und logisch ist, wenn man das unterschriebene Original verschickt hat. Ferner ist eine Antwort Brandts, die in dem Schreiben Meirs erbeten wurde, im Willy-Brandt-Archiv auch nicht überliefert. Es ist jedoch schwer vorstellbar, dass der Kanzler den enormen Vertrauensbeweis und die damit verbundene Erwartung an ihn, sich zu engagieren, gänzlich unbeantwortet gelassen haben sollte. Daher erscheint es sehr zweifelhaft, dass das Schreiben Meirs, dessen Übergabe sich mit dem Olympia-Attentat von München überschneiden haben müsste, wirklich abgeschickt wurde. Vielmehr ist anzunehmen, dass der bereits formulierte Brief, den Meir aber noch nicht unterschrieben hatte, angesichts der dramatischen Ereignisse nicht versandt wurde.

Die Krise der Beziehungen nach dem Olympia-Attentat 1972

Nach dem Anschlag auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München am 5. September 1972 gerieten die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bekanntlich in ihre schwerste Krise. Die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen im Olympischen Dorf und das furchtbare Scheitern der deutschen Einsatzkräfte bei der Geiselnbefreiung wurden von der israelischen Regierung in den ersten offiziellen Reaktionen noch nicht kritisiert. Golda Meir setzte sich zunächst sehr dafür ein, dass aus Israel keine Vorwürfe an Deutschland gerichtet wurden. Vielmehr dankte sie am 6. September dem Bundeskanzler in einem per Telex übermittelten Schreiben und würdigte ihn als Verbündeten Israels: „Wir anerkennen vollkommen, was Ihre Regierung in einem verzweifelten Versuch unternommen hat, um das Leben unserer Sportler zu retten, ohne der brutalen Einschüchterung nachzugeben.“⁴⁹ Auf das Beileidstelegramm Brandts vom Morgen des 6. September sowie auf sein Telegramm zum jüdischen Neujahrsfest drei Tage später, in dem er dem israelischen Volk angesichts des schweren Leids seine „ganz besondere Verbundenheit“ ausdrückte, fand Meir in ihrer Antwort vom 29. September ebenfalls herzliche Worte.⁵⁰

Ihre Bereitschaft, die deutsche Seite mit Kritik zu verschonen, war allerdings sehr rasch verfliegen. Noch am Abend des 6. September 1972 waren Meir und einige ihre Minister von Mossad-Chef Zvi Zamir, der das Desaster in Fürstenfeldbruck vor Ort miterlebt hatte, über das inkompetente und im Ergebnis katastrophale Agieren der deutschen Sicherheitskräfte mündlich informiert worden.⁵¹ Daraufhin sandte die Premierministerin ein weiteres Telegramm an den Bundeskanzler, in dem sie ihn zur schnellstmöglichen Untersuchung der Ereignisse aufforderte.⁵² Ein schriftlicher Bericht Zamirs wurde dem Bundeskanzler auf Wunsch Meirs am 13. September 1972 vom israelischen Botschafter Ben-Horin persönlich übergeben.⁵³ Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher nahm dazu mit

⁴⁹ Meir an Brandt, 6. September 1972, in: AdsD, WBA, A 8, 53.

⁵⁰ Siehe die Telegramme, die auch veröffentlicht wurden, in: AdsD, WBA, A 8, 53.

⁵¹ Eine deutsche Übersetzung dieses mündlichen Berichts ist veröffentlicht unter <http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/mossad-protokoll-100.html>

⁵² Siehe „Special Publication: The Fortieth Anniversary of the Massacre of the Israeli Athletes in Munich. First Publication of Documents on the Israeli Government's Actions During and After the Disaster“ unter http://www.archives.gov.il/ArchiveGov_Eng/Publications/ElectronicPirsum/MunichOlympics1972/

⁵³ Siehe AAPD 1972, S. 1243–1247. Siehe Zamirs Bericht unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/D97B3447-8104-496C-959E-Do09BD23239D/o/municho17.pdf>

einem Vermerk Stellung, der am 9. Oktober 1972 durch ein Schreiben Brandts an die israelische Premierministerin geschickt wurde. Darin war lediglich von „Ungenauigkeiten bzw. Unrichtigkeiten“ in Zamirs Bericht die Rede, nicht aber von deutschen Versäumnissen oder Fehlverhalten.⁵⁴ Dass die Verantwortlichen in der Bundesrepublik sich und ihren Behörden derweil in einem Untersuchungsbericht attestiert hatten, keinerlei Fehler gemacht zu haben, konnte und wollte Golda Meir vor der israelischen Öffentlichkeit nicht so stehen lassen, wie sie dem deutschen Botschafter Jesco von Puttkamer am 13. Oktober 1972 erklärte.⁵⁵ Das tat sie dann auch drei Tage später in einer Rede vor der Knesset.⁵⁶ Die deutsche Entscheidung, die Geiseln mit Waffengewalt befreien zu wollen, lobte sie gleichwohl erneut.⁵⁷ In Israel wurde auch registriert, dass die Bundesregierung 1.500 Araber, die terroristischer Aktivitäten verdächtig waren, aus der Bundesrepublik auswies, zwei palästinensische Studentenorganisationen verbot und eine noch engere Zusammenarbeit mit den israelischen Sicherheitsbehörden verabredete.⁵⁸

Jede diplomatische Zurückhaltung legte man in Jerusalem jedoch ab, als die Bundesrepublik die drei palästinensischen Attentäter von München, die überlebt hatten und in bayerischen Gefängnissen einsaßen, am 29. Oktober 1972 freiließ und damit der Forderung von PLO-Terroristen nachkam, die wenige Stunden zuvor eine Lufthansa-Maschine mit 20 Menschen an Bord entführt hatten. Die über Botschafter Ben-Horin übermittelte dringende Bitte der israelischen Regierung, keinesfalls nachzugeben, fand kein Gehör in Bonn. Das deutsche Verhalten traf auf völliges Unverständnis in Israel und wurde von Kabinett und Öffentlichkeit in äußerst scharfer Form kritisiert. Premierministerin Meir und Außenminister Eban warfen der Bundesrepublik einen „Gesinnungswechsel“ und eine „überstürzte Kapitulation“ vor dem Terrorismus vor.⁵⁹ Die Massenmedien stellten sogar Vergleiche mit der NS-Zeit an und griffen die Bundesregierung sowie den Bundeskanzler persönlich an. Frau Meir distanzierte sich jedoch von diesen

⁵⁴ Siehe das Schreiben Brandts an Meir vom 9. Oktober 1972 und den Vermerk Genschers vom 5. Oktober 1972 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/BB109633-F87C-4415-A57A-C93C3DoA6oA3/o/municho26.pdf>.

⁵⁵ Siehe AAPD 1972, S. 1534–1537.

⁵⁶ Vgl. Matthias Dahlke: Der Anschlag auf Olympia '72. Die politischen Reaktionen auf den internationalen Terrorismus in Deutschland, München 2006, S. 67 f.

⁵⁷ Siehe AAPD 1972, S. 1615, Anm. 4.

⁵⁸ Vgl. Fink 2009, S. 195 f.

⁵⁹ Siehe AAPD 1972, S. 1615 ff.

extremen Anwürfen: „Ich würde das, was jetzt passierte, nicht mit dem Holocaust in Verbindung bringen.“⁶⁰ Die Empörung und der Zorn waren aber auch in ihrem Kabinett so groß, dass Botschafter Ben-Horin, der am 30. Oktober 1972 eine israelische Protestnote in Bonn übergeben hatte, zu Konsultationen nach Jerusalem zurückbeordert wurde.⁶¹

Die ungewöhnlichen Umstände der Entführung⁶² und die in Windeseile durchgeführte Abschiebung der Olympia-Attentäter, die noch am selben Tag – ein Sonntag – über Zagreb nach Tripolis ausgeflogen wurden, nährten schon damals den Verdacht, der seither immer wieder geäußert wurde, dass es sich um ein abgekartetes Spiel gehandelt haben könnte.⁶³ Die chaotischen und dramatischen Geschehnisse, insbesondere auf dem Flughafen in Zagreb, sprechen jedoch gegen die These, es habe vorherige Absprachen deutscher Stellen mit den Terroristen und deren Anführern gegeben.⁶⁴ Allerdings waren die Bundesregierung und die bayerische Landesregierung offenkundig sehr daran interessiert, die drei Palästinenser noch vor Prozessbeginn loszuwerden. Jüngste Recherchen des Fernsehmagazins „Report München“ haben ergeben, dass Polizei und Justiz in Bayern auf eine Freilassung und die Abschiebung umfassend vorbereitet waren.⁶⁵ Schon unmittelbar nach dem 5. September 1972 hatte es Warnungen und Drohungen vor neuen Anschlägen gegeben, mit denen die Inhaftierten freigesprengt werden

⁶⁰ Zit. nach http://www.archives.gov.il/ArchiveGov_Eng/Publications/ElectronicPirsum/MunichOlympics1972/

⁶¹ Siehe AdG 42 (1972), S. 17519 und vgl. Hepperle 2000, S. 116.

⁶² Einschließlich der beiden Geiselnahmer befanden sich in der Maschine nur dreizehn Passagiere (neun Araber, zwei Amerikaner, ein Franzose und ein Deutscher), darunter keine Frauen und keine Kinder. Vgl. Majid Sattar: Folgen eines Anschlags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 2006.

⁶³ Vgl. ebd. und Simon Reeve: One Day in September. The Story of the 1972 Munich Olympics Massacre, London 2000, S. 128–131.

⁶⁴ Siehe AAPD 1972, S. 1635–1638. Vor der Landung in Zagreb hatten die Entführer die Maschine ca. vier Stunden in der Luft kreisen lassen, bis sie nur noch für etwa 30 Sekunden Flugtreibstoff hatten. Gegen den ursprünglichen Willen der Bundesregierung erlaubte Jugoslawien, dass das Flugzeug nach der Landung aufgetankt wurde und nach Libyen weiterfliegen konnte. Zuvor hatten die Kidnapper ultimativ damit gedroht, die Maschine in die Luft zu sprengen. Die Bonner Forderung, wonach die Entführer alle Geiseln schon in Zagreb freilassen sollten, konnte ebenfalls nicht realisiert werden. Der Start des Flugzeugs, das die drei Palästinenser vom Flughafen München-Riem nach Zagreb brachte, erfolgte zudem ohne Zustimmung der Bundesregierung, die noch Zusicherungen hatte aushandeln wollen. Vgl. Dahlke 2006, S. 22–25.

⁶⁵ Siehe das Manuskript zur Sendung vom 18. Juni 2013 unter <http://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/videos-und-manuskripte/olympia-attentat104.html>

sollten.⁶⁶ Mit ihrer Freilassung war vor allem die damals verbreitete Hoffnung verbunden, die Bundesrepublik werde zukünftig nicht mehr das Ziel von Attentaten arabischer Terroristen sein. Darüber hinaus wollte die Bundesregierung die Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht belasten.⁶⁷ In einem Prozess gegen die Attentäter von München wäre unweigerlich auch die Frage nach Hintermännern und Helfern im Ausland aufgekommen.

Bundeskanzler Brandt verteidigte die Entscheidung und wies die israelische Kritik zurück. Wie er am 6. November 1972 in einer Rede bei einer Wahlkampfveranstaltung in Düsseldorf sagte, konnte er nicht akzeptieren, „wenn hierbei Zusammenhänge mit einer verbrecherischen Periode deutscher Politik hergestellt werden“.⁶⁸ Zugleich mühte sich Brandt um Schadensbegrenzung in den bilateralen Beziehungen. Am 8. November 1972 überbrachte von Puttkamer der israelischen Premierministerin in Jerusalem eine Botschaft des Kanzlers. Darin hieß es u. a.: „Unser Handeln wurde von der Überzeugung bestimmt, dass der Rettung der gefährdeten Menschen Vorrang vor allen anderen Erwägungen gebühre. In diesem konkreten Fall gab es keine andere Wahl. Die am 29. Oktober eingenommene Haltung der Bundesregierung bedeutet kein Zurückweichen gegenüber dem Terrorismus. Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft mit ganzer Kraft und allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln terroristischen Anschlägen entgegenstemmen.“ Weiter teilte Brandt mit, dass er von Äußerungen, die von israelischer Seite im Zusammenhang mit der Entführung gefallen seien, „schmerzlich berührt“ sei. „Mit allem Nachdruck muß ich widersprechen, wenn hierbei Parallelen zu einer verbrecherischen Periode deutscher Politik gezogen werden. Es erfüllt mich mit Sorge, dass durch diese Vorgänge das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern belastet werden könnte, und ich meine, wir sollten uns in gemeinsamem Bemühen dafür einsetzen, dass die deutsch-israelischen Beziehungen keinen Schaden nehmen.“⁶⁹

⁶⁶ Vgl. Dahlke 2006, S. 20.

⁶⁷ Vgl. Eva Oberloskamp: Das Olympia-Attentat 1972. Politische Lernprozesse im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), 3, S. 321–352 (S. 332 f.).

⁶⁸ Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews (II), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [Bonn 1973], S. 492.

⁶⁹ Für den deutschen Text und eine englische Übersetzung von Brandts Botschaft siehe <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/C9BBF3AC-B7E7-440E-A6F1-68F5326429CF/o/municho44.pdf>

Dass der Bundeskanzler „in dieser Situation“ eine persönliche Botschaft an sie richtete, begrüßte Meir außerordentlich. Auch sie wünschte keine Belastung der bilateralen Beziehungen und versprach, sich entsprechend einzusetzen. Was die auf die NS-Zeit rekurrierenden Vorwürfe israelischer Medien anbetraf, verwies Meir den deutschen Botschafter auf die unterschiedlichen Stellungnahmen von Presse und Regierung in Israel, zwischen denen zu differenzieren sei. Zugleich bat die Premierministerin aber um Verständnis für die israelische Reaktion auf die Freilassung von Mördern, die nach ihrer Ankunft in Libyen sofort erklärt hätten, weitermachen zu wollen.⁷⁰

Durch die persönliche Botschaft Brandts an Meir klangen die akuten Verstimmungen im deutsch-israelischen Verhältnis allmählich ab. Schon am 9. November 1972 kehrte Botschafter Ben-Horin nach Bonn zurück. Gegenüber Hans-Eberhard Dingels, dem Internationalen Sekretär der SPD, betonte der israelische Gesandte Jizchak Ben-Ari, dies sei die alleinige Entscheidung Frau Meirs gewesen und vor allem auf ihre persönliche Hochachtung vor den Sozialdemokraten Willy Brandt und Herbert Wehner zurückzuführen, die sie so kurz vor der Bundestagswahl nicht in Schwierigkeiten habe bringen wollen.⁷¹

Die Bonner Haltung im Nahost-Konflikt im Vorfeld des Israel-Besuchs

Nach dem Wahlsieg von SPD und FDP und der Wiederwahl Willy Brandts nahmen die Planungen für seine aufgeschobene Israel-Reise Konturen an. Ende März 1973 ließ der Bundeskanzler über den deutschen Botschafter in Jerusalem mitteilen, er wolle Israel vom 6. bis 10. Juni 1973 besuchen.⁷² Offiziell bekanntgegeben wurde die Reise am 2. April.

Anlässlich ihres 75. Geburtstags überbrachte von Puttkamer am 3. Mai Golda Meir einen handgeschriebenen persönlichen Brief Willy Brandts, in dem er der Jubilarin herzlich gratulierte und ihre Verdienste für den Staat Israel würdigte. Weiter schrieb Brandt: „Dem erneuten Zusammentreffen mit Ihnen [...] sehen meine Frau und ich gern und in der Erwartung entgegen, dass es die Beziehungen

⁷⁰ Siehe AAPD 1972, S. 1685–1688.

⁷¹ Siehe das Schreiben von Hans-Eberhard Dingels an Wolf-Dietrich Schilling, den persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, vom 10. November 1972, zit. bei Hepperle 2000, S. 120 f.

⁷² Siehe das Telegramm der Botschaft in Bonn an das israelische Außenministerium vom 28. März 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/2EC682ED-B7CA-4604-8EB4-DD4A11BBBE9C/o/Brandt01.pdf>. Die Reise fand schließlich vom 7. bis 11. Juni 1973 statt.

zwischen unseren Ländern weiter vertiefen wird.“⁷³ Die Anregung zu diesem Schreiben war vom deutschen Botschafter ausgegangen⁷⁴, der die Gelegenheit der Übergabe dazu nutzte, ein Gespräch über den bevorstehenden Kanzlerbesuch zu führen. Angesichts einer antideutschen Kundgebung vor der Botschaft am 29. April, dem Shoa-Gedenktag, fragte von Puttkamer besorgt, ob die öffentliche Meinung in Israel wirklich bereit sei für diesen Besuch und ob es nicht zu ähnlichen Protesten während Brandts Aufenthalt kommen werde. Meir beruhigte den Botschafter. Es stehe nichts zu befürchten, man wisse in Israel, wer Brandt sei.⁷⁵ Für die Glückwünsche zu ihrem Geburtstag bedankte sie sich beim Bundeskanzler in einem Schreiben vom 22. Mai 1973 herzlich.⁷⁶

Im Frühjahr 1973 ließen ausländische Gesprächspartner Willy Brandts durchblicken, dass sie mit Blick auf den Nahost-Konflikt gewisse Hoffnungen in seine Israel-Reise setzten. Bei einer Unterredung am 1. März 1973 in Bonn erklärte beispielsweise Hafez Ismail, der Sonderberater des ägyptischen Präsidenten, der zuvor in Moskau, London, Washington und New York gewesen war: „Der Bundeskanzler selbst verfüge über beträchtlichen Einfluß in bestimmten politischen Kreisen. Ägypten hoffe, dass wir bereit seien, diesen Einfluß mit dem Ziel einzusetzen, die israelische Führungsspitze zu einer flexibleren Haltung zu bewegen.“⁷⁷ Brandt warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen an ihn und die Europäer. Zwar gab er einerseits der Meinung Ismails Recht, die Europäische Gemeinschaft sollte eine größere Rolle in der Nachbarregion spielen. Andererseits, sagte der Bundeskanzler, gebe es Gründe, „warum Europa nur eine kleinere Rolle in der Weltpolitik spiele“. Eine deutsche Führungsrolle in Europa kam für ihn generell nicht in Frage.

Die Bonner Haltung im Nahost-Konflikt als „konstruktive Neutralität“ zu bezeichnen, sei nicht so einfach, wie es sich anhöre, erläuterte Brandt weiter und verwies auf „bestimmte Bürden aus der Vergangenheit“. Gleichwohl sei die

⁷³ Siehe die Kopie des Schreibens von Brandt an Meir vom 26. April 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 53.

⁷⁴ Siehe das Fernschreiben aus Tel Aviv an das Auswärtige Amt, Nr. 197 vom 16. April 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 53.

⁷⁵ Siehe den Vermerk zum Gespräch zwischen Meir und von Puttkamer am 3. Mai 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/6CC462FD-B265-481B-8E0F-480C24E936DE/o/Brandt02.pdf>

⁷⁶ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 22. Mai 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 53.

⁷⁷ Siehe „Vermerk über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Herrn Hafez Ismail, Sonderberater des Präsidenten der Arabischen Republik Ägypten, am 1. März 1973, 11.00 Uhr, im Bundeskanzleramt“, in: AdSD, WBA, A 8, 53.

Bundesregierung „sehr an Fortschritten bei der Lösung der Probleme des Nahen Ostens interessiert“, nicht zuletzt in der „Palästinenserfrage“, die der Kanzler als „wesentliche Quelle der Schwierigkeiten“ bezeichnete. Die Bundesrepublik sei „ohne Zögern bereit“, Israel gegenüber den geringen Einfluss, den sie habe, einzusetzen, versprach Brandt. Eine Lösung müsste „unter das Dach der Vereinten Nationen gebracht werden. Das bedeute nicht, dass das Herbeiführen einer Lösung operationell über die Vereinten Nationen geschehen müsse.“

Direkte Gespräche zwischen Ägypten und Israel schloss Willy Brandt also nicht aus. Dass er solche Kontakte im Grunde befürwortete, lässt sich aus seinen nachfolgenden Äußerungen schließen. Ismails Satz, den dieser am Vortag im Auswärtigen Amt geäußert hatte, wonach Israel sich „als einen Teil des Mittleren Ostens“ betrachten müsse, nannte der Kanzler „sehr wichtig“. Hinsichtlich des Neins der ägyptischen Regierung zu Zwischenlösungen, meldete Brandt aber „freimütig“ Zweifel an. „Was ist schon eine ‚endgültige‘ Lösung?“, fragte er und verwies auf die Ostpolitik und die damit verbundenen schwierigen Entscheidungen: „Zwischen einem schlechten gegenwärtigen Zustand und einer Traumlösung gebe es Zwischenstufen.“ Sein Gegenüber hatte dafür kein Verständnis. Brandts „Philosophie“ unterscheide sich vom „ägyptischen Denken“, antwortete Ismail und fügte hinzu: „Vielleicht liege das daran, dass die Ägypter ein junges Volk seien, das eifersüchtig über seine Gebiete wache.“⁷⁸ Er begrüßte indes die Absicht Brandts, nach Israel zu reisen.⁷⁹

Im Frühjahr 1973 waren die Fronten in Nahost verhärteter denn je. Die Lage sei außerordentlich gefährlich, berichtete der jugoslawische Präsident Tito am 18. April während eines Vier-Augen-Gesprächs mit Bundeskanzler Brandt auf der Adriainsel Brioni. Nach eigenen Angaben hatte Tito kurz zuvor Informationen bekommen, „wonach sich die Araber auf eine militärische Zurückgewinnung der verlorenen Gebiete vorbereiten. (...) Praktisch jede Stunde kann es losgehen.“ Er habe deshalb Botschaften an die Sowjetunion, die USA und andere gesandt und klarzumachen versucht, „dass es höchste Zeit ist, etwas zu tun“. Tito, der enge Beziehungen mit Sadat unterhielt, war „in größter Sorge“ und befürchtete „das Schlimmste“. „Die Araber bereiten sich auf den totalen Krieg vor (...). Sie sind bereit, Israel zu vernichten, und sie haben auch die Mittel dazu“, teilte er Brandt mit. Vor allem die Amerikaner müssten etwas unternehmen.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Vgl. Harpprecht 2000, S. 138.

Der Bundeskanzler nahm diese Warnungen sehr ernst und sagte zu, bei seinem Anfang Mai 1973 stattfindenden Treffen mit US-Präsident Nixon über die Lage in Nahost zu sprechen und Tito anschließend einen Brief zu schicken. Es komme auf die USA und die Sowjetunion an, die beide keinen Krieg wollten, betonte Brandt. Die israelische Position sei wegen der dort bevorstehenden Wahlen „besonders unbeweglich“. Es gebe dort militante rechte Gruppen und Golda Meir selbst sei „auch nicht besonders flexibel“. Brandt rätselte: „Was wollen die Israelis?“ Er sei bereit, bei seinem Besuch in Israel im Juni seinen Einfluss im Sinne einer friedlichen Lösung geltend zu machen. Die Möglichkeiten der Europäer und besonders der Deutschen seien „aber sehr begrenzt“. Zwar bestehe „seit alters her ein gutes Verhältnis zu den Arabern“, aber die Bundesrepublik sei, wie Brandt unter Verweis auf die deutsche Schuld am millionenfachen Mord an den Juden einmal mehr erklärte, „Israel gegenüber zu besonderer Ausgewogenheit verpflichtet“.⁸⁰

Als er am Rande des Jugoslawien-Aufenthalts in einem vertraulichen Hintergrundgespräch mit begleitenden Journalisten gefragt wurde, ob er „in bestimmter Mission nach Israel fahre“, warnte der Kanzler erneut davor, die deutsche Rolle im Nahost-Konflikt zu überschätzen. USA und Sowjetunion seien am wichtigsten und unter den Europäern hätten Großbritannien und Frankreich mehr Einfluss in der Region als die Bundesrepublik. „Wir wollen uns weder aufdrängen, noch können wir dem ganz entgehen, denn im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit müssen wir uns diesem Problem zwangsläufig auch stellen“, lautete die salomonische Formel.⁸¹ Schon ein Jahr zuvor hatte Brandt in einem im ägyptischen Fernsehen ausgestrahlten Interview deutsche und europäische Unterstützung bei der Suche nach einer Lösung der Nahostprobleme angeboten.⁸²

Am 2. Mai 1973 machte Brandt Nixon im Weißen Haus auf Titos Sorgen über die Entwicklung in Nahost aufmerksam. Der US-Präsident aber sah „im Augenblick

⁸⁰ Siehe die Aufzeichnung über das „Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Tito auf Brioni“ am 18. April 1973, in: AAPD 1973, bearb. von Matthias Peter, Michael Kieninger, Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Fabian Hilfrich, München 2004, S. 539–553 (Zitate aus S. 539–543).

⁸¹ Diese Äußerungen konnte die Israelische Botschaft in Bonn in Erfahrung bringen. Siehe die Mitteilung von Botschafter Ben-Horin an das israelische Außenministerium vom 26. April 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/734B5CA5-6518-40D0-AE23-7AE02BFB14F7/0/Brandto5.pdf>

⁸² Auszüge dieses Interviews für die ägyptische Nachrichtenagentur MENA sind abgedruckt in: EMUNA. Horizonte zur Diskussion über Israel und das Judentum 7 (1972), S. 159 f.

angesichts der Position der beiden Seiten keine realen Erfolgchancen“ durch amerikanischen Druck etwas zu bewegen, so sehr man sich auch darum bemühe, mit allen Beteiligten in Kontakt zu bleiben.⁸³ In einem Schreiben an den jugoslawischen Präsidenten fasste der Bundeskanzler am 7. Mai 1973 die US-Position so zusammen: Nixon verkenne die Gefährlichkeit der Lage nicht. Eine amerikanische Einflussnahme sei jedoch erst möglich, wenn einmal ein Verhandlungsprozess begonnen habe, der allerdings nur eingeleitet werden könne, wenn beide Seiten keine Vorbedingungen stellten. Solange Ägypten vor Verhandlungen auf Zusicherungen über bestimmte Punkte bestehe, seien kaum Fortschritte zu erwarten. Daher bat Brandt Tito um Mithilfe: „Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Sie Präsident Sadat auf diese Gesichtspunkte hinweisen würden. (...) Eine positive Haltung Kairos würde es auch mir erleichtern, entsprechende Gespräche im Juni bei meinem Aufenthalt in Israel zu führen.“⁸⁴

Die deutsche Seite folgte damit ohne Abstriche den Einschätzungen, die US-Außenminister William P. Rogers seinem Amtskollegen Walter Scheel während des Kanzlerbesuchs in Washington ausführlich erläutert hatte. „Offensichtlich bestehe in Ägypten immer noch die völlig unrealistische Hoffnung, dass die Amerikaner im Stande seien, Israel ein Abkommen nach arabischem Geschmack aufzwingen zu können. Das Grundproblem der ägyptischen Haltung gegenüber Israel sei immer noch die Forderung, dass Israel die Verpflichtung zur Räumung aller besetzten Gebiete übernehme, bevor Ägypten zu Verhandlungen bereit sei“, erklärte Rogers, der hinzufügte: „Frau Meir sei bereit, in Verhandlungen einzutreten, wenn die andere Seite keine Vorbedingungen stelle.“ Daher gab er Scheel, der vom 20. bis 25. Mai 1973 Ägypten, Jordanien und Libanon besuchte, mit auf den Weg: Es wäre nützlich, wenn den Arabern klar gemacht würde, dass kein Dritter – weder die UNO, noch die USA, noch die Vier Mächte, noch die Europäer – ihre Probleme lösen könnte. Daraufhin wollte der deutsche Außenminister wissen, ob die Amerikaner eine Möglichkeit sähen, dass „sich Vertreter Israels und Ägyptens an irgendeinem Ort informell trafen“, um so vielleicht Verhandlungen in Gang zu setzen. Da das Gespräch an dieser Stelle unterbrochen werden musste,

⁸³ Siehe die „Aufzeichnung des Bundeskanzlers Brandt“ vom 1. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 615 ff. (S. 617).

⁸⁴ Siehe das Schreiben Brandts an Tito vom 7. Mai 1973. Tito antwortete am 22. Mai 1973, er habe Brandts Botschaft sowie die jugoslawische Idee einer Vier-Mächte-Vermittlung an Sadat übermittelt. Der Briefwechsel Brandt-Tito befindet sich in: AdSD, WBA, A 8, 55.

konnte die Frage nicht weiter erörtert werden. Rogers sagte Scheel jedoch später, es sei sicher gut, wenn er in Kairo den Standpunkt der Bundesrepublik übermittele, „dass aller Beginn bei den Parteien selbst liegen müsse“.⁸⁵

Dementsprechend versuchte der deutsche Außenminister die Ägypter davon zu überzeugen, ihre Vorbedingungen für Verhandlungen aufzugeben. Gegenüber dem ägyptischen Außenminister Mohammed al-Zayyat betonte er, dass „eine Lösung des Nahost-Problems ohne ‚preliminary talks‘ nicht zu erwarten sei“. Man müsse unterscheiden „zwischen öffentlichen Erklärungen und auf diskrete Weise zu erprobender praktischer Annäherung“. Doch Scheel biss mit seinen Ratschlägen auf Granit. Zayyat lehnte „Verhandlungen ohne Vorbedingungen“ entschieden ab. Diese Formel sei eine „Erfindung Israels“, um auf der Grundlage der „gegenwärtigen Besitzverhältnisse“ verhandeln zu können. „Ägypten sei nicht bereit, Gebietsabtretungen überhaupt zu diskutieren“. Zayyat stellte fest, dass „jedweder Kontaktaufnahme der israelische Rückzug oder zumindest die Zusage des Rückzuges vorausgehen müsse“. Direkte Verhandlungen bezeichnete er in diesem Zusammenhang als „nutzlos“.⁸⁶ Ägyptens Staatspräsident gab sich ebenfalls absolut unnachgiebig. Da Israel „ägyptische Territorien als Faustpfand besetzt halte“, würde „jede Verhandlung nur zu einer ‚imposed solution‘ seitens Israel führen“, stellte Sadat im Gespräch mit Scheel fest.⁸⁷

Nach seiner Nahostreise fasste der deutsche Außenminister während eines Gesprächs zwischen Bundeskanzler Brandt und dem britischen Premierminister Heath, der am 29. Mai 1973 in Bonn war, seine Eindrücke so zusammen: Die Ägypter „fürchteten nichts so sehr wie direkte Gespräche“. Trotz eines neuen Vorstoßes im UN-Sicherheitsrat hätten sie „keine konkreten Vorstellungen“ für eine Friedenslösung, sondern wollten nur zeigen, dass nicht sie den Weg dahin versperren würden. Obschon Sadat und andere „immer wieder von der Alternative sprächen“, rechnete Scheel nicht damit, dass es in der nächsten Zeit zu einem neuen Krieg kommen würde.⁸⁸

⁸⁵ Siehe das FS Nr. 1320 von „Ministerialdirektor van Well, z.Zt. Washington, an das Auswärtige Amt“ vom 2. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 632–635.

⁸⁶ Siehe das FS Nr. 855 von „Botschafter Steltzer, Kairo, an das Auswärtige Amt“ vom 5. Juni 1973 über das Delegationsgespräch am 21. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 921–925.

⁸⁷ Siehe „Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Redies“ über den Besuch Scheels in Kairo vom 30. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 896–901 (S. 900).

⁸⁸ Siehe „Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Premierminister Heath“ am 29. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 858–864 (S. 859).

Wie die israelische Regierung erfuhr, war die ägyptische Seite vom deutschen Vizekanzler auch ausdrücklich vor einem Militäreinsatz gewarnt worden. Demnach hatte Scheel einem Berater Sadats gesagt, er würde einen Angriff auf Israel für einen schweren Fehler halten, denn die Ägypter müssten verstehen, dass sich ihre Stellungen danach westlich des Suez-Kanals befinden würden. Diesen Informationen zufolge, die auf einem Gespräch des FDP-Politikers mit einem israelischen Liberalen beruhten, glaubte Scheel, in Kairo Bereitschaft zu indirekten Verhandlungen mit Jerusalem gefunden zu haben, die eventuell zu geheimen Direktkontakten führen könnten. Deshalb hielt er es für sinnvoll, diese Frage beim Besuch Willy Brandts in Israel zu klären. Bonns Außenminister bot auch an, wieder in die Region zurückzukehren, um seinen arabischen Kollegen etwaige israelische Vorschläge zu überbringen.⁸⁹

Allerdings hatte Scheel seine eigenen Ambitionen noch vor der Reise deutlich heruntergesetzt. „Sir Walter werde nun doch nicht den Frieden im Nahen Osten stiften, das traue er sich nicht zu“, bemerkte Willy Brandt am 11. Mai 1973 gegenüber Klaus Harpprecht.⁹⁰ Nach seiner Rückkehr plädierte Scheel beim Gespräch mit Brandt und Heath für eine neue Nahost-Mission unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, um über indirekte Verhandlungen einen Prozess in Gang zu setzen, der vielleicht doch zu direkten Gesprächen führen könnte. Bereits am 19. Mai 1973 hatte der Außenminister den sowjetischen Generalsekretär Breschnew um Unterstützung gebeten, denn ohne Mithilfe von außen würden die direkt Beteiligten im Nahen Osten den notwendigen ersten Schritt nicht tun, so Scheel.⁹¹

Beim Treffen mit dem britischen Premier nahm der Bundeskanzler die Idee einer neuen Nahost-Initiative der UNO positiv auf und regte unter Hinweis auf das Schreiben Titos vom 22. Mai 1973 an, die Mission könnte aus „einem Vermittler und Vertretern der Vier Mächte bestehen“. Edward Heath führte dagegen einen völlig anderen Gedanken in die Debatte ein. Er sorgte sich vor allem

⁸⁹ So berichtete es der Vertreter der Unabhängigen Liberalen Partei Israels, Estreicher, der während der Konferenz des Internationalen Rats der Liberalen Parteien in Stockholm mit Außenminister Scheel gesprochen und anschließend die dortige israelische Botschaft darüber informiert hatte. Siehe das Telegramm der Botschaft an das israelische Außenministerium vom 29. Mai 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/EB7CBo72-oC7F-4AB6-A9F6-93DFC3816A17/o/Brandto4.pdf>

⁹⁰ Harpprecht 2000, S. 138.

⁹¹ Siehe „Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew“ am 19. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 728–731 (S. 728 f.)

um die Energieversorgung der westlichen Welt. „Die Entwicklung könne dahin gehen, dass die arabischen Staaten kein Öl mehr an die Vereinigten Staaten lieferten, solange diese Israel unterstützten.“ Durch eine gemeinsame Linie des Westens wollte Heath zum einen die Araber davon abhalten, ihre wirtschaftliche Macht politisch zu missbrauchen, und zum anderen Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten bewegen. „Solange Israel der Meinung sei, der Westen habe nur Angst vor dem Krieg, werde es nichts unternehmen. Wenn es jedoch einmal gemerkt habe, dass die Amerikaner und Europäer mehr an eine Ölkrise dächten, würde es seine Haltung ändern.“ Brandt kündigte Heath gegenüber an, „mit den Israelis in dieser Richtung zu sprechen“. Der Kanzler glaubte aber nicht, dass sie vor den Parlamentswahlen etwas unternehmen würden. Brandt fügte hinzu: „Frau Meir werde sicher ihre Meinung nicht ändern, da sie nicht der Regierungschef sein wolle, der nachgegeben habe.“⁹²

Die Israel-Reise des Bundeskanzlers

Zwei Wochen vor seinem Abflug lud Willy Brandt den israelischen Botschafter Ben-Horin zu einem privaten Abendessen bei sich zu Hause auf dem Bonner Venusberg ein. Zu den weiteren Gästen zählten u.a. Egon Bahr, Hans-Jürgen Wischniewski, Walter Hesselbach sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Paul Frank. Von den sehr freundlichen Gastgebern und seinen hochkarätigen Tischnachbarn war Ben-Horin sehr angetan. In der Runde gab Willy Brandt einige Details seiner jüngsten Gespräche mit Leonid Breschnew zum Besten: So habe er den sowjetischen Generalsekretär scherzhaft gefragt, ob die Probleme der Sowjetunion mit den Ägyptern darauf zurückzuführen seien, dass den ägyptischen Offizieren, die eine Ausbildung in der UdSSR absolviert hätten, die sowjetische Doktrin beigebracht worden sei, wonach man den Feind tief in das Land eindringen lassen und dann auf den Winter warten solle. Breschnew habe darauf aber recht verärgert reagiert.⁹³

Nach dem Essen führte Brandt mit dem israelischen Botschafter ein Vier-Augen-Gespräch, in dem der Kanzler Mitteilungen zu seinem bevorstehenden

⁹² Siehe „Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Premierminister Heath“ am 29. Mai 1973, in: AAPD 1973, S. 858–862.

⁹³ Siehe das Telegramm Nr. 352 von Ben-Horin an das israelische Außenministerium vom 25. Mai 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/8487546B-412E-41DE-9D7E-58B9C3648D26/o/Brandto3.pdf>

Besuch machte. Er werde ausgeruht nach Israel kommen, fürchte jedoch, dass aufgrund des gedrängten Programms kaum Zeit für ruhige Gespräche bleiben würde. Sofern sich das als notwendig erweise, sei er bereit, nach den beiden geplanten Galadiners jeweils zu einer weiteren Gesprächsstunde mit der Ministerpräsidentin zusammenzukommen. Es freue ihn, dass sie seine Einschätzungen über die Weltangelegenheiten hören wolle, so Brandt weiter. Zum Thema Naher Osten werde er ihr etwas zu berichten haben, aber er wolle vor allem zuhören. Vorsichtig äußerte Brandt die Hoffnung, dass man sich während der Gespräche nicht mit Dingen werde aufhalten müssen, die ihm bewusst seien und von denen die Ministerpräsidentin wisse, dass sie ihm bewusst seien.⁹⁴

Das bedeutete jedoch keineswegs, dass der Bundeskanzler die deutsche Verantwortung für die Shoa und ihre Folgen ausklammern oder ignorieren wollte. Das galt insbesondere für seine Bitte, die er an Ben-Horin bezüglich der Frage von Entschädigungszahlungen für NS-Opfer richtete: Während seines Besuchs möge das Gespräch nicht darauf zurückkommen und nicht die Form der Übergabe einer Forderung annehmen, sonst müsse seine Reaktion negativer ausfallen als sie sich in der Realität darstelle. Es sei wichtig, dass in Deutschland nicht der Eindruck entstehe, der Kanzler werde in der Entschädigungsfrage unter Druck gesetzt. Brandt erläuterte Ben-Horin zugleich den Hintergrund dieser Bitte: Er überlege immer noch, wie man Israel entgegenkommen könnte, und führe darüber Gespräche. Eine kategorische Ablehnung der Forderungen wie gegenüber Jugoslawien sei nicht angebracht. Vielleicht ließe sich eine Stiftung gründen, in die jedes Jahr bestimmte Summen fließen könnten und die Härtefällen vorbehalten wäre, und eventuell könnten zwei elder statesmen mit der Weiterbehandlung dieser Frage betraut werden, erklärte Brandt.⁹⁵

Die Behauptung, der Bundeskanzler habe in puncto Entschädigungszahlungen „alles andere als demütig“ mit Israels Botschafter gesprochen, wie Wolffsohn im „WamS“-Artikel schreibt⁹⁶, ist daher unhaltbar. Brandt bemühte sich hinter den Kulissen aufrichtig um eine Dauerlösung des Problems nach Ablauf des auf drei Jahre befristeten Dinstein-Abkommens von 1970. Dabei musste er aber die

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Siehe das Telegramm Nr. 355 von Ben-Horin an das israelische Außenministerium vom 25. Mai 1973. Dieser für den Finanzminister bestimmte separate Bericht findet sich ebenfalls unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/8487546B-412E-41DE-9D7E-58B9C3648D26/o/Brandto3.pdf>

⁹⁶ Anm. 1. Darin wird Brandts Stiftungsidee völlig verschwiegen.

innenpolitischen Widerstände in der Bundesrepublik beachten und den deutschen Rechtsstandpunkt im Auge behalten. Deshalb bat er die israelische Seite um öffentliche Zurückhaltung.

Viele Gedanken machten sich Brandt und seine Mitarbeiter im Kanzleramt auch um die Gestaltung seines Besuchs in der Jerusalemer Shoa-Gedenkstätte Yad Vashem am Abend des 7. Juni 1973, vor allem über die vermutete israelische Erwartung an eine besondere Geste dort. Es war klar, eine Wiederholung des Kniefalls konnte es nicht geben. Von Klaus Harpprecht kam der Vorschlag, dass der Kanzler nach der Kranzniederlegung in Yad Vashem Verse aus dem Psalm 103 auf Deutsch vorlesen sollte.⁹⁷ Erst während des Fluges nach Israel entschied sich Brandt endgültig dafür.⁹⁸ In seinem Tagebuch notierte Harpprecht über den Moment der Psalmlesung in der Gedenkstätte: „Es ist kein Mensch in diesem Raum, der sich nicht dem Zwang, ja der Gewalt von Anspruch und Bitte in der



Bundeskanzler Willy Brandt in der Gedenkstätte Yad Vashem, 7. Juni 1973

⁹⁷ Vgl. Harpprecht 2000, S. 171 und 177 f.

⁹⁸ Vgl. Wibke Bruhns: Nachrichtenzeit. Meine unfertigen Erinnerungen, München 2012, S. 103.

Objektivierung des biblischen Textes unterwirft. (...) An diesem Abend spricht Jerusalem von dem Psalm.“⁹⁹

Am Nachmittag des 7. Juni 1973 waren der Bundeskanzler und seine Entourage, zu der u. a. auch Günter Grass, Walter Hesselbach und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Werner Nachmann, gehörten, auf dem Flughafen Lod in Tel Aviv gelandet. Dort hatte Premierministerin Meir, begleitet von Außenminister Eban, den Staatsgast aus Deutschland mit militärischen Ehren empfangen. Nach dem Abspielen der Nationalhymnen hatten Meir und Brandt kurze Reden gehalten und waren anschließend gemeinsam in einem Hubschrauber nach Jerusalem geflogen. Nach dem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem kamen beide am Abend im Haus der Premierministerin zu einem ersten Vier-Augen-Gespräch zusammen. Zeitgleich trafen sich die Delegationen, angeführt von den Staatssekretären Mordechai Gazit und Paul Frank, zu einer Unterredung.¹⁰⁰

In dem Delegationsgespräch stellte Frank zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen fest: „(D)ie Debatte, ob es sich um Sonderbeziehungen handele, um Beziehungen mit Sondercharakter usw., verliere gegenüber dem konkreten Inhalt des Verhältnisses an Interesse.“ In diesem Zusammenhang betonte er „mit Nachdruck“, „dass niemand, der in verantwortlicher Position mit den deutsch-israelischen Beziehungen zu tun habe, daran denke, dass die Vergangenheit vergessen werden könne. Es sei jedoch an der Zeit, die Debatte hierüber abzuschließen.“¹⁰¹ Frank meinte damit nicht, einen „Schlusstrich“¹⁰² unter die Vergangenheit zu ziehen, sondern er wünschte ein Ende der Debatte um die Charakterisierung der deutsch-israelischen Beziehungen und um den Begriff „Normalisierung“, den er Israel gegenüber als zu schroff empfand.¹⁰³ Der Staatssekretär erläuterte weiter

⁹⁹ Harpprecht 2000, S. 183 f. Brandt las die Verse 8 bis 16 vor.

¹⁰⁰ Diese Konsultationssitzung kam für die deutsche Seite überraschend zustande, da sie nach Angaben Franks im Besuchsprogramm nicht vorgesehen war. Vgl. Paul Frank: *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, Stuttgart 1981, S. 264 f.

¹⁰¹ AAPD 1973, S. 956–965 (S. 957).

¹⁰² So die Interpretation von Wolffsohn (Anm. 1).

¹⁰³ Vgl. auch Harpprecht 2000, S. 184. Auch in der von israelischer Seite erstellten „Zusammenfassung des Brandt-Besuches“ vom 20. Juni 1973 wird Frank mit den Worten zitiert, „jeder in der BRD weiß, dass die Beziehungen zwischen uns einen besonderen Hintergrund haben, und niemand kann das vergessen. Deshalb sollten wir der Diskussion über die ‚besonderen Beziehungen‘ ein Ende setzen.“ Bundeskanzler Brandt hatte zuvor auf dem Flughafen von „normalen diplomatischen Beziehungen mit besonderem Charakter“ gesprochen und verwendete diese Formel auch während seines Aufenthaltes. Siehe die Zusammenfassung unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/7EAD2DA1-A6B0-44FE-AA93-88ABAB8176A5/o/Brandt14.pdf>



Empfang von Bundeskanzler Willy Brandt auf dem Flughafen Lod, 7. Juni 1973

das Bemühen der Bundesrepublik um eine ausgewogene Nahostpolitik sowie ihr Interesse und das der Europäer an einer friedlichen Lösung in der Region. Gazit äußerte keine Bedenken dagegen, dass Bonn auch gute Beziehungen zu arabischen Staaten anstrebte, vielmehr begrüßte er den Dialog der Bundesrepublik mit den Konfliktparteien. Im Gegensatz zu Frank sah der Israeli aber weder einen Zusammenhang zwischen der Entspannungspolitik in Europa und dem Nahostkonflikt noch schätzte er die Lage im Nahen Osten als gefährlich ein.¹⁰⁴



Premierministerin Golda Meir und Bundeskanzler Willy Brandt während eines Abendessens in der Knesset in Jerusalem, 7. Juni 1973.

Über das erste Vier-Augen-Gespräch zwischen den beiden Regierungschefs liegen nur eine kurze, fragmentarische Zusammenfassung von israelischer Seite¹⁰⁵ und handschriftliche Notizen Willy Brandts¹⁰⁶ vor. Demnach berichtete der Kanzler auf Meirs Bitte von seinen Unterredungen mit Breschnew, wobei er u. a. eine Einschätzung der Machtverhältnisse in der Moskauer Führung abgab. Auch sei über die Frage der Juden in der Sowjetunion gesprochen worden. Trotz der Scherze, die Breschnew über dieses Thema gemacht habe, wolle sich der sowjetische Generalsekretär weiter um die „humanitären Angelegenheiten“

kümmern, teilte Brandt mit. Im Folgenden informierte er Frau Meir über das, was ihm zuletzt über den Nahen Osten zugetragen worden war. Eine Idee, die die Deutschen vernommen hätten, laute „Souveränität gegen Sicherheit“. Die Ministerpräsidentin bestätigte, sie habe davon gehört, doch Sadat habe auch dies bereits abgelehnt. Des Weiteren wies Brandt auf Titos Vorschlag für eine neue Nahost-Mission der UNO hin, die maßgeblich von den Vier Mächten getragen werden sollte. Außerdem zitierte der Bundeskanzler eine Äußerung Erich Honeckers aus dessen Gespräch mit Herbert Wehner Ende Mai 1973 in der Schorfheide. Demnach hatte der SED-Generalsekretär gesagt: Die Israelis könnten nicht alle besetzten Gebiete behalten.¹⁰⁷

Daraufhin gab Frau Meir aus ihrer Sicht einen Überblick über die Lage im Nahen Osten. Sie schilderte ausführlich die verschiedenen Versuche der israelischen Regierung, einen Dialog mit den Ägyptern in Gang zu bringen. Die Wurzel des Problems sei, unterstrich die Premierministerin, „dass die Araber uns hier nicht haben wollten“. Zum Palästinenserproblem erklärte sie, in Wirklichkeit bedeute es, „dass die Palästinenser uns ersetzen würden“. Brandt antwortete darauf knapp, er verstehe das. Dieser Satz bedeutete nichts anderes, als dass der Kanzler sein Verständnis und seine Unterstützung für das israelische Drängen nach Anerkennung des Existenzrechts des jüdischen Staates durch die Araber ausdrückte.¹⁰⁸

Am Ende der ersten Begegnung unter vier Augen standen zwei Ergebnisse: Die israelische Premierministerin willigte ein, dass Brandt auf seiner Pressekonferenz am nächsten Tag bekanntgeben konnte, Frau Meir habe seine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik angenommen. Zudem vereinbarten beide für den

¹⁰⁴ Siehe AAPD 1973, S. 956–965 (S. 958 f.).

¹⁰⁵ Siehe den Vermerk „Punkte aus dem Gespräch Ministerpräsidentin-Brandt unter vier Augen 7.6.73“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/162F85B4-607F-4CoD-981A-16A38476AD9F/o/Brandto7.pdf>

¹⁰⁶ Brandts Aufzeichnung besteht nur aus einigen Stichworten und fasst die beiden Vier-Augen-Gespräche mit Meir vom 7. und 9. Juni 1973 zusammen. Siehe „GMeir: 7. + 9.6.73“, in: AdSD, WBA, A 8, 94.

¹⁰⁷ Siehe den Vermerk „Punkte aus dem Gespräch Ministerpräsidentin-Brandt unter vier Augen 7.6.73“ (Anm. 105).

¹⁰⁸ Wolffsohn scheint dagegen auch die Interpretation nicht auszuschließen, dass Brandt Verständnis für den Willen der arabischen Seite gehabt habe, Israel zu vernichten. Denn im „Wams“-Artikel (Anm. 1) heißt es: „Was er verstand, konnte man so oder so verstehen.“

9. Juni 1973 ein weiteres Vier-Augen-Gespräch¹⁰⁹, das der Kanzler ja bereits vor seiner Reise gegenüber Botschafter Ben-Horin angeregt hatte.

Im Wissen um die große Bedeutung seines Besuchs in Jerusalem stand Willy Brandt unter großer Anspannung. Am späten Abend schilderte er der Journalistin Wibke Bruhns im Hotel „King David“ seine Eindrücke vom ersten Tag, der nach Brandts Worten unbedingt hatte gelingen müssen. Von sich aus kam er auf sein gespaltenes Verhältnis zu Israel zu sprechen: Einerseits fühlte er sich mit „den geschundenen Juden“ verbunden, andererseits hatte er Vorbehalte „gegenüber israelischer Hybris“. Und Brandt berichtete Bruhns ungeschminkt von seiner Wahrnehmung Golda Meirs: „Sie wähne sich und ihr Volk im Bund mit Gott und betone hochmütig deren [sic] Auserwähltheit. Ob er ihr etwa widersprechen solle?! Kein Widerspruch sei ebenso unbefriedigend. Brandt ärgerte sich über den ihm aufgezwungenen Balanceakt.“¹¹⁰

Am Vormittag des folgenden Tages trafen die beiden Delegationen erneut zusammen.¹¹¹ Diesmal nahmen auch die beiden Regierungschefs und der israelische Außenminister teil, der die Aussprache mit der Frage nach den Beziehungen zwischen EG und Israel einleitete. Die Befürchtungen Ebans, eine gemeinsame Haltung der Europäer zum Nahen Osten werde zu einer unausgewogenen Politik gegenüber Israel führen, versuchte Brandt einmal mehr zu zerstreuen. Der Bundeskanzler bekannte sich zwar zur Intensivierung der außenpolitischen Zusammenarbeit der EG-Staaten im Zuge der schrittweisen Entwicklung einer Politischen Union. Wie Eban dem israelischen Kabinett am 10. Juni 1973 berichtete, lehnte Brandt jedoch eine europäische Nahost-Initiative ab. Versuche in diese Richtung habe der Kanzler nach eigenen Angaben vereitelt.¹¹² In Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit versprach Brandt, in der EG auch weiter dafür zu sorgen, dass Israel keine Nachteile aus der Erweiterung der Gemeinschaft entstünden, und sich für das von Israel gewünschte Verhandlungsmandat für eine Freihandelszone im Mittelmeerraum einzusetzen. Dabei ließ er auch durchblicken, Vorbehalte der italienischen Seite gegen israelische Agrarexporte durch

¹⁰⁹ Siehe den Vermerk „Punkte aus dem Gespräch Ministerpräsidentin-Brandt unter vier Augen 7.6.73“ (Anm. 105).

¹¹⁰ Bruhns 2012, S. 102 ff.

¹¹¹ Siehe AAPD 1973, S. 960–965.

¹¹² Die Passagen des Protokolls, die die Kabinettsaussprache über den Kanzlerbesuch betreffen, sind veröffentlicht unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/2F8C1278-70BA-41C4-9B50-1B7F363C7C56/o/Brandt13.pdf>

Zahlungen an Italien ausräumen zu wollen.¹¹³ Für die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung bedankte sich Abba Eban.

Erhebliche Meinungsunterschiede wurden indes deutlich, als die Frage angeschnitten wurde, welche Rolle die Vereinten Nationen im Nahost-Konflikt spielen könnten. Während Meir und Eban eindringlich auf die anti-israelische Mehrheit in der Weltorganisation verwiesen, erschien Brandt das Dach der UNO „für die Einleitung von Friedensbemühungen dagegen als besonders geeignet. Auf diese Weise könne es vielleicht zu einem ersten Dialog zwischen den Konfliktparteien kommen, der später in direkte Verhandlungen übergehe.“¹¹⁴ Für das israelische Streben nach direkten Gesprächen zeigte der Bundeskanzler zugleich Verständnis. Das sei in letzter Konsequenz die beste Methode.¹¹⁵ Um einen Anfang eines Verhandlungsprozesses herbeizuführen, hielt er gleichwohl eine Einbeziehung der USA und der Sowjetunion für hilfreich und regte daher an, die Jarring-Mission wiederaufzunehmen und durch eine beratende Gruppe mit Vertretern der zwei Großmächte oder noch weiterer Staaten zu verstärken.¹¹⁶

Doch diese Idee lehnte die israelische Regierung nachdrücklich ab. Frau Meir fürchtete, falls Amerikaner und Sowjets sich zusammensetzten, könnten Pläne entstehen, die lebenswichtige Interessen Israels bedrohten. „Israel könne die Entscheidung über Fragen, bei denen es um Sein oder Nichtsein ginge, nicht an andere abgeben“, erklärte sie sehr direkt. Abba Eban betonte ergänzend das

¹¹³ Siehe ebd. sowie die „Zusammenfassung des Brandt-Besuches“ (Anm. 103). In einem Gespräch mit Finanzminister Sapir wiederholte Brandt am 10. Juni 1973 die Zusage, sich in der EG für ein Mandat zu Verhandlungen mit Israel einzusetzen und sich an der finanziellen Kompensation für Italien zu beteiligen. Der Kanzler versprach, noch im Juni mit dem französischen Staatspräsidenten Pompidou über das Thema zu sprechen. Mit Sapir erörterte Brandt auch die Frage von individuellen Entschädigungen für Überlebende der Shoa. Brandt wies dabei auf die rechtlichen Schwierigkeiten und die restriktive deutsche Haltung gegenüber den Wiedergutmachungsforderungen aus Osteuropa hin. Er stellte aber den Versuch in Aussicht, für die nach 1965 aus der Sowjetunion nach Israel ausgewanderten Juden, die nach den geltenden Abkommen nicht anspruchsberechtigt waren, die Gesetzgebung zu ergänzen, um in Härtefällen helfen zu können. Siehe „Gespräch zwischen dem Finanzminister und Kanzler Brandt – 10.6.1973“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/o82oD8B9-4AF3-47C6-93E2-F1148A175008/o/Brandt11.pdf> sowie AAPD 1973, S. 984 ff.

¹¹⁴ AAPD 1973, S. 962 f.

¹¹⁵ Siehe „Zusammenfassung des Brandt-Besuches“ (Anm. 103).

¹¹⁶ Siehe AAPD 1973, S. 962 f.; vgl. auch Harpprecht 2000, S. 190 f. Demnach brachte Brandt die Formel „Vier minus“ ins Spiel, womit Verhandlungen zwischen den USA, der Sowjetunion, Israel und den Arabern, aber ohne Großbritannien und Frankreich, gemeint waren.

große israelische Misstrauen gegen internationale Garantien. Die habe es auch schon 1967 gegeben, ohne dass sie von den USA, Frankreich und Großbritannien eingehalten worden seien, so der Außenminister.¹¹⁷ Wenn es darauf ankomme, stehe Israel ganz allein da¹¹⁸, brachte die Premierministerin die israelische Sicht der Dinge auf den Punkt.

Brandt gab darauf zu bedenken, dass die Ölfrage die Entwicklung beeinflussen würde und dass der Nahe Osten einen „organisierten Frieden“ brauche, zu dem mehr als nur ausgehandelte Grenzen gehörten. Ob man wirklich so pessimistisch sein müsse, dass kein arabischer Führer Israel einen Platz in der Region einräumen wolle, fragte er. Darauf antwortete Meir mit unüberhörbarer Schärfe, in den arabischen Ländern bestehe immer noch die Absicht, Israel zu vernichten. Dennoch sei ihr Land bereit, ein Friedensabkommen mit Ägypten zu schließen, auch wenn Israel nicht daran glaube, dass Sadat sich mit der Existenz des jüdischen Staates abgefunden habe. „Allerdings denke Israel nur an ein Friedensabkommen unter Wahrung aller israelischen Sicherheitsgesichtspunkte“¹¹⁹, betonte Meir mit Nachdruck. Angesichts dieser harten Haltung verfiel der Bundeskanzler in Schweigen und starrte vor sich hin.¹²⁰ Das Gespräch wurde abgebrochen und endete bezeichnenderweise mit einem Satz der Premierministerin, der genau das enthielt, was Brandt an ihr störte: „Es klinge zwar vermessen, wenn ein kleines Land wie Israel glaube, dass es mit seinen Meinungen immer recht habe, aber dies sei wirklich der Fall.“¹²¹

Eine israelische Friedensinitiative?

Nach der Pressekonferenz und einem Mittagessen im Haus von Abba Eban konnte sich Willy Brandt am Nachmittag des 8. Juni ein wenig entspannen. Er besuchte den am See Genezareth gelegenen Kibbuz Ginossar und bekam Einblicke in das dortige Leben. Am Rande führte der Kanzler ein Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Yigal Allon, der den Inhalt der Unterredung sogleich telefonisch an Staatssekretär Gazit durchgab.¹²²

¹¹⁷ AAPD 1973, S. 963.

¹¹⁸ Vgl. Harpprecht 2000, S. 191 f.

¹¹⁹ AAPD 1973, S. 964.

¹²⁰ Klaus Harpprecht, der Meirs Ausführungen mit großer Empathie verfolgte, empfand die Situation als unbehaglich und verstand nicht, warum Brandt sich nicht noch einmal äußerte. Vgl. Harpprecht 2000, S. 193.

¹²¹ AAPD 1973, S. 965



Bundeskanzler Willy Brandt und der stellvertretende Ministerpräsident Yigal Allon (l. neben Brandt) in geselliger Runde im Kibbuz Ginossar, 8. Juni 1973.

Brandt teilte Allon demnach mit, Scheel und er seien überzeugt, dass Sadat einen Weg zu einer politischen Lösung und zum Frieden suche. Die Ägypter seien offen für Vorschläge im Hinblick auf substantielle Sicherheitsarrangements, solange die ägyptische Souveränität im Sinai gewahrt bliebe. Sie seien bereit, in dieser Angelegenheit weitgehende Schritte zu unternehmen, berichtete der Bundeskanzler, der sich bei diesen Aussagen auf seinen Außenminister stützte. Es gehe um die Behandlung regionaler Probleme ohne vorherige Bestimmung

¹²² Gazit fasste Allons telefonischen Bericht in einem auf den 10. Juni 1973 datierten Schreiben zusammen, das er an Meir, Allon, Eban, Meroz und Ben-Horin schickte. Siehe <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/47719DB4-1236-4810-8720-5C1C43EC74F8/o/Brandt12.pdf>. Wolffsohn datiert das Vier-Augen-Gespräch Brandt-Allon, das am 8. Juni 1973 stattfand, irrtümlich auf den 10. Juni 1973 (Anm. 1). Diese Fehldatierung bringt ihn zu dem falschen Schluss, dass die zweite Unterredung zwischen Brandt und Meir, die am Abend des 9. Juni 1973 geführt wurde, vor dem Gespräch mit Allon stattgefunden habe. Die Frage, ob Brandt das „tags zuvor“ von Frau Meir Gesagte „überhört, vergessen, absichtlich nicht erwähnt“ habe, ob er „unkonzentriert“ gewesen sei oder „an anderes gedacht“ habe, entbehrt daher jeder Grundlage. Das gilt auch für die Polemik, dass Brandt gegenüber Allon „merkwürdig wirklichkeitsfern“ und „peinlich abwesend“ gewirkt habe.

des Grenzverlaufs und um Sicherheitsarrangements. Brandt kündigte Allon gegenüber an, diesen Punkt mit Frau Meir zu besprechen. Wie die israelische Seite außerdem festhielt, sagte Brandt beim Treffen mit Allon noch: Nach dem Eindruck seiner Gespräche mit Frau Meir strebe Israel nach Frieden, misstraue aber den Absichten der Ägypter und Araber. Dieses Misstrauen sei verständlich, doch man müsse Wege finden, es zu überwinden. Er persönlich sei der Meinung, dass die Zeit nicht für Israel arbeite. Die Energiefrage sei sehr viel ernster als es Israel scheine und die arabischen Staaten würden wirtschaftlich und militärisch an Kraft gewinnen, warnte Brandt. Allon antwortete, umso verständlicher müsse dann Israels Forderung nach sicheren und zu verteidigenden Grenzen sein.¹²³

Die Thematik des zweiten Vier-Augen-Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und der Premierministerin, das am nächsten Tag stattfand, war somit vorgezeichnet. Es widmete sich ausschließlich der Nahost-Problematik. Ein Wortprotokoll oder eine ausführliche Aufzeichnung der Unterredung scheint es leider nicht zu geben. Neben der schon erwähnten handschriftlichen Notiz Brandts, in der er seine beiden Begegnungen mit Meir in Stichworten zusammenfasste¹²⁴, existiert zum Gespräch am Abend des 9. Juni 1973 lediglich ein von israelischer Seite angefertigter kurzer Vermerk. Er beinhaltet nur zehn Absätze und gibt fast ausschließlich Äußerungen von Frau Meir wieder. Darin heißt es, die Ministerpräsidentin habe klargestellt, dass niemand die Araber in ihrer Weigerung bestärken dürfe, mit Israel zu verhandeln. Wer bei ihnen die Illusion erzeuge, eine Lösung könne durch Kräfte von außen erzwungen werden, erschwere oder verhindere eine friedliche Annäherung der Konfliktparteien. Ferner wurde in dem Vermerk notiert: „Die Ministerpräsidentin meinte gegenüber Brandt, er könne Sadat sagen, er, Brandt, sei davon überzeugt, dass wir wirklich Frieden wollen, denn wir wollen weder den ganzen Sinai noch den halben Sinai oder den größten Teil des Sinai.“ Und: „Brandt kann Sadat gegenüber erklären, dass wir von ihm nicht erwarten, offiziell Verhandlungen mit uns aufzunehmen und dass wir bereit sind, Geheimverhandlungen zu beginnen etc.“¹²⁵ Willy Brandt hielt in seiner Notiz dazu fest:

¹²³ Siehe <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/47719DB4-1236-4810-8720-5C1C43EC74F8/o/Brandt12.pdf>

¹²⁴ Siehe Anm. 106.

¹²⁵ Siehe „Punkte aus dem Gespräch Ministerpräsidentin–Brandt – Samstagabend, 9.6.73“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/D801FE51-5FEE-4DF8-BC1E-84BDDE972ED3/o/Brandt08.pdf>

„Wir könnten Kairo wissen lassen:

– es besteht Gesprächsbereitschaft

– wann, wo, wer?“¹²⁶

Stellten die Äußerungen Meirs eine israelische „Friedensinitiative“ dar, die sogar ein Angebot „Land für Frieden“ enthielt, wie Wolffsohn und Tsoref erklären? Bei näherem Studium der verfügbaren Quellen müssen gegen diese These erhebliche Zweifel erhoben werden. Der Zusammenhang, in dem die Ministerpräsidentin ihre Idee vorbrachte, spricht für eine andere Interpretation.

Offenkundig war Willy Brandt – wie gegenüber Ygal Allon angekündigt – in seinem zweiten Vier-Augen-Gespräch mit Golda Meir auf die Kairoer Eindrücke des deutschen Außenministers zurückgekommen. Denn am 10. Juni 1973 berichtete Frau Meir ihrem Kabinett eingehend von den Ausführungen Brandts, wonach Scheel überzeugt sei, „dass Sadat irgendeine Friedensregelung ohne Krieg erreichen möchte“. Darauf habe sie ihrem Gast entgegnet: „Bitteschön, da sehen wir kein Problem. (...) Wenn Herr Scheel einen solchen Eindruck von Sadat gewonnen hat, dann soll er doch bitte zu Sadat gehen und ihm sagen, Israel sei zu einem Treffen bereit, selbst wenn er damit nur einer von vielen sein sollte, die in dieser Sache mitmischen und etwas anderes als eine direkte Begegnung vorschlagen.“¹²⁷

Mit „er“ war wohl Brandt selbst gemeint, da Frau Meir unmittelbar vor der Kabinettsitzung Verteidigungsminister Moshe Dayan das Vier-Augen-Gespräch mit dem Kanzler vom Vortag so geschildert hatte: „Ich sagte ihm, bestellen Sie Ismail zu sich und sagen Sie ihm, er soll mit uns sprechen.“ Es gehe darum, so begründete sie diesen Schritt gegenüber Dayan, dass Brandt nicht den Eindruck bekomme, Israel wäre nicht zum Frieden bereit.¹²⁸ Wie wichtig ihr diese Botschaft war, hatte Frau Meir schon während des Abendessens, das der Bundeskanzler am 9. Juni 1973 im Hotel David gab, in ihrer Tischrede öffentlich deutlich gemacht: „Jawohl, wir sind zum Kompromiß bereit in allem und jedem, mit der einzigen

¹²⁶ Siehe Anm. 106. In seinem Buch „Begegnungen und Einsichten“ schrieb Brandt dazu: „Im übrigen könnten wir Kairo wissen lassen – was ich weiterleiten ließ –, dass Israel gesprächsbereit sei; man möge mitteilen: wann, wo, wer?“ Brandt 1976, S. 595.

¹²⁷ Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsausssprache vom 10. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/2F8C1278-70BA-41C4-9B50-1B7F363C7C56/o/Brandt13.pdf> (siehe Anm. 112).

¹²⁸ Siehe das Protokoll über das Gespräch zwischen Meir und Dayan vom 10. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/06112490-372B-40A8-AEEB-FDE39AF1B006/o/Brandt09.pdf>

Ausnahme unserer Existenz und unseres Lebensrechtes in diesem Land und in diesem Gebiet.“¹²⁹

Vor ihren Ministern würdigte die Regierungschefin zwar den Mut des Deutschen, mit dem er in Israel über die Vergangenheit spreche. Über die Zukunft herrsche aber trotz einer guten Atmosphäre zwischen ihnen nicht so viel Einvernehmen, bedauerte Meir. Ganz ähnlich bewertete Brandt rückblickend die persönlichen Gespräche mit ihr: „Mich überkam das Gefühl, als seien wir ganz nahe beieinander, und emotional waren wir es wohl auch. Aber in unserer Einschätzung der Lage und der Gefahr waren wir ein gutes Stück voneinander entfernt.“¹³⁰

Aus Meirs Darlegungen im Kabinett wird ersichtlich, dass ihre „Bitte“ an Brandt primär keine israelische Friedensinitiative war, sondern die trotzigste Antwort auf die von deutscher Seite wiederholt vorgebrachte Einschätzung, Ägypten sei gesprächsbereit und mit internationaler Unterstützung könnte es vielleicht zu Verhandlungen kommen, wenn Israel sich bewege. Die Ministerpräsidentin drehte den Spieß einfach um: Sie betonte die israelische Verhandlungsbereitschaft und forderte den Bundeskanzler auf, genau das Kairo mitzuteilen und somit die Probe aufs Exempel zu machen, ob die Ägypter direkte Gespräche mit Israel führen wollten – und nur solche kamen für sie in Frage. Den Mitgliedern ihrer Regierung berichtete Meir, dass sie dies dem Bundeskanzler mit folgenden Sätzen „aufs Deutlichste“ gesagt habe: Wenn Sadat Frieden wolle, solle der ägyptische Präsident mit Israel reden, auch im Geheimen. Wenn Brandt oder die Europäische Gemeinschaft Sadat aber die Möglichkeit gebe, sich direkten Verhandlungen mit Israel zu entziehen, werde dies den Frieden verschieben. Dieser Einschätzung habe der Besucher aus Deutschland zugestimmt.¹³¹

Meir bat den Kanzler um Übermittlung einer Nachricht an Ägypten. Es ging – und das ist ein wichtiger Unterschied – eben nicht um aktive Vermittlung zwischen beiden Seiten, die Brandt nach wie vor ablehnte. Von den diplomatischen Bemühungen Dritter schien die israelische Ministerpräsidentin ohnehin nicht sonderlich viel zu halten. Als ihr der deutsche Gast von Titos Warnungen vor

¹²⁹ AdG 43 (1973), S. 17999.

¹³⁰ Brandt 1989, S. 447.

¹³¹ Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsaussprache vom 10. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/2F8C1278-70BA-41C4-9B50-1B7F363C7C56/o/Brandt13.pdf> (siehe Anm. 112).

der zunehmenden militärischen Stärke der Araber sowie von dessen Sorgen um Israel erzählte und die jugoslawischen Vermittlungsaktivitäten erwähnte, wurde Meir sarkastisch. Im Kabinett schilderte sie ihre Reaktion auf Brandts Mitteilungen so: „Tito, wunderbar, aber seit 1967 hat Tito noch mit keinem einzigen Israeli gesprochen. Darauf nannte er mir einen Juden, mit dem Tito doch gesprochen habe. Ich sagte ihm: Alle Achtung für diesen Mann, er mag alle Vorzüge dieser Welt haben, nur einen Nachteil hat er, er spricht nicht im Namen Israels. Tito hat bis heute mit niemandem gesprochen, der von sich behaupten kann, dass er im Namen Israels spricht.“¹³² Brandts Notizen ist zu entnehmen, dass Nahum Goldmann gemeint war.

Der Kanzler erfuhr bei dieser Gelegenheit auch davon, dass Kairo auf bisherige Kontaktversuche der Israelis, die z. B. über den rumänischen Staats- und Parteichef Ceaușescu gelaufen waren, nicht reagiert hatte.¹³³ Wenig sprach dafür, dass es diesmal anders sein würde. Eine Äußerung von Außenminister Abba Eban, der dem israelischen Kabinett am 24. Juni 1973 über den Kanzler-Besuch ausführlich Bericht erstattete, ist ein weiteres Indiz dafür, dass es Israel lediglich darum ging, Ägypten den Schwarzen Peter zuzuschieben: „Er [Brandt] sagt: Warum könnt Ihr Euch nicht jetzt mit ihnen einigen? Als ob wir jetzt Möglichkeiten hätten, sich mit ihnen zu einigen, und wir es sind, die die Einigung verzögern, da wir vermeintlich bessere Möglichkeiten haben.“¹³⁴

Zwar könnte man Meirs Satz, „Wir wollen weder den ganzen Sinai noch den halben Sinai oder den größten Teil des Sinai“, als ein Angebot „Land für Frieden“ interpretieren, doch die – in diesem Fall nicht näher spezifizierte – israelische Bereitschaft zum Verzicht auf besetzte Gebiete war alles andere als neu. Wie oben gezeigt wurde, hatte die Premierministerin bereits 1971 öffentlich dargelegt, dass Israel Sharm el-Sheikh behalten müsse und die Grenze um Eilat neu aushandeln wolle. Das war auch 1973 unverändert ihre Haltung. Israel beanspruchte

¹³² Ebd.

¹³³ Siehe Anm. 106. In seinem Buch „Begegnungen und Einsichten“ schrieb Brandt dazu: „Golda Meir erzählte mir von ihrem Besuch 1972 in Bukarest. Ceaucescu hatte einen offiziellen Besuch in Ägypten gemacht; anschließend schickte er seinen stellvertretenden Außenminister nach Israel. Sadat hätte sich bereiterklärt, mit einem israelischen Vertreter, vielleicht mit der Ministerpräsidentin selbst, zu sprechen. Aber dann sei nichts weiter geschehen.“ Brandt 1976, S. 590. Meirs Besuch fand Anfang Mai 1972 statt.

¹³⁴ Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsitzung vom 24. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/9832035C-C5FA-403E-A5DF-F78624C4B488/o/Brandt17.pdf>

demnach „nur“ einen kleinen Teil der Fläche der Sinai-Halbinsel. Mit ihren Äußerungen gegenüber Brandt wiederholte Meir also lediglich die schon mehrfach verkündete israelische Position, zu der auch die Forderung nach direkten Verhandlungen gehörte.

Im Grunde startete die Ministerpräsidentin eine diplomatische Schein-Offensive, um den Vorwurf mangelnder Flexibilität abzuwehren angesichts eines Angebots, das Hafiz Ismail, der Berater des ägyptischen Präsidenten, bereits Ende Februar 1973 bei einem Geheimtreffen mit Henry Kissinger in den USA präsentiert hatte.¹³⁵ Anwar as-Sadat strebte demnach eine stufenweise Lösung des ägyptisch-israelischen Konflikts sowie eine allgemeine Friedensregelung unter Beteiligung aller Staaten in der Region an. Kern dieser Initiative war jene Formel „Souveränität gegen Sicherheit“ gewesen, die Willy Brandt bei seiner ersten Begegnung mit Golda Meir am 7. Juni 1973 erwähnt hatte.

In mehreren Gesprächen mit Kissinger hatte Ismail davon gesprochen, „die Souveränität Ägyptens mit der Sicherheit Israels zu verknüpfen“. Im Gegenzug für einen Abzug aus dem Sinai, wobei israelische Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden sollten, war Ägypten zur Anerkennung der Existenz und der territorialen Integrität Israels sowie zur Beendigung des Kriegszustands bereit. Prinzipiell hatte Ismail dabei einer Demilitarisierung von Teilen des Sinai zugestimmt – von Kissinger war dafür das Gebiet östlich der Pässe Gidi und Mitla genannt worden – und hatte sich offen gezeigt für die Stationierung internationaler Truppen an einem oder zwei strategischen Punkten. Darüber hinaus wollte Ägypten sich verpflichten, keine Guerilla-Aktionen gegen Israel von seinem Boden aus mehr zuzulassen und den Handelsboykott zu beenden. Die alles entscheidende Bedingung aber war für die Ägypter, dass Israel die ägyptische Souveränität über den ganzen Sinai anerkannte und der Rückkehr zu den Grenzen von 1967 zustimmte. Kairo drängte auf eine Vereinbarung über einen vollständigen israelischen Abzug von der Halbinsel bis Ende 1973.¹³⁶

Die amerikanische und israelische Reaktion auf Sadats Initiative war jedoch ernüchternd ausgefallen und hatte die ägyptische Seite schließlich total enttäuscht. Kissinger, der die Israelis sofort informiert hatte, bezeichnete das

¹³⁵ Dokumentiert sind die Gespräche in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1969–1976, Vol. XXV: Arab-Israeli Crisis and War, 1973, Washington D. C. 2011, S. 80–84.

¹³⁶ Vgl. Uri Bar-Joseph: Last Chance to Avoid War: Sadat's Peace Initiative of February 1973 and its Failure, in: Journal of Contemporary History 41 (2006), 3, S. 545–556 (S. 547 f.).

Angebot als nicht ausreichend, um Gespräche in Gang zu setzen. Außerdem wollte er keine Verhandlungen vor den für Ende Oktober 1973 vorgesehenen israelischen Wahlen und hielt Sadat und Ismail deswegen hin. Golda Meir zeigte sich bei ihren Gesprächen in Washington Anfang März 1973 gegenüber den Amerikanern nur hinsichtlich der Details eines Interimsabkommens mit Ägypten über einen Truppenabzug aus der Kanalzone ein wenig flexibel. Vor allem aber war sie an Flugzeuglieferungen aus den USA interessiert.¹³⁷

Von dem ägyptischen Vorstoß unterrichtete sie die meisten Minister ihrer Regierung nicht einmal. Selbst als Mitte April 1973 Geheimdienstinformationen eintrafen, wonach Ägypten sich für einen neuen Krieg gegen Israel entschieden habe, konnten sich die Premierministerin und ihr engster Beraterkreis nicht dazu entschließen, auf Sadat zuzugehen. Jisrael Galili, Minister ohne Geschäftsbereich, brachte das Angebot der Ägypter auf den Punkt: „Sie sind bereit zum Frieden und zu einem System von Abmachungen und internationalen Garantien – all das unter der Bedingung, dass wir vollständig zur früheren Grenze zurückkehren.“¹³⁸ Doch die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 und damit auch die vollständige Rückgabe des Sinai kamen für Meir und Verteidigungsminister Dayan nicht in Frage. Diesen Preis für den Frieden wollten sie nicht bezahlen und spielten daher auf Zeit. Man sah die Möglichkeit eines Krieges, den man durchaus vermeiden wollte, obwohl die israelische Armee angewiesen wurde, ihre Kriegsvorbereitungen zu intensivieren. Ansonsten wartete man ab, im Vertrauen auf die eigene Stärke und im Gefühl militärischer Überlegenheit.¹³⁹ Tatsächlich passierte erst einmal nichts. Die Warnung vor einem ägyptischen Angriff im Mai 1973 entpuppte sich als Fehlarbeit.

Meirs Versprechen gegenüber Brandt, „weder den ganzen Sinai noch den halben Sinai oder den größten Teil des Sinai“ behalten zu wollen, war definitiv kein Zugeständnis an die Ägypter. Es handelte sich vielmehr um die bekannte und für Kairo unannehmbare Forderung Israels nach einer Grenzänderung. Im Gespräch mit dem Bundeskanzler ließ die Premierministerin an ihrer grundsätzlichen

¹³⁷ Siehe FRUS 1969–1976, S. 99–116.

¹³⁸ Zit. bei Bar-Joseph 2006, S. 553.

¹³⁹ Vgl. ebd., S. 552–556. Zu den gleichen Schlussfolgerungen gelangt auch Ygal Kipnis in seinem 2012 auf Hebräisch veröffentlichten Buch, dessen Titel übersetzt lautet „1973: Der Weg zum Krieg“. Siehe dazu die Rezension von Raphael Cohen-Almagor in: Israel Affairs 19 (2013), 3, S. 580 ff.

Haltung keinen Zweifel: Es könne gegenüber Jordanien, Syrien und Ägypten keine Rückkehr zu den bis zum 4. Juni 1967 bestehenden Grenzen geben. Israel wolle zwar nicht auf der seit dem Ende des Sechs-Tage-Kriegs geltenden Waffenstillstandslinie verharren, aber der Verlauf der Grenze müsse zwischen den beiden Linien liegen. Darüber sei Israel bereit zu verhandeln.¹⁴⁰

Meir war diese Botschaft so wichtig, dass sie Verteidigungsminister Dayan am 10. Juni 1973 aufforderte, auch er möge Brandt den israelischen Standpunkt in der Grenzfrage vermitteln. Meir fügte hinzu, der Kanzler stelle die Position Israels, nicht zu den früheren Grenzen zurückzukehren, auch nicht in Frage, und er teile die israelische Interpretation der UNO-Resolution 242.¹⁴¹ „Er äußerte keinerlei Kritik an der israelischen Haltung und machte keine eigenen Lösungsvorschläge. Er hob einzig hervor, dass die Zeit nicht für uns arbeite“¹⁴², so fasste Außenminister Eban vor dem israelischen Kabinett Brandts Meinung in der Grenzfrage zusammen. In diesem Punkt vertrat der deutsche Kanzler also eine ausgesprochen israel-freundliche Position, während beispielsweise der britische Premier Edward Heath in einem Schreiben an US-Präsident Nixon am 14. Juni 1973 meinte: Die größte Hoffnung für Fortschritte in Richtung eines Abkommens wäre, wenn die Israelis unmissverständlich erklärten, die Grenze zwischen Israel und Ägypten sei die Grenze des alten palästinensischen Mandatsgebiets.¹⁴³

Dayan, der mit dem deutschen Staatsgast kurz vor dessen Abreise am 11. Juni 1973 zusammentraf, kam auf die Grenzfrage allerdings nur indirekt zu sprechen. Trotz seines Rufes, ein Falke zu sein, trete er für einen Kompromiss ein, erklärte der Verteidigungsminister gegenüber Brandt. „Er sei bereit“, so Dayan weiter, „militärische Linien gegen viel weniger günstige politische Linien einzutauschen. Er sei bereit, militärische Sicherheit gegen politische Sicherheit zu tauschen.“ Diese Aussage klang noch konzilianter als die von Meir und scheint Brandt sehr

¹⁴⁰ Siehe „Punkte aus dem Gespräch Ministerpräsidentin-Brandt – Samstagabend, 9.6.73“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/D801FE51-5FEE-4DF8-BC1E-84BDDE972ED3/o/Brandto8.pdf>

¹⁴¹ Siehe das Protokoll über das Gespräch zwischen Meir und Dayan vom 10. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/06112490-372B-40A8-AEEB-FDE39AF1B006/o/Brandto9.pdf>

¹⁴² Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsitzung vom 24. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/9832035C-C5FA-403E-A5DF-F78624C4B488/o/Brandt17.pdf>

¹⁴³ Zit. bei FRUS 1969–1976, S. 242, Anm. 10.



Bundeskanzler Willy Brandt und Israels Verteidigungsminister Moshe Dayan im Gespräch, 11. Juni 1973 (im Hintergrund: der israelische Außenminister Abba Eban und Botschafter Eliashiv Ben-Horin).

beeindruckt zu haben.¹⁴⁴ Im Ergebnis meinte Dayan aber dasselbe wie seine Regierungschefin: Eine vollständige Rückgabe des Sinai an Ägypten war ausgeschlossen.

Da in der Grenzfrage vorerst keine Annäherung zwischen Israelis und Arabern zu erwarten war, Brandt ihn aber nach Möglichkeiten fragte, wie die israelische Formel für direkte Verhandlungen mit den Interessen der Großmächte in Einklang zu bringen sei, nannte Dayan einen anderen „Punkt, um den man sich kümmern könnte: Die Ansiedlung von Flüchtlingen.“ Die Palästinenserfrage, die nach israelischer Lesart nicht so heißen durfte, weil es angeblich kein Volk der Palästinenser gab, wie Frau Meir im April 1973 erklärte hatte, sollte demnach dadurch gelöst werden, dass man die palästinensischen Flüchtlinge in den Staaten ansiedelte

¹⁴⁴ Siehe AAPD 1973, S. 1032 und vgl. Brandt 1976, S. 596.

und integrierte, wo sie seit 1948 lebten. Jordanien setze dies bereits um, behauptete Dayan. Er unterstrich, dass die Behandlung der Flüchtlingsfrage nicht auf die Bereinigung der Grenzfrage zu warten brauche, auch wenn er für den Prozess der Ansiedlung zehn Jahre veranschlagte. Brandt fand diese Ausführungen interessant – nicht zuletzt, weil er es aus der bundesdeutschen Erfahrung mit der Ostpolitik für möglich hielt, „die schwierigsten Fragen aufzuschieben und sich inzwischen um andere Probleme zu kümmern“. Der Bundeskanzler erklärte sogar die Bereitschaft der Bundesrepublik, gemeinsam mit anderen Geld für die Wiedereingliederung von Flüchtlingen aufzubringen.¹⁴⁵

Um zu erklären, warum Dayans Plan bei Brandt auf wohlwollendes Verständnis stieß, ist Folgendes von Bedeutung: Der Verweis des israelischen Verteidigungsministers auf das jordanische Beispiel bei der Behandlung der Flüchtlinge korrespondierte mit einer Mitteilung, die Meir ihrem deutschen Gast unter vier Augen anvertraut hatte: Die Premierministerin unterhielt zu König Hussein von Jordanien geheime Kontakte.¹⁴⁶ Dass Brandt darüber unterrichtet wurde, war wirklich außergewöhnlich, ja sensationell. Denn damit gab Meir ein Staatsgeheimnis ersten Ranges preis. Offenbar wollte sie ihrem Gast unbedingt beweisen: Jerusalem verlangte nicht nur direkte Gespräche mit den arabischen Nachbarn, es praktizierte sie bereits.

Wie wichtig es der israelischen Regierung war, Willy Brandt von ihrem ernsthaften Friedenswillen überzeugt zu haben, belegt eine Bitte, die Staatssekretär Gazit am Abend des 10. Juni 1973 an Klaus Harpprecht herantrug. Gazit stellte

¹⁴⁵ Siehe das Protokoll der wichtigsten Inhalte vom „Gespräch zwischen den Verteidigungsminister und dem deutschen Kanzler“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/E5723900-CCC9-45D8-8F1B-21EC5724D771/o/Brandt10.pdf>. Verfasst wurde die Aufzeichnung von Botschafter Ben-Horin am 12. Juni 1973.

¹⁴⁶ In der israelischen Aufzeichnung über das zweite Vier-Augen-Gespräche am 9. Juni 1973 (Anm. 125) heißt es: „Die Ministerpräsidentin berichtete Brandt über die besonderen Beziehungen mit dem Nachbarn. Sie berichtete ihm, dass ... [Auslassung im Quellentext] und dass zwischen uns ausgezeichnete Beziehungen bestehen.“ Durch Brandts hs. Notizen (siehe Anm. 106) lassen sich der „Nachbar“ und die Auslassung eindeutig bestimmen:

„Inform[ationen] betr[effend]: Hussein – Kontakte
Iran – " "“

Siehe dazu das Faksimile der Notizen im Anhang. Demnach unterrichtete Meir den Kanzler auch über die Beziehungen zwischen Israel und Iran unter Schah Reza Pahlawi. In seinem Buch „Begegnungen und Einsichten“ schrieb Brandt: „Es hat wohl auch direkte Kontakte zwischen der israelischen Regierung und König Hussein gegeben.“ Brandt 1976, S. 595.



Premierministerin Golda Meir verabschiedet Bundeskanzler Willy Brandt am Flughafen Lod in Tel Aviv, 11. Juni 1973.

eine „gewisse Unverbindlichkeit in den Reden und Erklärungen des B[undes] K[anzlers]s“ fest und erinnerte daran, dass „selbst Nixon ganz klar den Friedenswillen Israels festgestellt habe“. Überdies störte sich der Vertraute der Premierministerin noch immer an der deutschen Formel „normale Beziehungen mit besonderem Charakter“, während Frau Meir doch von „Freundschaft“ spreche. Gazit äußerte schließlich auch den Wunsch, der Bundeskanzler möge Frau Meir bei „irgendeiner Gelegenheit“ zu verstehen geben, dass er ohne Einbeziehung des Auswärtigen Amtes „eine direkte Korrespondenz mit ihr wünsche“.¹⁴⁷

Kurz vor dem Abflug kam Brandt den israelischen Bitten nach. Auf dem Weg zum Flughafen fragte er Meir, „wie er vorgehen solle, wenn er ihr irgendetwas

¹⁴⁷ Harpprecht 2000, S. 203.

Heikles mitzuteilen habe, und es irgendeinen Weg gebe, ihr Dinge direkt zur Kenntnis zu bringen ohne die Bürokratie“. Die Ministerpräsidentin antwortete, alles, was er direkt dem Botschafter in Bonn mitteile, „erreiche sie und nur sie, und das sei auch umgekehrt der Fall“.¹⁴⁸ Bei der Abschiedszeremonie auf dem Rollfeld brachte der Kanzler in seiner kurzen Ansprache auch den von der Gastgeberin besonders ersehnten Satz unter: „Ich habe gehört und ich habe gesehen, dass Israel den Frieden will.“ Auf die von Frau Meir in ihrer Rede geäußerte Hoffnung, dass die Bundesrepublik „eine Politik beständiger Freundschaft gegenüber Israel verfolgen“ werde, antwortete Brandt: Es brauche nicht mehr missverstanden zu werden, „wenn man im Verhältnis zwischen unseren Staaten sogar von Freundschaft spricht, wie Sie es soeben getan haben“.¹⁴⁹

Mit dem Verlauf und den Ergebnissen seines Besuchs war Willy Brandt überaus zufrieden. Die Reise sei vielleicht seine schwerste als Bundeskanzler gewesen, vertraute er dem französischen Staatspräsidenten Pompidou wenige Tage später an. „Allerdings hätten die Verantwortlichen in Israel ihm seine Aufgabe unendlich leicht gemacht, wofür er sehr dankbar sei.“¹⁵⁰ Wie Klaus Harpprecht dem israelischen Botschafter in Bonn mitteilte, kehrte Brandt mit dem Gefühl zurück, mit Golda Meir deutlich stärker vertraut zu sein als zuvor. Von ihrer Persönlichkeit sei er tief beeindruckt, berichtete Ben-Horin an das Außenministerium, und das gelte auch für Abba Eban. Der Besuch habe das Verständnis für die Probleme Israels vertieft, wengleich der Bundeskanzler sich nicht mit jedem einzelnen Standpunkt der Israelis identifiziere, wie der Botschafter richtig vermutete. Aufgrund seiner europäischen Erfahrung vertrete er z. B. die Position, dass sich am Frieden im Nahen Osten neben den direkt betroffenen Staaten weitere Parteien beteiligen sollten.¹⁵¹

Am 18. Juni 1973 nahm Brandt vor dem Deutschen Bundestag eine offizielle Bewertung seiner Reise vor. Er zählte sie zu den „entscheidenden Erfahrungen“

¹⁴⁸ Siehe den Vermerk „Brandt-Besuch – diverse Punkte“ unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/59DC29C1-967F-4829-8078-FC6B82568FD1/o/Brandt15.pdf>

¹⁴⁹ AdG 43 (1973), S. 17999.

¹⁵⁰ AAPD 1973, S. 1032 f.

¹⁵¹ Siehe das Telegramm von Ben-Horin an das Außenministerium vom 22. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/E45E3A37-BoBo-416D-AD21-076EBF53DF3C/o/Brandt16.pdf>. Ben-Horin war am 20. Juni 1973 mit Harpprecht zusammengetroffen. Zu diesem Treffen siehe Harpprechts „Notiz für BK“ vom 21. Juni 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 10. Vgl. auch Harpprecht 2000, S. 228.

seines politischen Lebens und er dankte Premierministerin Meir und Außenminister Eban für die Tage in Israel. Sein freundlicher Empfang habe „Vertrauen in die demokratische Staatlichkeit eines erneuerten Deutschland“ ausgedrückt. Zugleich sei deutlich geworden, dass beide Völker mit den Schatten der Vergangenheit leben müssten und sich ihre Beziehungen nicht vom Hintergrund der Geschichte lösen ließen. Auf diesem Hintergrund dem deutschen Volk die Freundschaft Israels anzubieten, wie es die Premierministerin getan habe, sei ein „Ereignis von geistiger und moralischer Dramatik“, betonte Brandt. Erneut hob er den Friedenswillen und die Kompromissbereitschaft Israels ausdrücklich hervor. Dass das Land Frieden wolle, sei ihm „mit großer Eindringlichkeit“ gesagt worden. Im Rahmen ihrer ausgewogenen Nahostpolitik sei die Bundesregierung bereit, zum Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn beizutragen. Zum wiederholten Male erklärte Brandt, dass Bonn nicht die Aufgaben eines Vermittlers übernehmen könne.¹⁵² Schon bei seiner Rückkehr hatte er am 11. Juni 1973 auf dem Flughafen Köln/Bonn jedoch verlautbart: „Vielleicht können wir in der Vermittlung von Informationen und der Methodik der Friedensarbeit hilfreich sein. Damit wäre einiges erreicht, und wir würden keine Grenzen unserer politischen und moralischen Zuständigkeit überschreiten.“¹⁵³

Die Übermittlung der israelischen Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit Ägypten

Ohne Zeitverzug machte sich Willy Brandt daran, die wichtigsten internationalen Partner über seine Eindrücke aus Israel zu informieren. Am 13. Juni 1973 schrieb er an US-Präsident Nixon und den sowjetischen Generalsekretär Breschnew, die kurze Zeit später zusammentrafen, gleichlautende Briefe.¹⁵⁴ Darin teilte der Kanzler mit: „Ich fühle mich durch die zahlreichen und ernsthaften Versicherungen des israelischen Friedenswillens ermutigt. Die israelischen Verantwortlichen sprechen sich auch weiterhin mit Nachdruck für ein direktes Verhandeln

¹⁵² Berliner Ausgabe (BA), Bd. 6, Nr. 76, S. 484 f. Brandts Äußerungen im Bundestag wurden vom Kabinett in Jerusalem übrigens sorgfältig registriert. Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsitzung vom 24. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/9832035C-C5FA-403E-A5DF-F78624C4B488/o/Brandt17.pdf>

¹⁵³ AdG 43 (1973), S. 17999.

¹⁵⁴ Weitere fast gleichlautende Schreiben gingen an den britischen Premierminister Heath und an den jugoslawischen Staatspräsidenten Tito. Siehe AdSD, WBA, A 8, 52, 55 und 58.

mit ihren arabischen Nachbarn aus.“ Er habe darauf hingewiesen, dass die Aufnahme eines Dialogs durch andere Staaten – insbesondere durch die USA und die Sowjetunion – erleichtert werden könnte. Diese Hinweise würden, so hoffe er, ein positives Echo in Israel finden. Das war allerdings eher Wunschdenken. Das galt auch für die Friedensperspektive, die Willy Brandt vor Augen hatte. Für bedeutsam hielt er, dass sich seine israelischen Gesprächspartner, insbesondere auch Frau Meir, bei einer Friedenslösung für eine Beteiligung Israels am Aufbau einer regionalen Wirtschaftsordnung im Nahen Osten ausgesprochen hätten. Er wertete dies als „Ausdruck einer für die Zukunft entscheidenden Bereitschaft, sich als Teil des Nahen Ostens (...) einzugliedern.“

Auch wenn der Weg dorthin noch sehr weit sein werde, sah Brandt nur über die Kooperation zwischen Israelis und Arabern die Chance, zu einer Friedensordnung zu gelangen. In diesem Zusammenhang dachte er auch an Äußerungen von Präsident Sadat, „man solle unter Beiseitelassen der territorialen Fragen zunächst erörtern, wie man sich allgemein die Zukunft der Region für die nächsten Jahrzehnte vorzustellen habe“.¹⁵⁵ Und nach wie vor setzte der Kanzler auf den Einfluss der Supermächte, an die er zum Schluss seines Schreibens appellierte: Für die weitere Entwicklung wäre es von großem Nutzen, wenn sie „auf eine baldige Einleitung eines Verhandlungsprozesses hinwirken könnten“.¹⁵⁶

Brandt gab Präsident Pompidou am 21. Juni 1973 vertraulich einen mündlichen Bericht: „Er sei überrascht gewesen, wie stark in Israel der Wille sei – nicht nur bei Frau Meir – zu einem Ausgleich zu kommen, wenn dies nur irgend gehe. Halb öffentlich habe Frau Meir ihm gesagt, Israel sei zu einem Kompromiß bereit.“ Er habe eine „Mittlerfunktion“, die ihm angetragen worden sei, abgelehnt. „Er habe aber seine Bereitschaft erklärt, als Übermittler der Standpunkte tätig zu sein. Frau Meir habe dazu geäußert, sie sei nicht sicher, ob bei solchem Vorhaben irgend etwas herauskäme. (...) Auch er selbst sei in dieser Frage nicht besonders optimistisch.“¹⁵⁷

¹⁵⁵ Auf diese Aussage Sadats hatte Brandt offenbar auch Frau Meir aufmerksam gemacht. Denn der Hinweis darauf findet sich in einem hs. Vermerk, den der Kanzler für seine Gespräche mit der Premierministerin angefertigt hatte und der die Positionen der internationalen Akteure zum Nahost-Konflikt auf einer Seite stichwortartig zusammenfasste. Zu „Kairo“ hatte er dabei notiert: „Verhandeln (sprechen) unter Beiseitelassen der territ[orialen] Probleme“. Siehe „7-6-73 Jerusalem“, in: AdSD, WBA, A 8, 94. Zu dieser Gesprächsunterlage vgl. auch Brandt 1976, S. 595.

¹⁵⁶ Siehe das Schreiben Brandts an Nixon vom 13. Juni 1973, in: BA, Bd. 6, Nr. 75, S. 482 f.

¹⁵⁷ AAPD 1973, S. 1033.

Ungeachtet der gedämpften Erwartungen kam Brandt der Bitte der israelischen Ministerpräsidentin, der Führung in Kairo die Bereitschaft Israels zu direkten Gesprächen zu übermitteln, unverzüglich nach. Noch am Abend seiner Rückkehr nach Bonn hatte er mit Außenminister Scheel bei sich zu Hause auf dem Venusberg gesprochen.¹⁵⁸ Vier Tage später, am 15. Juni 1973, gab Staatssekretär Paul Frank dem deutschen Botschafter in Kairo, Hans Georg Steltzer, die Anweisung, Hafiz Ismail, dem Sicherheitsberater des ägyptischen Präsidenten ein Treffen mit Frank in der Schweiz vorzuschlagen, um ihn über die Ergebnisse der Kanzlerreise zu informieren. Die Begegnung sollte an Franks Urlaubsdomizil stattfinden. Am 18. Juni vermeldete Steltzer, Ismail sei grundsätzlich zu einem Treffen Anfang Juli bereit. Sadats Berater hatte jedoch Bedenken gegen den Ort der Begegnung, da er fürchtete, sein Erscheinen würde in der Schweiz nicht unbemerkt bleiben. Die Diskretion könne bei einem Treffen in der Bundesrepublik oder in Ägypten besser gewahrt werden. Nach dem Eindruck Steltzers legte Ismail Wert darauf, dass die Angelegenheit Dritten nicht bekannt würde, weshalb der Botschafter intern anregte, die Gespräche in Ägypten abzuhalten. So ließe sich die Vertraulichkeit am besten sichern, „weil Ismail nur selten, und dann in Ausführung hochpolitischer Aufträge das Land verläßt. An eine jetzt von ihm unternommene Auslandsreise, die kaum verborgen bleiben dürfte, würden sofort zahlreiche Spekulationen geknüpft werden“, schrieb Steltzer an das AA.¹⁵⁹

Vor diesem Hintergrund fällt der Vorwurf Wolffsohns, Brandt habe die von Meir „als Chefsache“ geplante „Friedensinitiative“ „in einen unverbindlichen Behörden- und Beamtenakt“ verwandelt¹⁶⁰, in sich zusammen. Ein Treffen zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem ägyptischen Präsidentenberater, das standesgemäß nur in Bonn hätte stattfinden können, kam ebenso wenig in Frage wie eine Reise des Bundesaußenministers nach Ägypten. Beides hätte sich noch weniger verbergen lassen als eine Begegnung zwischen Frank und Ismail, um deren Geheimhaltung der Ägypter bereits fürchtete. Am Ende blieb nur die Möglichkeit übrig, dass man sich in Kairo traf. Dorthin konnte der deutsche Staatssekretär aber nicht reisen, da seine Ärzte ihm rieten, den Urlaub, den sie ihm verordnet hatten, nicht zu unterbrechen. Um keine Zeit zu verlieren, wurde Paul Frank schließlich vom Leiter der Politischen Abteilung im AA, Ministerialdirektor

¹⁵⁸ Vgl. Harpprecht 2000, S. 211.

¹⁵⁹ AAPD 1973, S. 1098, Anm. 2.

¹⁶⁰ Anm. 1.

Lothar Lahn, vertreten, der beim Kanzlerbesuch in Israel ebenfalls zur deutschen Delegation gehört hatte. Lahn, ein sehr erfahrener Diplomat, war durch seine Tätigkeit als Dienststellenleiter in Kairo von 1966 bis 1969 mit den Verhältnissen in Ägypten gut vertraut. Daher ist die Behauptung, es habe ihm an nahöstlichem Wissen gefehlt, so unbegründet wie unzutreffend.¹⁶¹

Am 28. Juni 1973 teilte Willy Brandt Frau Meir in einem Schreiben mit, dass „demnächst eine Übermittlung an eine hohe Stelle in Kairo“ beabsichtigt sei¹⁶², womit er die Mission meinte, zu der Ministerialdirektor Lahn tags darauf aufbrach. Zudem berichtete der Kanzler der israelischen Ministerpräsidentin, dass er nach seiner Rückkehr, wie er es ihr gegenüber schon angedeutet habe, seine „positiven Eindrücke über den Friedenswillen Ihrer Regierung sowohl Präsident Nixon als auch Generalsekretär Breschnjew und einigen anderen befreundeten Staatsmännern“ habe übermitteln können. Ebenso erwähnte er sein Gespräch mit Präsident Pompidou. Darüber hinaus überbrachte Brandt frohe Kunde vom Treffen des EG-Rats in Luxemburg: Der Brüsseler Kommission war – auf deutsches Drängen hin, wie er hervorhob – ein Mandat für baldige Verhandlungen mit Israel über ein neues Abkommen im Rahmen einer umfassenden Mittelmeerkonzeption erteilt worden. Ferner berichtete Brandt davon, er habe „das Problem jüdischer Einwohner der arabischen Nachbarstaaten, das während meines Besuches an mich herangetragen worden ist“, „unter humanitären Gesichtspunkten aufgreifen können“. Dabei ging es vermutlich um Ausreisemöglichkeiten für syrische Juden, die seit Anfang der 1970er vom Assad-Regime verschärft verfolgt wurden.¹⁶³

¹⁶¹ Dies behauptet Wolffsohn (Anm. 1).

¹⁶² Siehe das Originalschreiben Brandts an Meir vom 28. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/3FCEE2FC-406C-4FE3-97D9-C7579417C4B5/o/Brandt18.pdf> (siehe auch den Text des Schreibens im Anhang dieses Heftes). Wolffsohn zitiert dieses Schreiben falsch. Im „WamS“-Artikel (Anm. 1) heißt es, Brandt habe Meir informiert, „in naher Zukunft“ werde eine „hochstehende Persönlichkeit in Kairo eine Mitteilung übergeben.“ Hierbei wurde nicht der deutsche Brief als Quelle benutzt, sondern vermutlich die von Brandt beigefügte englische Übersetzung des Schreibens fehlerhaft ins Deutsche zurückübersetzt.

¹⁶³ Auf Bitten der israelischen Regierung hatte sich zuvor Spanien, obwohl es keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhielt, für die Verfolgten in Syrien sowie für im Irak inhaftierte Juden eingesetzt. Die spanischen Hilfsbemühungen, die im Februar 1973 geendet hatten, waren in einigen Fällen erfolgreich gewesen. Für diesen Hinweis danke ich meinem Kollegen Dr. Bernd Rother.

Geschah die Unterrichtung der Großmächte über Israels Bereitschaft zum Frieden gegen den Willen der israelischen Regierung, war das „Sabotage, Gedankenlosigkeit, Fahrlässigkeit, Unfähigkeit, gar Dummheit“? Hat Willy Brandt damit „Israels Führung (...) objektiv getäuscht“?¹⁶⁴ Eine solche Bewertung, die offenkundig den Eindruck zu erwecken versucht, der Bundeskanzler sei unaufrichtig und ein politischer Dilettant gewesen, könnte absurder nicht sein. Das zeigen nicht zuletzt die israelischen Reaktionen. Frau Meir bedankte sich bei Brandt ausdrücklich dafür, dass er Israels Friedenswillen international so hervorgehoben hatte.¹⁶⁵ Bereits in der Kabinettsitzung am 24. Juni 1973 hatte Außenminister Eban darüber berichtet, Brandt sei, wie der Kanzler kurz zuvor bei einem Gespräch mit einer Delegation der israelischen Arbeitspartei in Berlin selbst gesagt habe, nach seinem Besuch „so begeistert gewesen, dass er sogar Breschnew und Nixon geschrieben habe, um ihnen mitzuteilen, dass Israel nach Frieden strebe“. Diese Tat sei nicht zu unterschätzen, betonte Eban, „denn dieser Mann hat eine besondere persönliche Eigenschaft. Gilt er doch als Experte in Friedensangelegenheiten, ja als Professor im Fach Bereitschaft zum Frieden.“¹⁶⁶

Doch wie sich bei den Gesprächen von Ministerialdirektor Lahn in Kairo zeigte, blieb Ägyptens Führung vom Brandtschen Gütesiegel für Israels Friedenswillen völlig unbeeindruckt. Der Bonner Emissär traf gemeinsam mit Botschafter Steltzer am 30. Juni 1973 zu einem Meinungsaustausch mit Hafiz Ismail zusammen.¹⁶⁷ Dabei teilte Lahn mit, dass „Premierminister Golda Meir den Bundeskanzler gebeten habe, der ägyptischen Regierung die israelische Bereitschaft zu Gesprächen und persönlichen Kontakten zu übermitteln, die gleich wo stattfinden könnten. (...) Golda Meir habe im übrigen ihre Kompromißbereitschaft bekräftigt und ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß eine Lösung des Nahost-Konflikts

¹⁶⁴ Dieses Urteil fällt Wolffsohn im „WamS“-Artikel (Anm. 1).

¹⁶⁵ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 29. Juli 1973 („Confidential“), in: AdsD, WBA, A 9, 22. Eine Kopie ist veröffentlicht unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/740F5DD4-E7E9-4BD7-A26F-87431EE32A70/o/Brandt22.pdf>. Eine deutsche Übersetzung des Briefs befindet sich im Anhang dieses Heftes.

¹⁶⁶ Siehe die Auszüge des Protokolls der Kabinettsitzung vom 24. Juni 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/9832035C-C5FA-403E-A5DF-F78624C4B488/o/Brandt17.pdf>

¹⁶⁷ Siehe das FS des Ministerialdirektors Lahn an das Auswärtige Amt vom 1. Juli 1973, in: AAPD 1973, S. 1098–1101. Alle folgenden Zitate stammen aus diesem Bericht, der für Staatssekretär Frank, Minister Scheel, Bundeskanzler Brandt und den Leiter des Referats „Naher Osten“, Helmut Redies, bestimmt war.

nur von den unmittelbar Beteiligten selbst und nicht von den Vereinten Nationen herbeigeführt werden könnte (...).“

Lahn und der ihn begleitende deutsche Botschafter ließen also keine Zweifel aufkommen: Die Mitteilung, die sie mitbrachten, stammte von höchster Stelle. Es gab nicht das geringste Anzeichen und auch keinen Anlass dafür, dass die Ägypter an der Ernsthaftigkeit der Deutschen gezweifelt hätten oder hätten zweifeln können, weil die Nachricht von einem Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes überbracht wurde.¹⁶⁸ Wenn Lahn zugleich betonte, nur als Bote zu fungieren und nicht selbst Stellung zu nehmen, war dies nicht Ausdruck von mangelndem Interesse an der Sache oder fehlendem Eifer, sondern ein Gebot der Neutralität, die der Diplomat wahren musste. Ismail legte nämlich besonderen Wert darauf, dass mit der Unterredung „keinerlei Form einer indirekten Gesprächsführung mit der anderen Seite eingeleitet würde“. Der Ägypter bedankte sich für die Art der Übermittlung und für die zusätzlichen Informationen, die ihm zuvor schon durch den deutschen Botschafter „in großen Zügen“ gegeben worden waren. Auf gar keinen Fall lag es an Lahn oder Steltzer, dass Ismail den israelischen Vorschlag herablassend bewertete. Der Sicherheitsberater erkannte darin nur die Aufforderung zu Gesprächen über Gespräche („talks about talks“) und fragte, worin denn die israelische Kompromissbereitschaft bestünde. Zugeständnisse habe bisher nur Ägypten gemacht, protokollierte Lahn Ismails Reaktion.

Die Regierung in Kairo signalisierte keinerlei Bereitschaft zu direkten Gesprächen. Im Gegenteil: Als die Unterredung mit Lahn am Abend des 30. Juni 1973 für weitere drei Stunden fortgesetzt wurde, machte Ismail seiner Frustration Luft. Er warf dem Westen, aber auch der Sowjetunion vor, „sich allmählich an dem Nahost-Konflikt zu desinteressieren“. Wenn Europa und die Supermächte sich arrangierten, „dürfe man die arabischen Länder auch nicht hindern, die Lösung ihrer Schicksalsfrage notfalls mit militärischen Mitteln selbst in die Hand zu nehmen“. Ismail drohte also offen mit Krieg und benannte anschließend klar die Alternativen: „Irgendwelche Gespräche mit Israel hätten nur dann einen Sinn, wenn entweder die besetzten Gebiete freigegeben würden oder wenn gleichzeitig entlang dem [sic] Suez-Kanal die Kampfhandlungen wieder aufgenommen würden.“

Lahn beschrieb den Meinungsaustausch als „freimütig“. In der Diplomatensprache hieß das, es wurde heftig gestritten. Den Einwand des Deutschen, „niemand

¹⁶⁸ Wolffsohn (Anm. 1) hält Brandt vor, er habe die Nahost-Friedenschance „durch den Einsatz politischer Leichtgewichte verspielt“.

in der Welt würde erneute Kampfhandlungen begrüßen und ihnen gleichgültig gegenüberstehen“, wischte Ismail unwirsch zur Seite. Das Resümee, das Lahn in seinem Bericht an das Auswärtige Amt zog, machte wenig Hoffnung: „Im ganzen waren angesichts der Ausweglosigkeit einer friedlichen Lösung nach ägyptischen Vorstellungen [in] den Ausführungen Hafiz Ismails Ratlosigkeit und Verbitterung deutlich erkennbar sowie auch die Neigung, notfalls wider alle Regeln der Vernunft sich des Mittels der Gewalt zu bedienen, selbst wenn dies erst nach vielen Jahren zu bewerkstelligen sei.“ Außenminister Zayyat, dem die beiden Deutschen am darauf folgenden Tag einen Höflichkeitsbesuch abstatteten und den sie ebenfalls von der israelischen Mitteilung unterrichteten, gab sich zwar gemäßigter als Ismail. Aber hinsichtlich der Möglichkeiten einer politischen Lösung waren Zayyats Einschätzungen ebenfalls von Skepsis geprägt, wie Lahn notierte.

Nach seiner Rückkehr wurde der Ministerialdirektor damit beauftragt, den israelischen Botschafter in Bonn über die Ergebnisse seiner Reise zu informieren. Ben-Horin verfasste darüber einen Bericht, den er am 3. Juli 1973 an Staatssekretär Gazit schickte.¹⁶⁹ Der mündliche Vortrag, den Lahn dem Botschafter gab, fiel demnach noch eine Spur deutlicher aus als seine schriftliche Zusammenfassung für das Auswärtige Amt. Ben-Horin hielt als Äußerungen Ismails fest: „Solange Israel sich weigere, zu erklären, dass es zum Rückzug bereit sei, hätten Gespräche keinen Sinn, da klar sei, dass sie nur der Festigung des Status quo dienen würden.“ Auf die Bemerkung Lahns, die israelische Ministerpräsidentin habe gegenüber Brandt betont, dass sie zu Zugeständnissen bereit sei, habe Ismail gefragt, um welche Zugeständnisse es sich denn handle und hinzugefügt, dieses Treffen stelle an sich schon einen Kompromiss Ägyptens oder zumindest ein Zugeständnis dar. Das Gesagte dürfe Lahn Israel übermitteln. Auf spezifische territoriale Fragen sei man nicht eingegangen, heißt es in Ben-Horins Aufzeichnung weiter. Dass die von Frau Meir gegenüber Brandt bekundete allgemeine Bereitschaft zum weitgehenden Rückzug Israels vom Sinai, die keine Neuigkeit war, nicht angesprochen wurde, spielte für die Meinungsbildung der Ägypter aber definitiv keine Rolle. Denn zum einen hatte sich die bekannte israelische Position in der Grenzfrage ja gar nicht verändert und zum anderen hatte Ismail im Gespräch mit Lahn den ägyptischen Standpunkt wiederholt, so schilderte es der

¹⁶⁹ Siehe den Bericht vom 3. Juli 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/A2F1F8E4-C2E8-4146-B27F-D656CoB2EF48/o/Brandt20.pdf>

deutsche Diplomat gegenüber Ben-Horin, dass erst geredet werden könne, nachdem Israel auf die besetzten Gebiete verzichtet habe.

Einen Teil des Sinai – und wäre er noch so klein gewesen – nicht zurückzubekommen, blieb für Ägypten unannehmbar. Die israelische Forderung nach Grenzänderungen ließ sich mit der ägyptischen Forderung nach vollständiger Rückgabe nicht vereinbaren. Dies galt umso mehr, als Ägyptens Außenminister Zayyat Mitte Juni 1973 öffentlich mehrmals erklärt hatte, selbst ein israelischer Rückzug auf die Linien vor dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 würde das Problem nicht lösen und die einzige Grenze, die jemals anerkannt worden sei und auch die palästinensischen Forderungen erfülle, wäre jene von 1947.¹⁷⁰

Niemand konnte im Sommer 1973 darüber hinwegsehen: Die Gegensätze zwischen Kairo und Jerusalem waren unüberbrückbar. Aber nicht nur deshalb ist es völlig absurd, Bundeskanzler Brandt ankreiden zu wollen, dass er schließlich dem Auswärtigen Amt ausrichtete, „bis auf Weiteres nichts in dieser Sache“ zu unternehmen.¹⁷¹ Was hätte er sonst tun sollen? Nach der unmittelbar erfolgten Unterrichtung von Botschafter Ben-Horin durch Ministerialdirektor Lahn war es an der israelischen Seite zu sagen, ob und wie es mit den bundesdeutschen Botendiensten in Nahost weitergehen sollte. Ein Bericht in der israelischen Zeitung „Haaretz“ Mitte Juli 1973, wonach Bonn einen Sonderbotschafter nach Kairo entsandt hatte¹⁷², mag dazu beigetragen haben, dass es nicht weiterging. Zwar wurde der Bericht umgehend vom Auswärtigen Amt dementiert, aber die strikte Geheimhaltung war von unbekannter Seite verletzt worden.

Der weitaus wichtigere Grund scheint jedoch ein anderer gewesen zu sein: Offensichtlich war Frau Meir an einer Fortsetzung der Kontaktbemühungen nicht interessiert. In dem Schreiben vom 29. Juli 1973, in dem sie Brandt dafür dankte, dass er internationalen Staatsmännern seinen Eindruck vom israelischen Friedenswillen übermittelt hatte, ging die Premierministerin nur beiläufig auf die Mission in Kairo ein. Sie begrüßte die Entscheidung des Kanzlers („Your

¹⁷⁰ Auf diese Äußerungen Zayyats, die Jerusalem als Radikalisierung des ägyptischen Standpunkts interpretierte, wies Abba Eban das israelische Kabinett am 24. Juni 1973 hin. Siehe <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/9832035C-C5FA-403E-A5DF-F78624C4B488/o/Brandt17.pdf>

¹⁷¹ Anm. 1.

¹⁷² Siehe das Telegramm des israelischen Außenministeriums an Botschafter Ben-Horin vom 17. Juli 1973 unter <http://www.archives.gov.il/NR/rdonlyres/4C596979-7E45-44F1-ABF6-2D4FEF11E5AF/o/Brandt21.pdf>

decision“), Ägypten über seine Einschätzungen in Bezug auf die Ziele und Bestrebungen Israels informiert zu haben. „Es tut mir natürlich leid, dass die unmittelbare ägyptische Reaktion auf Ihre Initiative so ablehnend war. Ich hoffe dennoch, dass sie als ein Beitrag dazu dienen wird, die Ägypter zu überzeugen, dass ein Verhandlungsfriede mit Ägypten und allen anderen arabischen Staaten ein zentrales Ziel der israelischen Politik ist, auch wenn die Differenzen hinsichtlich der Friedensbedingungen noch immer sehr groß sind.“¹⁷³

Damit hatte sich die Sache für die israelische Regierungschefin erledigt. Da Frau Meir den Kontaktversuch mit Ägypten explizit als Brandts Initiative bezeichnete, wird noch klarer: Man kann wahrlich nicht von einer israelischen Friedensinitiative sprechen. Umso weniger, als Anfang September 1973 der Parteitag der israelischen Arbeitspartei Richtlinien für die besetzten arabischen Gebiete verabschiedete („Galili-Plan“), die den Bau von neuen Siedlungen vor allem in der Westbank vorsahen. Aber nicht nur dort. U.a. sollte im Nordosten des Sinai eines Enklave jüdischer Siedlungen und eine Stadt entstehen, wodurch der Gaza-Streifen vom ägyptischen Territorium abgetrennt worden wäre. Der amerikanische Botschafter in Tel Aviv, Kenneth Keating, bezeichnete die beabsichtigten Maßnahmen als „schleichende Annexion“ und der US-Präsident nannte sie intern „einen enormen Fehler“. „Durch solch brutale Taktik“ schädeten die Israelis ihren Interessen und gefährdeten die Unterstützung der USA, so Nixon.¹⁷⁴

Der geheime Austausch zwischen Meir und Brandt im Sommer 1973

Die israelische Regierung interessierte sich nicht so sehr für deutsche Mittlertätigkeiten in Nahost, sondern vielmehr dafür, die Bundesregierung für die Politik Israels einzunehmen. Das verdeutlicht ein weiteres Schreiben Meirs an Brandt vom 29. Juli 1973, das erneut über den israelischen Botschafter weitergeleitet wurde und das der Kanzler am 1. August 1973 noch während seines Norwegen-Urlaubs abzeichnete. Mit diesem Brief wagte es die Premierministerin, wie sie schrieb, „ein Problem von größter Wichtigkeit für die Zukunft des Friedens und der Stabilität“ in der Region aufzuwerfen. Sie kam dabei auf die Information zurück, die sie Brandt unter vier Augen gegeben hatte, wonach Israel mit dem

¹⁷³ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 29. Juli 1973 („Confidential“), in: AdsD, WBA, A 9, 22 (Anm. 165).

¹⁷⁴ FRUS 1969–1976, S. 259 f.

„Nachbarn im Osten“ – gemeint war zweifellos Jordanien – „gute und besondere Beziehungen“ unterhielt. Dies sei eine „äußerst ermutigende Tatsache“, so Meir. Die dortige politische Führung sei entschlossen, einen Kurs der ökonomischen Entwicklung einzuschlagen, bei dem Hunderttausende im Land lebende Flüchtlinge rehabilitiert und fest angesiedelt werden sollten. Bei ihrem jüngsten Treffen mit dem Staatsoberhaupt dieses Landes¹⁷⁵ habe dieser zugegeben, das Flüchtlingsproblem zwanzig Jahre lang ignoriert zu haben. Um signifikante Fortschritte zu machen, wolle man schon bald ein großes Bauprogramm an neuen Orten beginnen. Der für die Angelegenheit zuständige Minister sei der Bruder des Staatsoberhaupt¹⁷⁶, der den Vorschlag jüngst dem israelischen Entwicklungsmi- nister vorgestellt habe.

Die Ministerpräsidentin berichtete weiter, der Nachbar hege große Hoffnungen, finanzielle Hilfe aus Deutschland zu erhalten. Zum einen bilateral und zum anderen dadurch, dass die Bundesrepublik die Europäische Gemeinschaft davon überzeuge, langfristige Kredite mit niedrigen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Frau Meir war bestrebt, das benachbarte Staatsoberhaupt, das sie demnächst wieder zu treffen plante, über die Antwort Brandts auf das Hilfeersuchen zu unterrichten. Sie hoffe, so schrieb die Premierministerin an den Kanzler, das Anliegen „ruft eine positive Reaktion in Ihrem Herzen hervor“.¹⁷⁷

Meir spinn also den Faden weiter, den Verteidigungsminister Dayan in seinem Gespräch mit Brandt am 11. Juni 1973 angefangen hatte: Die Lösung der Flüchtlingsfrage, sprich des Problems der Palästinenser, durch deren feste Ansiedlung in den Nachbarstaaten Israels, vornehmlich in Jordanien. Das Vertrauen, das die israelische Premierministerin dem deutschen Bundeskanzler entgegenbrachte, war wirklich außergewöhnlich groß. Brandt antwortete ihr bereits am 3. August 1973 mit einem kurzen Brief. Darin hieß es, er habe die Probleme, die Meir in ihrem Schreiben behandle, mit Außenminister Scheel erörtert. Dieser werde im Herbst Gelegenheit haben, mit der für diese Fragen zuständigen Persönlichkeit¹⁷⁸, die Meir erwähnt habe und deren Besuch anstehe, „die Angelegenheit im

¹⁷⁵ Gemeint war König Hussein von Jordanien.

¹⁷⁶ Gemeint war der jordanische Kronprinz Hassan Ibn Talal.

¹⁷⁷ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 29. Juli 1973 („Strictly Confidential“), in: AdsD, WBA, A 9, 22.

¹⁷⁸ Gemeint war der jordanische Kronprinz Hassan Ibn Talal.

einzelnen zu besprechen“. „Ich hoffe, dass dann eine im Rahmen unserer Möglichkeiten liegende Lösung gefunden werden kann“¹⁷⁹, fügte der Kanzler hinzu. Wie schon im Juni gegenüber Dayan stellte er damit Hilfe für Jordanien in Aussicht. Über die prompte Reaktion zeigte sich Frau Meir hoch erfreut. Die Nachricht habe sie gerade noch rechtzeitig vor ihrem Treffen mit dem benachbarten Staatsoberhaupt erreicht, teilte sie Brandt am 9. August 1973 mit. „Ich habe ihm Ihre Antwort übermittelt und ich weiß, er war sehr froh darüber.“ Die beiderseitigen Beziehungen seien „sehr herzlich“. Die Begegnung¹⁸⁰ habe sie erneut davon überzeugt, dass die Führung im Nachbarland nicht schwanken würde in ihrer Politik, das eigene Land zu entwickeln und die Flüchtlinge zu rehabilitieren.¹⁸¹

Ein weiteres Mal hatte Willy Brandt also einem israelischen Wunsch entsprochen. Wolffsohn wirft dem Kanzler dagegen vor, auf Israels Hoffnung nach Bonner Unterstützung in den Verhandlungen mit der EG kühl und ohne etwas zu versprechen reagiert zu haben – eine krasse Fehlinterpretation des Schreibens vom 3. August 1973, auf das Wolffsohn sich dabei beruft.¹⁸² In Wahrheit war Brandt erneut ausgesprochen israel-freundlich gewesen. Auch im Rahmen der Sozialistischen Internationale versagte er Golda Meir die Unterstützung nicht. Als sie ihn in einem weiteren Schreiben, das auf den 9. August 1973 datiert, auf extrem antiisraelische Äußerungen des maltesischen Ministerpräsidenten Dom Mintoff aufmerksam machte, der im November 1973 Gastgeber des nächsten Treffens

¹⁷⁹ Siehe den Entwurf des Schreibens von Brandt an Meir vom 3. August 1973, in: AdsD, WBA, A 9, 22. Außenminister Scheel erhielt eine Durchschrift dieses Schreibens sowie eine Kopie der damit korrespondierenden Schreiben von Meir an Brandt vom 29. Juli 1973 und vom 9. August 1973.

¹⁸⁰ 1973 kamen Meir und Hussein mehrmals zu geheimen Treffen zusammen. Ihre letzte Begegnung fand am 25. September 1973 statt, als der jordanische König die israelische Ministerpräsidentin vor einem bevorstehenden Angriff der Syrer und Ägypter warnte. Vgl. Abraham Rabinovich: *The Yom Kippur War. The Epic Encounter That Transformed The Middle East*, New York 2004, S. 49 f.

¹⁸¹ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 9. August 1973 („Strictly Confidential“), in: AdsD, WBA, A 9, 22.

¹⁸² In Unkenntnis der Tatsache, dass zwei Schreiben Meirs an Brandt auf denselben Tag datieren, hält Wolffsohn (Anm. 1) den Brief Brandts vom 3. August 1973 (Anm. 179) für dessen Antwort auf das Schreiben Meirs vom 29. Juli 1973 (Anm. 165), mit dem diese auf das Kanzlerschreiben vom 28. Juni 1973 geantwortet hatte. Dagegen reagierte Brandt am 3. August 1973, wie gerade dargelegt, auf jenes Schreiben Meirs vom 29. Juli 1973 (Anm. 177), in dem sie um Hilfe für Jordanien bat.

der Parteiführer der SI sein sollte, sorgte der SPD-Vorsitzende mit dafür, dass die Veranstaltung verlegt wurde.¹⁸³

An Willy Brandts Solidarität mit Israel lassen die Quellen ebenso wenig Zweifel wie an seiner ständigen Bereitschaft, zum Frieden im Nahen Osten aktiv beizutragen. Auch in seiner Rede vor der Vollversammlung der UNO am 26. September 1973 in New York betonte er das Interesse der Bundesrepublik an einem friedlichen Ausgleich. Brandt drückte die Hoffnung aus, dass „die internationale Gemeinschaft vor den Möglichkeiten einer Vermittlung nicht resigniert“. Zugleich meinte die Bundesregierung, dass „vor allem das unmittelbare Friedensgespräch zwischen der beteiligten arabischen Welt und Israel den Ausgleich elementarer Interessen beider Seiten zu sichern vermag“.¹⁸⁴ Schon dieses vorsichtige Werben für direkte Verhandlungen führte zu Protesten der Araber, die darin eine einseitige Parteinahme des Bundeskanzlers für die israelische Position witterten – zu Unrecht. Das Auswärtige Amt dementierte einen Kurswechsel der Bonner Nahostpolitik umgehend.¹⁸⁵

Im Fall der dauerhaften Ansiedlung palästinensischer Flüchtlinge in Jordanien geriet Willy Brandt allerdings in die Gefahr, sich für ein politisch fragwürdiges Vorhaben Israels einspannen zu lassen. Isoliert betrachtet handelte es sich bei dem von Golda Meir protegierten Projekt um humanitäre Hilfe. Dahinter steckte für Israel aber unzweideutig das Kalkül, die Palästinenserfrage weiterhin nur nach den eigenen Vorstellungen zu behandeln, nämlich als reines Flüchtlingsproblem. Zudem bestand offenkundig ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Mit einer unkonditionierten finanziellen Unterstützung des Flüchtlingsprojekts hätte die

¹⁸³ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 9. August 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 53. Meir zitierte darin Passagen aus einer Parlamentsrede Mintoffs vom 13. Juli 1973. Maltas Regierungschef hatte u. a. geäußert, wenn er Palästinenser wäre, würde er auch Flugzeuge entführen. Außerdem verglich Mintoff Israel mit Hitler. Brandt gegenüber kündigte Meir deshalb an, an dem SI-Treffen, das Anfang November 1973 auf Malta stattfinden sollte, nicht teilzunehmen. Zugleich drückte sie die Hoffnung aus, dass bei der Sitzung des SI-Büros Ende August 1973 über eine Verlegung gesprochen werde. Auf dem Schreiben Meirs vermerkte Brandt für den Internationalen Sekretär der SPD, Hans Eberhard Dingels, den Auftrag: „Vorschlag!“ Tatsächlich entschied das SI-Büro am 29. August 1973, das Parteiführertreffen zu verschieben. Es fand schließlich am 11. November 1973 in London statt. Vgl. *Socialist Affairs* 23 (1973), No. 5, S. 94 und No. 6, S. 106.

¹⁸⁴ BA, Bd. 6, Nr. 80, S. 508.

¹⁸⁵ Vgl. Fink 2009, S. 201.

Bundesrepublik die damalige israelische Position, die nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern die Existenz des palästinensischen Volkes verneinte, im Prinzip gestützt und bestärkt. Überdies hätte, wie Henry Kissinger später in seinen Memoiren schrieb, kein objektiver Beobachter behaupten können, dass direkte israelisch-jordanische Kontakte eine Friedensregelung beschleunigten.¹⁸⁶

Was auch immer dabei herausgekommen wäre: Zu dem für Herbst 1973 avisierten Gespräch zwischen Scheel und dem jordanischen Kronprinzen kam es nicht. Mit dem Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973 wurden alle Pläne Makulatur. Kronprinz Hassan Ibn Talal besuchte Bonn erst am 16. Juli 1974.¹⁸⁷ Da waren Brandt, Scheel und Meir nicht mehr in ihren Ämtern und die Lage im Nahen Osten, nicht zuletzt die internationale Haltung zur Palästinenserfrage, hatte sich grundlegend verändert.

Die Rolle der Bundesrepublik während des Jom-Kippur-Krieges im Oktober 1973

Am 6. Oktober 1973, am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, überfielen ägyptische und syrische Truppen Israel an zwei Fronten. Während der Kämpfe nahm die Bundesregierung offiziell eine neutrale Haltung ein. Dessen ungeachtet gewährte Willy Brandt dem schwer bedrängten jüdischen Staat eine geheime Hilfe, wie Klaus Harpprecht im Jahr 2000 enthüllte. Der Bundeskanzler informierte seinen Redenschreiber, der über Israels Verluste während der ersten Kriegstage sehr besorgt war, dass er angewiesen habe, der israelischen Armee ein wichtiges elektronisches Gerät zu liefern. Dieses hätten die Israelis bei Angriffen der feindlichen Luftwaffe verloren und die Amerikaner hätten es in der Eile nicht ersetzen können.¹⁸⁸ Um welches Gerät es dabei ging, ist nicht bekannt. Auch über die Bedeutung für den Kriegsverlauf kann man nur spekulieren.¹⁸⁹ Mit seiner Entscheidung, an der Verteidigungsminister Georg Leber (SPD) zweifellos beteiligt war, brach Brandt deutsches Recht, denn sie verstieß gegen das Gesetz, das Waffenlieferungen in Spannungsgebiete verbot. Er handelte so, weil er es für

¹⁸⁶ Vgl. Henry A. Kissinger: *Memoiren 1973–1974*, Band 2, München 1982, S. 262.

¹⁸⁷ Vgl. EA 29 (1974), S. Z 185.

¹⁸⁸ Vgl. Klaus Harpprecht: *Der falsche Verdacht. Eine geheime Episode in der Geschichte deutsch-amerikanischer Beziehungen*, in: *Die Zeit*, Nr. 18 vom 27. April 2000.

¹⁸⁹ Eventuell könnte es sich um eine Radareinrichtung für Flugzeuge gehandelt haben. Vgl. Peter Merseburger: *Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002, S. 686.

seine Pflicht hielt, Israel in der Not zu helfen. Am 9. November 1973 erklärte der Bundeskanzler vor dem Deutschen Bundestag: „Ich habe oft betont – und mir liegt daran, es hier zu bestätigen –, dass es für uns keine Neutralität des Herzens und des Gewissens gibt und geben kann.“¹⁹⁰ Der Akt der Solidarität mit Israel blieb damals verborgen. Gegenüber dem britischen Premierminister Edward Heath bemerkte Willy Brandt am 12. November 1973: „Tatsächlich sei das Maß der Unterstützung aber höher, als man in der Öffentlichkeit zugeben könne.“¹⁹¹

Bekannt gemacht wurde eine Resolution der Führungsgremien der SPD am 13. Oktober 1973, die klar aufzeigte, auf wessen Seite die deutschen Sozialdemokraten während des Konflikts standen. „Die SPD grüßt in dieser Stunde in solidarischer Verbundenheit ihre sozialdemokratischen Freunde in Israel, an ihrer Spitze Golda Meir.“ Für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten, so hieß es weiter, gebe es nur ein Fundament: Die Anerkennung und Respektierung des Lebensrechtes und der Sicherheit aller Staaten in der Region. Ergänzend zur UNO-Sicherheitsratsresolution von 1967 bedürfe es „verbindlicher und glaubwürdiger Garantien für die Existenz Israels, vor allem durch die Großmächte.“¹⁹² Daraufhin schickte Golda Meir am 17. Oktober ein Eiltelegramm an Willy Brandt, in dem sie ihm für die „starke und verständnisvolle Haltung“ und für die Solidarität dankte.¹⁹³

Volles Verständnis hatte der Bundeskanzler auch für die amerikanische Waf-fenhilfe an Israel, jedenfalls solange der jüdische Staat in Not und keine Waffenruhe vereinbart war. Dass der Transport von Nachschublieferungen nicht zuletzt über das Territorium der Bundesrepublik lief, darüber wusste die Bundesregie-rung schon Mitte Oktober 1973 Bescheid und sie duldet dies bis zur Verkündung des Waffenstillstands durch die UNO am 22. Oktober 1973.¹⁹⁴ Offiziellen Protest erhob das Auswärtige Amt erst drei Tage später, nachdem zuvor in Bremerhaven zwei Frachtschiffe unter israelischer Flagge mit amerikanischem Material von einer im Bundeseigentum befindlichen Firma beladen worden waren und die

¹⁹⁰ Plenarprotokoll der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 9. November 1973, 7. WP, S. 3849. Siehe <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07065.pdf>

¹⁹¹ AAPD 1973, S. 1808.

¹⁹² SPD Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 365/73 vom 13. Oktober 1973.

¹⁹³ Siehe das Telegramm Meirs an Brandt vom 17. Oktober 1973, in: AdSD, WBA, A 8, 53.

¹⁹⁴ Vgl. Daniel Gerlach: Die doppelte Front: die Bundesrepublik Deutschland und der Nahostkonflikt 1967–1973, Münster 2006, S. 191 f.

Presse davon Wind bekommen hatte.¹⁹⁵ Kanzler Brandt, der in Frankreich Urlaub machte und von Außenminister Scheel telefonisch informiert wurde, entschied, dass die Verladung sofort beendet werden müsse und die Schiffe die deutschen Hoheitsgewässer zu verlassen hätten. Die wiederholten Bonner Neutralitätsver-sicherungen an die Adresse der arabischen Staaten, die der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten mit einem Ölembargo drohten, wenn sie Israel unterstützen sollten, hätten sonst den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verloren.

Willy Brandt war besonders darüber verärgert, dass angeblich keine anderen Schiffe zur Verfügung gestanden hatten und keine andere Beflagung vorge-nommen worden war und dass man die Bundesregierung zuvor nicht konsultiert, geschweige denn informiert hatte. Seiner Meinung behandelte die US-Regierung, die sich auch bei der Ausrufung der höchsten NATO-Alarmstufe am 25. Oktober 1973 vorher nicht mit den Bündnispartnern abgesprochen hatte, die Bundesre-publik wie eine Kolonie. Dass der Protest gegenüber den Amerikanern durch das AA veröffentlicht worden war, hielt der Kanzler allerdings für einen Feh-ler.¹⁹⁶ Letztlich setzte er das geheime Doppelspiel fort. Zwar verließen die isra-elischen Schiffe den Hafen; ein dritter Frachter, der nicht mehr beladen worden war, musste sogar leer abziehen. Doch mit ausdrücklicher Erlaubnis des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnik und mit Wissen Willy Brandts wurde die US-Waf-fenhilfe weiter über Bremerhaven abgewickelt.¹⁹⁷ Am 30. Oktober 1973 bestä-tigte Staatssekretär Frank dem amerikanischen Botschafter Martin Hillenbrand, dass die Bundesregierung das Be- und Entladen amerikanischer Schiffe „als eine normale Transportangelegenheit im Zusammenhang mit der Unterhaltung der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik“ betrachte.¹⁹⁸ Im Klartext: Die Amerikaner konnten tun, was sie wollten.

¹⁹⁵ Zu dem Vorgang siehe insbesondere AAPD 1973, S. 1638–1643 und S. 1662–1668.

¹⁹⁶ Vgl. Harpprecht 2000, S. 369 und 403. Bei der Veröffentlichung handelte sich wohl um eine Panne. Eine interne Sprachregelung des AA war versehentlich im Wortlaut an die Presse gege-ben worden. Vgl. Frank 1981, S. 268 f.

¹⁹⁷ Vgl. Hepperle 2000, S. 138 ff. Dazu passt durchaus, was Klaus Harpprecht am 28. Oktober 1973 in seinem Tagebuch festhielt: „B[undes]K[anzler] erinnert sich, dass er, hätte man ihn nur gefragt, den Amerikanern dringend geraten hätte, die Verladungen in Bremerhaven mit aller Geschwindigkeit auf amerikanischen Schiffen vorzunehmen, vielleicht sogar auf deutschen, doch keinesfalls auf israelischen.“ Harpprecht 2000, S. 375.

¹⁹⁸ AAPD 1973, S. 1676 f., Anm. 22.

In den USA und in Israel stießen die offiziellen Stellungnahmen aus Bonn nichtsdestoweniger auf heftige Kritik. Das Kanzlerschreiben an den amerikanischen Präsidenten vom 28. Oktober 1973, worin Brandt unzureichende Informationen beklagte und sein Vorgehen rechtfertigte, aber auch die Bündnissolidarität der Bundesrepublik betonte, beantwortete Nixon zwei Tage später in wenig diplomatischer Tonart.¹⁹⁹ Dem Mann im Weißen Haus missfiel besonders, dass der Bundeskanzler der Meinung war, die Nahost-Krise und die militärischen Lieferungen an Israel seien kein Fall gemeinsamer Verantwortung in der NATO gewesen. Dem hielt Nixon die tiefe Verstrickung der Sowjetunion in den Konflikt entgegen. Er und US-Außenminister Kissinger sahen Moskau als Teil des Problems und als Störfaktor im Nahen Osten an, dessen Einfluss sie zurückdrängen wollten. Brandt dagegen nahm Moskau noch immer als unverzichtbaren Teil einer Lösung für die Region wahr.²⁰⁰

Symptomatisch für die Stimmung in Israel war ein Artikel der Zeitung „Ma'ariv“, die Anfang November 1973 schrieb, der Bundeskanzler werde sich wohl bald beim „Kniefall vor einem Bohrturm“ fotografieren lassen.²⁰¹ Um den schweren Vorwürfen zu begegnen, die amerikanische und israelische Medien der Bundesrepublik wegen der angeblichen Blockade der Nachschublieferungen für Israel machten, wurde Klaus Harpprecht vom Bundeskanzler beauftragt, in geheimer Mission nach New York zu fliegen. Er sprach dort im kleinen Kreis mit führenden Vertretern der jüdischen Organisationen und informierte sie über das Engagement Brandts für Israel. Die Angriffe in den US-Zeitungen seien daraufhin verstummt, so Harpprecht, der diese Episode erst im Jahr 2000 öffentlich bekannt machte.²⁰² Die Behauptung, die Politik der Regierung Brandt/Scheel habe im Oktober 1973 „den USA und Israel die ersten Ansätze eines neudeutschen Wilhelminismus gezeigt“, ist auch deshalb überhaupt nicht nachvollziehbar.²⁰³

Die Bundesregierung lehnte nationale Alleingänge ab. Sie bemühte sich nicht zuletzt um eine gemeinsame europäische Position zum Nahost-Konflikt, um die

¹⁹⁹ Die beiden Schreiben sind veröffentlicht in: BA, Bd. 6, Nr. 81–82, S. 512–516.

²⁰⁰ Vgl. Merseburger 2002, S. 685 f.

²⁰¹ Zit. nach Ölkrise. Kein Verlaß auf Großmütter, in: Der Spiegel, Nr. 45 vom 5. November 1973, S. 23–27.

²⁰² Anm. 188.

²⁰³ Auch diese These stellt Michael Wolffsohn auf. Vgl. „Für Erdöl setzte Bonn 1973 das Bündnis aufs Spiel“, in: Die Welt vom 21. Oktober 2013. Siehe <http://www.welt.de/geschichte/article121069722/Fuer-Erdoel-setzte-Bonn-1973-das-Buendnis-aufs-Spiel.html>

offenkundige Spaltung der EG in dieser Frage zu überwinden. Während des Jom-Kippur-Krieges hatte nur die Niederlande Israel offen unterstützt. Die Erklärung der Neun, die am 6. November 1973 durch deren Außenminister in Brüssel verabschiedet wurde, führte jedoch zu einer weiteren Belastung im deutsch-israelischen Verhältnis. Jerusalem missfielen besonders zwei Punkte der EG-Nahosterklärung, die als pro-arabisch interpretiert wurden: Zum einen sollte Israel die seit 1967 andauernde territoriale Besetzung beenden, womit man die UN-Resolution 242 offenkundig im Sinne des französischen Textes auszulegen schien: Rückzug aus allen besetzten Gebieten. Zum anderen vertraten die Europäer erstmals die Auffassung, dass „bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen“.²⁰⁴ Das war der erste Schritt auf dem Weg zur Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts. Von nun an betrachteten die EG-Staaten die Palästinenserfrage nicht mehr bloß als ein Flüchtlingsproblem.

Wenngleich er mit einzelnen Formulierungen „nicht recht zufrieden war“²⁰⁵, verteidigte Willy Brandt die gemeinsame Erklärung. Am Vormittag des 9. November 1973 führte er in einer Bundestagsdebatte aus: „In Brüssel ist (...) kein Schlußstein gesetzt worden, sondern dort ist ein Weg gesucht worden. (...) Keine Lösung wäre nach unserer Überzeugung von Dauer, die nicht das Lebensrecht aller Staaten und Völker in dieser Region sicherte.“²⁰⁶ Bereits am 26. Oktober 1973 hatte Brandt an gleicher Stelle das „vitale Interesse“ der Bundesrepublik an der Herbeiführung eines Friedens betont, „der von allen Völkern jenes Raumes als gerecht hingenommen oder sogar anerkannt werden kann“.²⁰⁷ In einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP, das am Nachmittag des 9. November 1973 freigegeben wurde, antwortete der Bundeskanzler auf die Frage, ob er dabei auch an das palästinensische Volk gedacht habe, mit dem Satz: „Es kann wohl niemand ernsthaft bezweifeln, dass die Schaffung einer Friedensordnung im Nahen Osten nicht möglich ist ohne die Palästinenser einzubeziehen.“ Zugleich unterstrich er aber auch die Notwendigkeit, dass „von maßgeblicher

²⁰⁴ AdG 43 (1973), S. 18321.

²⁰⁵ Brandt 1976, S. 598.

²⁰⁶ Plenarprotokoll vom 9. November 1973, S. 3850 (Anm. 190).

²⁰⁷ Plenarprotokoll der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 26. Oktober 1973, 7. WP, S. 3630. Siehe <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/07/07062.pdf>

arabischer Seite“ die staatliche Existenz Israels anerkannt werden müsse.²⁰⁸ Von einigen besonders israelfreundlichen SPD-Politikern war zuvor moniert worden, die EG-Außenminister hätten in diesem Punkt keine eindeutige Position bezogen.²⁰⁹ In einer Rede vor dem Bundesrat, die er ebenfalls am 9. November 1973 hielt, betonte Brandt darüber hinaus noch einmal den „besonderen Charakter“ der Beziehungen mit Israel, an denen die Bundesrepublik auch angesichts von „Drohungen und Erpressungen“ nicht rütteln lassen werde.²¹⁰

Dieses Bekenntnis und der damit verbundene Seitenhieb auf den arabischen Ölboycott sollten die große Empörung dämpfen helfen, die die Nahosterklärung der Europäischen Gemeinschaft in Israel entfacht hatte. Wie Klaus Harpprecht Willy Brandt am 7. November 1973 nach einem Gespräch mit Botschafter Ben-Horin mitteilte, war „Brüssel ein tiefer Schock für Israel“.²¹¹ Besonders enttäuscht war die israelische Seite einmal mehr vom Auswärtigen Amt. Mit den Reden Willy Brandts im Bundestag und im Bundesrat am 9. November zeigte sich Ben-Horin zunächst zufrieden. Doch mit dem AFP-Interview änderte sich das. Denn tags darauf beschwerte sich der Botschafter, der dabei wohl auch den Unmut seiner in der Heimat unter großem Druck stehenden Regierungschefin weitergab, bei Harpprecht: „B[undes]K[anzler] habe in Jerusalem G[olda] M[eir] versprochen, in der EG nichts zu unterstützen, was gegen Israel gerichtet sei.“²¹²

Wie verärgert, verbittert und deprimiert die israelische Premierministerin über die Haltung der Europäer war, wurde bei einem Parteiführertreffen der Sozialistischen Internationale in London am 11. November 1973 deutlich, dessen kurzfristige Einberufung sie nach dem Waffenstillstand in Nahost via Telefon von Brandt verlangt hatte.²¹³ Meir beklagte sich über mangelnde Solidarität mit Israel und verglich die Lage ihres Landes mit der des republikanischen Spanien 1936 und der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen 1938. Besonders erbost

²⁰⁸ Das Interview mit AFP ist dokumentiert in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 145 vom 13. November 1973, S. 1438 f. Siehe auch AdsD, WBA, A 3, 534.

²⁰⁹ Vgl. Hepperle 2000, S. 184 f.

²¹⁰ Siehe das Plenarprotokoll der 398. Sitzung des Bundesrats vom 9. November 1973, S. 341, unter http://www.bundesrat.de/clin_320/nn_1959712/SharedDocs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/1973/Plenarprotokoll-398,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-398.pdf

²¹¹ Siehe den hs. Vermerk von Klaus Harpprecht für Willy Brandt („BK – VS“) vom 7. November 1973, in: AdsD, WBA, A 8, 10.

²¹² Siehe Harpprechts „Notiz für BK“ („nur für BK“) vom 10. November 1973, in: AdsD, WBA, A 8, 10.

²¹³ Vgl. Golda Meir: Mein Leben, Hamburg 1975, S. 474 f.

war sie darüber, dass die meisten europäischen Staaten – gerade auch die von Sozialdemokraten regierten Länder – sich geweigert hatten, den amerikanischen Flugzeugen, die ab dem 14. Oktober 1973 militärischen Nachschub an Israel lieferten, Überflug- und Landrechte zu gewähren. Zudem übte Meir scharfe Kritik an der Nahosterklärung der EG. Die Erwähnung des Problems der Palästinenser sei sehr negativ, „da nach arabischer Lesart der Begriff Palästina die Auslöschung des Staates Israel bedeute“.²¹⁴ Auf die schweren Anklagen reagierten die Anwesenden außerordentlich betroffen und mit betretenem Schweigen. Daraufhin unterbrach der gastgebende Labour-Chef Harold Wilson die Sitzung für zehn Minuten.²¹⁵ Dass zunächst niemand antworten wollte, kommentierte wohl die israelische Premierministerin selbst und nicht einer der Umstehenden, wie Meir in ihrer Autobiographie schreibt, mit den Worten: „Natürlich können sie nicht sprechen. Ihre Kehlen sind durch Öl verstopft.“²¹⁶

Es war Willy Brandt, der nach der Pause das Wort ergriff. Klaus Harpprecht schildert diese Rede ausführlich in seinem Tagebuch. Demnach versicherte Brandt Meir „der tiefen Sympathie und des tiefen Respektes“, warnte sie aber vor einem „Isolierungskomplex“. Er meinte, die Nahosterklärung der EG könne auch „offensiv“ gelesen werden (und bot dafür eine eigenwillige Interpretation an): „Die Brüsseler Formel lasse offen, dass Israel zum Beispiel militärisch besetzte Gebiete in zivil administrierte Gebiete verwandle.“ Zur Palästinenserfrage erklärte Brandt: Man könne sie nicht aus der Welt reden. „Man müßte dafür sorgen, dass die Palästinenser wieder eine Heimat finden. Aber es sei nie und nirgendwo gesagt worden, dass sie wieder dort angesiedelt werden müßten, wo sie ursprünglich zu Hause gewesen seien. Die Brüsseler Erklärung befürworte auch keineswegs die Begründung eines palästinensischen Staates.“ Für die Bundesrepublik hob der Bundeskanzler noch hervor, dass sie neben den USA „das Land

²¹⁴ Siehe den Vermerk von Hans-Eberhard Dingels „Betr.: Konferenz der sozialdemokratischen Parteien in London am 11. 11. 1973“ vom 16. November 1973, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, 11381.

²¹⁵ Vgl. Brandt 1976, S. 598.

²¹⁶ Meir 1975, S. 475 f. Diese Sätze, so schreibt sie weiter, seien von einem Mann hinter ihr gesprochen worden, dessen Gesicht sie nie gesehen habe. Dagegen notierte Willy Brandt in den Entwürfen für seine „Erinnerungen“, dass Meir bei dem Treffen in London gesagt habe, „in den Kehlen europäischer Sozialdemokraten habe sie Öl gespürt“. Siehe das Manuskript in: AdsD, WBA, B 25, 173. Im fertigen Buch heißt es schließlich: „(...) einem ihrer Mitarbeiter legte sie später in den Mund, in den Kehlen der europäischen Sozialdemokraten habe man Öl gespürt.“ Brandt 1989, S. 447.

sei, das in dieser Krise vorbehaltlos am meisten für Israel getan habe“. Gegen die amerikanischen Waffenlieferungen über Bremerhaven habe Bonn erst nach dem Waffenstillstand protestiert.²¹⁷

In dem Vermerk, den der Internationale Sekretär der SPD, Hans-Eberhard Dingels, über die Besprechung in London anfertigte, wurden die zentralen Äußerungen Willy Brandts ähnlich, wenn auch in weitaus weniger dramatischem Ton wiedergegeben: Die Erklärung der EG-Außenminister, so wird er darin zitiert, berücksichtige keineswegs nur die Interessen einer Seite, sondern stelle eine „substantielle Verbesserung“ gegenüber der Resolution 242 dar, vor allem in der Frage der Sicherheit Israels und des Rückzugs aus den besetzten Gebieten. Wie Dingels weiter festhielt, sagte Brandt zum Palästinenserproblem: Niemand könne daran vorbeigehen, dass „bei realistischer Einschätzung der Lage heute so etwas wie eine palästinensische Identität entstanden sei“. Auch die Aufzeichnung, die der Kanzlerreferent Wolf-Dietrich Schilling über das Londoner Treffen erstellte, bestätigt diese Aussagen.²¹⁸ Der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky und der schwedische Ministerpräsident Olof Palme sowie die anwesenden sozialdemokratischen Regierungschefs der EG unterstützten Willy Brandt, während einzig Harold Wilson eher Golda Meir zustimmte.²¹⁹ Zu ihrer großen Enttäuschung pflichtete auch der niederländische Ministerpräsident Joop den Uyl dem deutschen Bundeskanzler bei.²²⁰

Die Zeiten, in denen die Sozialistische Internationale uneingeschränkt pro-israelische Positionen vertrat, waren damit endgültig vorbei. 1973 markierte einen Wendepunkt in der Nahostpolitik der SI, die in den folgenden Jahren den Dialog mit arabischen Parteien und schließlich auch mit der PLO suchen sollte.²²¹

²¹⁷ Harpprecht 2000, S. 402 ff.

²¹⁸ In Schillings Bericht heißt es u. a., dass „die Brüsseler Erklärung zum Beispiel offen lasse, ob ein Rückzug oder etwa eine zivile Verwaltung des besetzten Gebiets ausgehandelt werden solle. Ferner sei nicht gesagt, wo die Palästinenser verbleiben sollten. Wenn die Palästinenser im Gegensatz zur Resolution 242 in der Erklärung erwähnt worden seien, liege das daran, daß sie inzwischen ein eigener Faktor von politischem Gewicht geworden seien.“ Zit. nach AAPD 1973, S. 1807, Anm. 3.

²¹⁹ Siehe Anm. 217.

²²⁰ Siehe AAPD 1973, S. 1813.

²²¹ Vgl. Hans Krech: Die Nahostpolitik der Sozialistischen Internationale. Unter besonderer Beachtung der Politik gegenüber arabischen Parteien und Bewegungen in den Jahren 1951 bis 1980, Berlin 1996, S. 20 f.

Zunächst aber gaben sich die Araber, allen voran die ägyptische Regierung, äußerst misstrauisch. Mit Blick auf das Treffen der Internationale argwöhnte man, die israelische Ministerpräsidentin werde Brandt und die europäischen Sozialdemokraten auf ihre Seite ziehen. Um diese Befürchtungen auszuräumen, entsandte der Kanzler Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler nach Kairo, der den ägyptischen Präsidenten am 20. November 1973 über die Londoner Gespräche unterrichtete. Dabei beschwerte sich Sadat ziemlich bitter über das Verhalten der Bundesrepublik seit dem Sechs-Tage-Krieg. Sie „habe Israel alles gegeben“ und „nichts für die arabische Seite getan“.²²²

Ironie der Geschichte: Beide Konfliktparteien waren unzufrieden mit der Bonner Regierung und fühlten sich von ihr benachteiligt. Die israelische Ministerpräsidentin war auf Brandts Rede in London nicht mehr eingegangen. Dass Golda Meir ihm während der gesamten Konferenz „keine Andeutung von Anerkennung“ gemacht und „kein Wort des Dankes für die Hilfe“ ausgesprochen hatte, enttäuschte Willy Brandt offenbar sehr, wie aus den Bemerkungen herauszulesen ist, die er am 12. November 1973 Klaus Harpprecht gegenüber machte. Der Freund und Redenschreiber notierte folgende Worte des Bundeskanzlers: „Das ändert an meiner Haltung nichts, aber so steht es zwischen Deutschen und Juden, und ich bin hier nur einer von allen anderen Deutschen. Noch einmal: das ändert nichts an meiner Haltung, doch man muß so rechnen.“²²³

Harpprecht nahm die Londoner Episode zum Anlass, wenige Tage später „sehr lange und sehr eindringlich“ mit Botschafter Ben-Horin zu sprechen, wobei er auch „die Gefahr einer Resignation des Kanzlers in seiner Beziehung zu Golda Meir und zu Israel“ andeutete. Ben-Horin versicherte, dass Meir Brandt „als einen aufrichtigen Freund betrachte“, wollte aber die Hinweise des Kanzlerberaters, ohne dessen Namen zu nennen, direkt an die Premierministerin weiterleiten. Harpprecht betonte zum Schluss „mit der gebotenen Deutlichkeit: einen besseren Staatsfreund als die Bundesrepublik hat Israel nicht in Europa. Und Israel hat keinen besseren und zuverlässigeren persönlichen Freund in Europa als den Bundeskanzler.“²²⁴

Dass Golda Meir diese Einschätzung teilte, dafür spricht nicht zuletzt der überaus herzliche persönliche Brief, den sie am 13. Mai 1974 anlässlich von Willy

²²² Siehe AAPD 1973, S. 1869 ff.

²²³ Harpprecht 2000, S. 404.

²²⁴ Ebd., S. 405.

Brandts Rücktritt verfasste. Die Premierministerin, die selbst am 11. April ihren Amtsverzicht angekündigt hatte und am 3. Juni 1974 abgelöst wurde, schrieb:

„Lieber Freund,

ich habe die Nachricht von Ihrem Rücktritt mit aufrichtigem Bedauern entgegengenommen. Als ein Freund und Kollege habe ich viel über die Pein nachgedacht, die Sie bei Ihrer Entscheidung, vom Amt zurückzutreten, haben durchmachen müssen. Aber ich tröste mich mit dem Gedanken, dass Sie sich nicht vom politischen Leben zurückziehen und dass die SPD unter Ihrer Führung, wie unsere gesamte Bewegung, auch weiterhin von Ihrem Idealismus, Ihren Talenten, Ihrer Weisheit und staatsmännischen Fähigkeit profitieren wird.

Die Geschichte wird gewiss den profunden Beitrag festhalten, den Sie als Kanzler zum Wiederaufbau eines besseren Europa und somit zum Weltfrieden geleistet haben. Desgleichen werden wir in Israel immer dankbar sein für Ihr Interesse und Ihre Bemühungen, eine Verständigung zwischen uns und unseren Nachbarn herbeiführen zu helfen.

Ich erinnere mich an Ihren Besuch in Israel im letzten Jahr, der mir die Gelegenheit und die Freude verschaffte, einen wahren Freund im Lande Israel zu begrüßen. Über die vielen Jahre, in denen wir in Verbindung miteinander stehen, lernte ich unsere Beziehung wertzuschätzen, weil sie sich durch echtes Vertrauen und Freundschaft auszeichnet. (...)“²²⁵

Willy Brandt antwortete Golda Meir drei Tage später und dankte ihr sehr für die „so freundschaftlichen Zeilen“. Er schrieb: „Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und Parteien waren stets für mich ein besonderes Anliegen, dem ich auch in Zukunft meine Kraft widmen werde. Ich habe mich bemüht, gemeinsam mit meinen Freunden einen Beitrag zur Überwindung der Kluft zu leisten, die auf so schreckliche Weise das deutsche und das jüdische Volk getrennt hat.

Meinen Aufenthalt in Ihrem Land im Frühsommer werde ich (...) immer in starker Erinnerung behalten. Ich hoffe, dass Ihnen der Weg zum gesicherten Frieden nicht zu schwer gemacht wird.

Ihnen und allen Freunden in Ihrem Lande danke ich für das Verständnis, das Sie meiner Politik entgegengebracht haben.“²²⁶

²²⁵ Siehe das Schreiben Meirs an Brandt vom 13. Mai 1974, in: AdSD, WBA, A 11.15, 9. Die Zitate wurden aus dem Englischen übersetzt.

²²⁶ Siehe die Kopie des Schreibens von Brandt an Meir vom 16. Mai 1974, in: AdSD, WBA, A 11.15, 9.

Fazit

Die These, dass Willy Brandt 1973 den Krieg im Nahen Osten hätte verhindern können, ist haltlos und nachherade absurd. Den Krieg verhindern können hätten damals vor allem die Mächte, die das Mittel der militärischen Gewalt wählten, statt zu verhandeln. Für den Ausbruch der Kampfhandlungen war niemand außer den beiden Aggressoren Ägypten und Syrien verantwortlich. Sie hatten den Waffengang gemeinsam geplant und eröffneten ihn mit einem überraschenden Angriff auf Israel.

Bundeskanzler Brandt hat im Vorfeld alles getan, was in seinen begrenzten Einflussmöglichkeiten stand, um den Frieden zu erhalten. Immer wieder betonte er, dass seine Regierung im Nahen Osten nicht vermitteln wollte, aber bereit war, als Übermittler von Nachrichten zwischen den Konfliktparteien zu fungieren. Grundlage dafür war die „ausgewogene Nahostpolitik“ der Bundesregierung, mit der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten Anfang der siebziger Jahre erst möglich wurde.

Die Aufgabe des Nachrichtenübermittlers hat Willy Brandt im Sommer 1973 auf Bitten der israelischen Ministerpräsidentin übernommen und ohne Zeitverzug ausgeführt, indem er die Ägypter auf dem am besten geeigneten Wege darüber informieren ließ, dass Israel die Aufnahme direkter Gespräche mit ihnen wünschte. Es ist daher aberwitzig, dem Kanzler eine „Unterlassungsschuld“ zuzuweisen. Die Behauptung, er habe „grundsätzlich kein großes Interesse an engen Kontakten zu Israel“ gehabt, ist unbegründet; das Gegenteil ist wahr und vielfach belegt. Ebenso wenig kann davon die Rede sein, Meir sei von Brandt getäuscht worden. Er stimmte ihr zu, dass direkte Gespräche zwischen Israel und Ägypten unumgänglich waren, um zu einer Friedensregelung zu kommen, machte aber auch nie ein Geheimnis aus seiner Überzeugung, dass insbesondere die beiden Supermächte an einer Lösung beteiligt sein müssten. Wenn jemand zur Vermittlung berufen war und auch die Macht besaß, Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, so waren es die USA und die Sowjetunion.

Wegen der historischen Belastung des deutsch-israelischen Verhältnisses konnte die Bundesrepublik nicht als Vermittler im Nahost-Konflikt auftreten. Willy Brandt hat stets den „besonderen Charakter“ der Beziehungen zu Israel betont, der auf der Schuld und der Verantwortung der Deutschen für die Ermordung von sechs Millionen Juden gründete. Dass sein Volk die Schuld und die Verantwortung für die Shoa rückhaltlos anerkannte, dafür hat kein Bundeskanzler

mehr getan als er. Und wie alle Bundesregierungen vor und nach ihr fühlte sich die Regierung Brandt/Scheel – zu Recht – dazu verpflichtet, den jüdischen Staat Israel, wo immer möglich, zu unterstützen. Dies galt besonders während des Jom-Kippur-Kriegs, als die Bundesrepublik amerikanische Waffenlieferungen für die bedrängte israelische Armee duldet und auch selbst heimlich Hilfe leistete – ungeachtet der offiziellen Bonner Formeln „Neutralität“ und „ausgewogene Nahostpolitik“. Es war eine äußerst schwierige Gratwanderung, die fast zwangsläufig zu Missverständnissen führen musste.

Ambivalenzen lassen sich auch im persönlichen Verhältnis zwischen Willy Brandt und Golda Meir entdecken. Während sie seine Ostpolitik für naiv hielt, löste ihre sture Argumentationsweise in Nahostfragen bei ihm bisweilen Frustration aus. Die gegenseitige Hochachtung füreinander schmälerte das nicht. Meir würdigte immer wieder das Bekenntnis des Hitlergegners zur deutschen Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes. Darüber hinaus scheint sie Brandt, mit dem sie die Idee des demokratischen Sozialismus teilte, persönlich sehr geschätzt, ja gemocht zu haben, wie nicht zuletzt ihre Briefe zeigen. Der Kanzler wiederum vergaß nie die Lebensgeschichte Meirs und die ihres Volkes und brachte viel Verständnis für die Anliegen seiner Korrespondenz- und Gesprächspartnerin auf, wenn sie energisch für die Interessen ihres Landes eintrat. Im Zweifel entschied Willy Brandt sich stets pro-israelisch, und Golda Meir wusste das zu würdigen. Die Vorwürfe und Anschuldigungen, die im Jahr 2013 in Artikeln in „Welt am Sonntag“ und „Die Welt“ gegen ihn erhoben wurden, sind ganz und gar unberechtigt und falsch.

Zum Krieg im Nahen Osten kam es 1973, nicht weil der deutsche Bundeskanzler angeblich versagt hätte, sondern weil die Positionen zwischen Ägypten und Israel damals unversöhnlich gegeneinander standen. Die Ägypter verlangten von den Israelis, sich zum vollständigen Rückzug aus allen besetzten Gebieten, zumindest aber aus dem Sinai, zu verpflichten. Dazu aber war die Regierung in Jerusalem nicht bereit und der ägyptische Präsident Sadat glaubte, Israel nur durch einen Krieg zum Rückzug bewegen zu können. Es sei dahin gestellt, ob die ausgesprochen realpolitisch gesinnte These richtig ist, wonach der Jom-Kippur-Krieg, in dem die israelische Armee den Nimbus der Unverwundbarkeit einbüßte, im Endeffekt die (notwendige) Voraussetzung für direkte Friedensverhandlungen war. Angesichts der Tausenden Opfer auf beiden Seiten mag das sehr zynisch klingen. Eines ist aber augenfällig: Erst im Friedensabkommen von Camp David 1979 verpflichtete sich Israel zur vollständigen Rückgabe der Halbinsel Sinai an Ägypten.

Dieses Zugeständnis hatte Premierministerin Golda Meir stets abgelehnt. Auch deshalb geht die Behauptung fehl, dass Präsident Sadat von ihr schon 1973 hätte bekommen können, was sechs später Jahre vertraglich besiegelt wurde.²²⁷

²²⁷ Diese These vertritt Wolffsohn (Anm. 1).

DOKUMENTATION

Aus der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich der Eröffnungsveranstaltung der „Woche der Brüderlichkeit 1971“ am 21. März 1971 in Köln¹

[...]

Als ich Anfang Dezember [1970] in Warschau stand, lag auf mir die Last der jüngsten deutschen Geschichte, die Last einer verbrecherischen Rassenpolitik. Ich habe getan, was Menschen tun, wenn die Worte versagen, und ich habe so – für meine Landsleute mit – der Millionen Ermordeter gedacht. Aber ich habe auch daran gedacht, daß Fanatismus und Unterdrückung der Menschenrechte – trotz Auschwitz – kein Ende gefunden haben. Wer mich verstehen wollte, konnte mich verstehen; und viele in Deutschland und anderswo haben verstanden, was ich ohne Worte sagen wollte. Einige hatten auch aus diesem Anlass nur abfällige Kommentare zur Hand, aber ich frage: Wo, wenn nicht dort, wo das Warschauer Ghetto stand, wäre für einen deutschen Bundeskanzler der Platz, die Last der Verantwortung zu spüren und aus dieser Verantwortung heraus Schuld abzutragen!

[...]

Lassen Sie mich jetzt darauf zu sprechen kommen, daß uns gelegentlich entgegengehalten wird, diese Bundesregierung betone – im Unterschied zu früheren – nicht mehr die besonderen, sondern die normalen Beziehungen zu Israel. Und einige fügen dann hinzu, dies habe wohl etwas mit dem zu tun, was man unsere Ostpolitik nennt.

Nun, ich habe im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages vom 12. August [1970] für jedermann deutlich betont, daß eine Verbesserung unserer Beziehungen mit der Sowjetunion nicht zu Lasten eines dritten Staates gehen darf. Das gilt in vollem Umfang auch für Israel. Die israelische Regierung sieht es nicht anders. Sie hat die Annahme zurückgewiesen, wonach

¹ Vorlage für den hier abgedruckten Text ist die Veröffentlichung der Rede in: Bundeskanzler Brandt – Reden und Interviews, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung [Bonn 1971], S. 446–455.

die Ostpolitik der Bundesregierung sich auf ihre Beziehungen zu Israel ungünstig auswirke. Sie hat übrigens auch nie kritisiert, daß wir um möglichst gute Beziehungen zu den arabischen Staaten bemüht bleiben.

Andererseits übersehen auch die objektiv denkenden Führer der arabischen Völker nicht, welche spezifischen Faktoren es sind, die unser Verhältnis zu Israel bestimmen. Es trägt in der Tat weiterhin das Zeichen einer Besonderheit: der Unauslöschlichkeit des millionenfachen Mordes an den Juden Europas – für uns und die Nachgeborenen um so entsetzlicher, weil unter dem Geist der Aufklärung die Symbiose jüdischer und deutscher Kultur eine so erstaunliche Produktivität bewies. Wir haben trotzdem den Nachweis geduldet – und dulden müssen –, daß die Hölle auf Erden möglich ist. Sie war Wirklichkeit.

Der Name Auschwitz wird für Generationen ein Trauma bleiben. Illusionen sind nicht erlaubt: die Verletzungen, die in dem dunklen Jahrzwölft der Seele des Volkes der Opfer und der Seele des Volkes der Täter zugefügt wurden, werden so rasch nicht ausheilen. Denn es wurde das Bild des Menschen verletzt, des Menschen, den wir als Ebenbild Gottes begreifen. Diese Erfahrung – sie ist die eigentliche Katastrophe der Menschheit, mehr als alle Kriege und ihre Schrecken – lastet auf dem Judentum, nicht nur in Israel; und sie lastet auf uns Deutschen. Hier hilft kein Hinweis auf eine Jugend, der die Freiheit der Unbefangenheit gegeben sei. Niemand ist aus der Haftung der Geschichte entlassen. Israel ist – daran ändern auch die Schlagworte radikaler Gruppen nichts – der grandiose Versuch, einem Volk von weithin Heimatlosen eine gesicherte Heimat zu schaffen. Es ist bitter, daß die Geburt dieses Staates den Preis neuer Opfer und neuer Leiden verlangte. Wer wollte das verschweigen? Wer wollte das Elend der palästinensischen Araber verschweigen? Aber die Rolle des arroganten Weltmoralisten steht uns auch hier nicht zu. Wir haben vielmehr die Kette der Kausalität von Leid und Unrecht an ihrem Ursprung zu erkennen: hier im Herzen Europas. Die Bundesrepublik, der glücklichere der beiden deutschen Staaten, die aus den Trümmern des Jahres 1945 hervorwachsen, nahm sich in die Pflicht für die Überlebenden. Das seinerzeitige Wiedergutmachungs-Abkommen mit Israel ist eine der Leistungen Konrad Adenauers und der damaligen sozialdemokratischen Opposition, die wir als Grundsteine unseres staatlichen Selbstverständnisses betrachten. Die DDR wird es auf die Dauer nicht mit Genugtuung registrieren können, daß sie sich der deutschen Gesamtverantwortung gegenüber den jüdischen Opfern des Nazismus in aller Welt entzog. Sie wird vermutlich noch lernen, was sie damit versäumte.

Wir meinen, dem Auftrag unseres Volkes und seiner besonderen Verantwortung gerecht zu werden, wenn wir mit der gebotenen Bescheidung das unsere tun, den Willen zum friedlichen Ausgleich im Spannungsfeld des Nahen Ostens zu ermutigen. Darüber wesentlich mehr zu sagen, wäre Überheblichkeit. Wir sind freilich überzeugt, daß unsere entschlossene Friedenspolitik in Europa ein Faktor weltweiter Entspannung sein kann. Nicht nur Spannungen – auch Entspannungen übertragen sich. Nicht nur der Unfrieden, auch der Friedenswille kann ansteckend sein.

Heute ist Israel – trotz der geographischen Entfernung – in unsere enge Nachbarschaft gerückt. Der wirtschaftliche und technologische Austausch wurde intensiver, und er ist balancierter geworden. Die kulturellen Beziehungen haben sich verdichtet: hier wie dort. Man hat den Mut gewonnen, gemeinsames Erbe wiederzuentdecken, es vorbehaltlos anzunehmen und das Neue mit Sympathie oder doch mit Aufmerksamkeit zu prüfen. Der moderne Tourismus – so fragwürdig er mitunter sein mag, wenn der Wille zum Verständnis des Fremden vom Import und Export von Vorurteilen verdrängt wird – hat für Deutschland und Israel eine heilsame Funktion. Denn es sind vor allem junge Menschen, die sich auf diese Weise kennenlernen. Dabei ist wichtig, daß wir in Israel nicht nur den neuen Wirklichkeiten, sondern den alten Wahrheiten begegnen: im Land des Ursprungs der großen Glaubensmächte. Die Kirchen haben nun endlich das Judentum mit jenem Realismus und jener Offenheit, ja mit jener Brüderlichkeit in ihr Glaubensgespräch einbezogen, die uns die Tragödien dieses Jahrhunderts hätten ersparen können, wäre man früher dazu bereit gewesen. Es mag sein, daß die Christenheit nun im Schicksal des Judentums deutlicher ihr eigenes zu erkennen beginnt, denn auch sie begreift sich heute als Minderheit in der Weltbevölkerung.

Ich gebe zu, daß man mit dem Begriff „Normalisierung“ behutsam umgehen muss. Die Achtung vor dem Anderen mahnt uns zu Geduld und ruhiger Bescheidung. Im übrigen ist die aufrichtige Feststellung der gegenseitigen Interessen auch in einem so schwierigen Zusammenhang die solideste Basis für ihren Ausgleich und ihre Harmonisierung.

Was unsere Haltung zum Nahostkonflikt anlangt, so stehe ich zu dem, was ich am 8. Juli vorigen Jahres in einem Interview mit einer jugoslawischen Nachrichtenagentur gesagt habe. Ich zitiere: „Wir sind der Meinung, daß – zumal nach allem, was mit der jüngsten Geschichte meines Landes zu tun hat – wir uns gegenüber der Krise nicht gleichgültig stellen und daß wir auch das Lebensrecht

Israels nicht in Frage stellen lassen können. Aber wir bemühen uns, den legitimen Interessen aller gerecht zu werden und auch unser Verhältnis zu den arabischen Staaten zu verbessern.“ Wir unterstützen nach wie vor die Resolution des VN-Sicherheitsrates vom 22. November 1967. Und wir hoffen, daß auf dem Verhandlungswege eine gerechte und dauerhafte Regelung zur Beilegung des Konflikts gefunden werden kann. Ich sehe zu meiner Befriedigung, daß maßgebliche Repräsentanten der arabischen Welt das Lebensrecht Israels nicht mehr in Frage stellen und anerkennen, daß es auch dort darauf ankommt, in gesicherten Grenzen leben zu können. Alle Beteiligten werden ihren Beitrag zu leisten haben. Und eine großzügige Regelung des Flüchtlingsproblems wird dabei nicht die geringste Rolle zu spielen haben. Sie bedarf internationaler Förderung, und die Bundesrepublik Deutschland – die schon bisher Flüchtlingshilfe geleistet hat – wird dabei nicht hinter anderen zurückstehen.

[...]

Schreiben von Bundeskanzler Willy Brandt an die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, 26. Januar 1972¹

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
liebe Frau Meir,

haben Sie vielen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 29. November [1971].

Es hat mich gefreut zu hören, dass Sie die Besuche von Alex Möller und von Günter Grass als nützlich empfanden.

Günter Grass erzählte mir von Ihrem Vorschlag, ein informelles Treffen der sozialistischen Parteiführer abzuhalten, um über die Lage im Nahen Osten zu sprechen. Ich halte das für eine gute Idee. Vielleicht wäre es eine passende Gelegenheit, sich im Juni in Wien zu treffen. Wenn Sie ein früheres Datum bevorzugen sollten, lassen Sie es mich wissen. Ich würde dann über eine andere Möglichkeit nachdenken.

Hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen in Ihrer Region hoffe ich, mit dem Gedanken richtig zu liegen, dass die gegenwärtigen Bemühungen helfen können, die Lage ein klein wenig einer Lösung näherzubringen. Ich bin mir der bevorstehenden Schwierigkeiten voll bewusst; aber ich bin nicht ohne Hoffnung.

Unsererseits arbeiten wir weiter hart daran, einen Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten zu erreichen. Wir haben auch mit den Ratifizierungsverfahren der Verträge begonnen, die in Moskau und Warschau unterzeichnet wurden. Ich bin zuversichtlich, dass sie wie geplant Gesetz werden.

Entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihnen nicht früher geschrieben habe. Ich hatte einen vollen Terminkalender im Dezember – einschließlich eines Treffens mit Präsident Nixon –, bevor ich für zwei Wochen in Urlaub fuhr, aus dem ich gerade erst zurückgekehrt bin.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr ergebener
<Willy Brandt>²

¹ Vorlage für diese Übersetzung ist das englische Original des Schreibens. Siehe oben, Anm. 36.

² Hs. unterzeichnet.

Schreiben der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir an Bundeskanzler Willy Brandt, 20. Februar 1972¹

Mein lieber Bundeskanzler Brandt,

vielen Dank für Ihren Brief vom <22.>² Januar 1972.

Ich bin froh zu hören, dass mein Vorschlag an Günter Grass, ein informelles Treffen der sozialistischen Parteiführer abzuhalten, um über die Lage im Nahen Osten zu diskutieren, von Ihnen angenommen wird.

Ich plane, Ende Mai in Singapur zu sein, um an der Tagung des Asiatisch-Pazifischen Sozialistischen Büros teilzunehmen. Später, im Juni, während der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Wien können wir vielleicht eine Gelegenheit finden, unsere Diskussion über den Nahen Osten zu führen. Aber dies muss natürlich im Voraus geplant werden.

Danke für das Interesse, das Sie für unsere Probleme zeigen. Wie viele andere in der Welt verfolge ich mit großem Interesse Ihre Aktivitäten, die stets durchdrungen sind von der Vision, dem Wagemut und der Hoffnung für eine bessere Welt.

Mit herzlichen Grüßen und besten Wünschen,
Ihre ergebene
<Golda Meir>³
Golda Meir

¹ Vorlage für diese Übersetzung ist das englische Original des Schreibens. Siehe oben, Anm. 37.

² Korrekt müsste es heißen: „26.“

³ Hs. unterzeichnet.

Hs. Notizen von Bundeskanzler Willy Brandt über seine Gespräche mit der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir in Jerusalem, 7.-9. Juni 1973

W.B.

GM mit: 7. + 9.6.73

Kairo hier auf wichtige
Kontaktpersonen nicht vergessen:
- Leventhal
- Goldmann / Tilo

Wie könnten Kairo wissen lassen:
- an beiden Gesprächsbeteiligten
- wann, wo, wie?

Unvoll. Hinweis bei GM Meir
geben, Beispiele zu sagen: beide,
auf einem Hinweis auf Gesprächs-
beobachtung zurückgehen.

Inform. bei: Meir - Kontakte
Iran -

Nachtrag: - Feder nicht für Exzellenz 2.3
- Erinnerungen im Rahmen
des 4. und 5. in London
2.3 geben. 43

Schreiben von Bundeskanzler Willy Brandt an die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, 28. Juni 1973¹

Sehr geehrte Frau Premierministerin,
liebe Frau Meir,

seit meiner Rückkehr aus Israel habe ich, wie ich es Ihnen in unseren Gesprächen schon andeutete, meine positiven Eindrücke über den Friedenswillen Ihrer Regierung sowohl Präsident Nixon als auch Generalsekretär Breschnjew und einigen anderen befreundeten Staatsmännern schildern können. Mit Präsident Pompidou habe ich bei den kürzlichen Konsultationen in Bonn ein eingehendes Gespräch über die Lage im Nahen Osten geführt. Beabsichtigt ist außerdem demnächst eine Übermittlung an eine hohe Stelle in Kairo.

Ich hoffe, all dies kann unserem gemeinsamen Ziel der Einleitung von Friedensgesprächen dienlich sein.

Der EG-Rat in Luxemburg hat – nicht zuletzt auch auf deutsches Drängen hin – der Kommission ein Mandat zu baldigen Verhandlungen mit Israel über ein neues Abkommen im Rahmen einer umfassenden Mittelmeerkonzeption erteilt.

Ich bin davon überzeugt, daß damit der erste Schritt zu der Einbettung Israels in eine konstruktive gemeinschaftliche Mittelmeerpolitik getan worden ist, die durch die Einbeziehung weiterer Staaten des Nahen Ostens auch das Entstehen einer regionalen Zusammenarbeit günstig beeinflussen könnte.

Das Problem jüdischer Einwohner der arabischen Nachbarstaaten, das während meines Besuches an mich herangetragen worden ist, habe ich ebenfalls unter humanitären Gesichtspunkten aufgreifen können; Ihnen brauche ich allerdings sicherlich nicht zu sagen, wie schwer es der Humanität oft fällt, sich durchzusetzen.

Ich habe mich gefreut, die Delegation Ihrer Partei in Berlin begrüßen zu können. Ich habe dabei wiederum tiefe Befriedigung darüber empfunden, daß es uns durch die Unterredungen, die ich während meines Besuches mit Ihnen und

¹ Vorlage ist das Original. Siehe oben, Anm. 162.

anderen Mitgliedern der Regierung führen konnte, und dank meiner Begegnungen mit der israelischen Bevölkerung gelungen ist, ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen unseren Völkern eingedenk der Last der Vergangenheit aufzuschlagen. Lassen Sie mich dafür noch einmal auf diesem Wege herzlichen Dank sagen.

Mit herzlichen Grüßen
<Ihr Willy Brandt>²

² Hs. unterzeichnet.

Schreiben der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir an Bundeskanzler Willy Brandt, 29. Juli 1973¹

Lieber Herr Bundeskanzler,

vielen Dank für Ihren Brief vom 28. Juni 1973.

Ich freue mich sehr darüber, dass Sie von unserem Friedenswillen überzeugt aus Israel abgeflogen sind. Ihre Bereitschaft, diese Tatsache zu bezeugen, ist – im Wissen darum, wie sehr Sie sich der Sache des Friedens verschrieben haben –, von großer Wichtigkeit und eine Quelle tiefer Befriedigung für mich.

Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie Ihre Eindrücke von Israels diesbezüglichen Zielen und Hoffnungen sowohl Präsident Nixon und Generalsekretär Breschnew als auch anderen Staatsmännern übermittelt haben. Ihre Entscheidung, Ägypten über diese Empfindungen zu informieren, wurde besonders begrüßt. Es tut mir natürlich leid, dass die unmittelbare ägyptische Reaktion auf Ihre Initiative so negativ ausfiel. Ich hoffe jedoch, dass sie als ein Beitrag dazu dienen wird, die Ägypter davon zu überzeugen, dass ein Verhandlungsfriede zwischen Ägypten und allen anderen arabischen Ländern ein zentrales Ziel der israelischen Politik ist, auch wenn die Differenzen in Bezug auf die Friedensbedingungen noch immer sehr groß sind.

Nun, da die Europäische Gemeinschaft die Kommission beauftragt hat, die Verhandlungen mit Israel zu beginnen, hoffen wir, dass diese Verhandlungen in naher Zukunft zu einem neuen Abkommen führen werden. Die hilfreiche Haltung der Bundesrepublik begrüße ich sehr.

Lassen Sie mich ein besonderes Wort des Dankes hinzufügen für Ihre humanitären Bemühungen zugunsten der Juden in arabischen Ländern. Ich kenne die Schwierigkeiten nur zu gut, aber ich weiß auch, dass Beharrlichkeit sich am Ende oft auszahlt, und ich vertraue darauf, dass Sie sich von dem anfänglichen Ausbleiben einer Antwort nicht entmutigen lassen werden.

Der Generalsekretär der Israelischen Arbeitspartei, Aaron Yadlin, sprach sehr herzlich über das Treffen, das er und seine Delegation mit Ihnen hatte.

¹ Vorlage für diese Übersetzung ist das englische Original des Schreibens. Siehe oben, Anm. 165.

Die von Ihnen geäußerten Gefühle, dass ein neues Kapitel in den Beziehungen unserer beiden Völker aufgeschlagen werden müsse, haben mich berührt. Zweifellos müssen wir unsere Bemühungen beständig fortsetzen, im Geist der Freundschaft und der Verständigung, der auf Offenheit und Ehrlichkeit gründet, unsere Völker zusammenzubringen, so dass eine neue Struktur in einer bedeutenden Verbindung entstehen kann.

Ich danke Ihnen für Ihre herzlichen Grüße, die ich vielmals erwidere.

<Golda Meir>²

Golda Meir

² Hs. unterzeichnet.

**SCHRIFTENREIHE DER
BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

Heft 1

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis

Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966

Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik

Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4

Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus

Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5

**Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung
Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**

Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6

Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen

Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7

Perspektiven aus den Exiljahren

Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8

Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?

Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9

Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“

Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10

**Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die
deutsch-amerikanischen Beziehungen**

Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11

Peter Glotz: Willy Brandts Charisma

Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12

**Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund
(dt.-griech.)**

Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13

Hans Arnold: Willy Brandt und Europa

Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14

**Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) –
„Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft
im Umbruch?**

Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15

Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt

Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

*Heft 16***Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

*Heft 17***Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit.
Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

*Heft 18***Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“
(Willy Brandt Lecture 2008)**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

*Heft 19***Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

*Heft 20***Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und
20 Jahre nach der friedlichen Revolution**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

*Heft 21***Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der
Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

*Heft 22***Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt
(Willy Brandt Lecture 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

*Heft 23***Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschen-
bild (Willy Brandt Lecture 2010)**

Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

*Heft 24***Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege
(Willy Brandt Lecture 2011)**

Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

*Heft 25***Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-
Bericht**

mit einer Einführung von Dirk Messner

Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

*Heft 26***Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflich-
tung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt
um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die inzwischen vollständige Reihe (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1

Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland

1940–1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3

Berlin bleibt frei

Politik in und für Berlin 1947–1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4

Auf dem Weg nach vorn

Willy Brandt und die SPD 1947–1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5

Die Partei der Freiheit

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6

Ein Volk der guten Nachbarn

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7

Mehr Demokratie wagen

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8

Über Europa hinaus

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9

Die Entspannung unzerstörbar machen

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10

Gemeinsame Sicherheit

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009

ISBN 3-8012-0310-7

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1

Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2

Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3

Andreas Wilkens (Hrsg.): **Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4

Friedhelm Boll u. Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): **Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5

Bernd Rother (Hrsg.): **Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse**

Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1

Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

bearbeitet von Einhart Lorenz

Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2

Willy Brandt: **Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte**

herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven

Bonn 2012, ISBN 978-3801204266

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913–1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913–1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz

Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**

hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Neue Architekturführer Nr. 118
Stadtwechsel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9
(auch auf Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck
von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Petri Hakkarainen: **A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975**

New York 2011 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10)

Claudia Hiepel: **Willy Brandt und Georges Pompidou: Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise**

München 2012 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Zunächst im Rathaus Schöneberg zu Berlin ansässig, befindet sich ihr Hauptsitz seit 2010 im Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62–68). Dort ist seit Juni 2012 auch die neue ständige Ausstellung „Willy Brandt – Politikerleben“ zu sehen.

Die Stiftung hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Als Bundesstiftung wird sie finanziert aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das **Willy-Brandt-Haus Lübeck** (Königstraße 21) mit der ständigen Ausstellung „Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert“ eröffnet. Die dortige Ausstellung steht unter dem Motto „Zeitgeschichte erleben!“ und bietet spannende Inszenierungen sowie multimediale Informationsangebote. Das Willy-Brandt-Haus Lübeck versteht sich als Ort der Auseinandersetzung über Geschichte und Gegenwart und als ein Lernort für Zeitgeschichte in der Geburtsstadt des Friedensnobelpreisträgers.

Näheres unter www.willy-brandt.de

BILDNACHWEIS

Bundesregierung/Lothar Schaack: Cover, S. 37, 40, 45, 53, 55.

© FOTOAGENTUR SVEN SIMON: S. 39.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schmidt, Wolfgang: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2014

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 26)

ISBN 978-3-933090-25-6

„Wir meinen, dem Auftrag unseres Volkes und seiner besonderen Verantwortung gerecht zu werden, wenn wir mit der gebotenen Bescheidenheit das unsere tun, den Willen zum friedlichen Ausgleich im Spannungsfeld des Nahen Ostens zu ermutigen.“

Willy Brandt 1971